

**FRIEDRICH
EBERT** 
STIFTUNG

buch | essenzen

**20
22**

buch | essenzen
der Friedrich-
Ebert-Stiftung
2022

buch | essenzen

2022

Inhaltsverzeichnis – Ein Überblick.

- 005 Vorwort**
- 007 buch | essenzen**
- 009 Gesellschaftstheorie**
- 010 Radikalierter Konservatismus.
Eine Analyse.** Von Natascha Strobl.
- 018 Der Kalte Krieg der Generationen.
Wie wir die Solidarität zwischen Jung
und Alt erhalten.** Von Johannes Pantel.
- 027 Unbehagen. Theorie der überforderten
Gesellschaft.** Von Armin Nassehi.
- 036 Spätmoderne in der Krise.
Was leistet die Gesellschaftstheorie?**
Von Andreas Reckwitz und Hartmut Rosa.
- 045 Demokratie**
- 046 Olaf Scholz. Wer ist unser Kanzler?**
Von Mark Schieritz.
- 052 Freiheit, Gleichheit, Ungewissheit.
Wie schafft man Demokratie?**
Von Jan-Werner Müller.
- 061 Vor dem Gesetz sind nicht alle gleich:
Die neue Klassenjustiz.** Von Ronen Steinke.
- 066 Das große Experiment. Wie Diversität
die Demokratie bedroht und bereichert.**
Von Yascha Mounk.
- 075 Freiheitsgrade, Elemente einer liberalen
politischen Mechanik.** Von Christoph Möllers.
- 082 Vom Ende des Gemeinwohls.
Wie die Leistungsgesellschaft unsere
Demokratien zerreißt.** Von Michael J. Sandel.
- 089 Zwischen Globalismus und Demokratie.
Politische Ökonomie im ausgehenden
Neoliberalismus.** Von Wolfgang Streeck.
- 097 Wirtschaft**
- 098 Wir können auch anders. Aufbruch in
die Welt von morgen.** Von Maja Göpel.
- 106 Die Utopie des Sozialismus.
Kompass für eine Nachhaltigkeits-
revolution.** Von Klaus Dörre.

- 114 **Tod aus Verzweiflung. Der Untergang der amerikanischen Arbeiterklasse und das Ende des amerikanischen Traums.**
Von Anne Case und Angus Deaton.
- 123 Arbeit**
- 124 **Verkannte Leistungsträger:innen. Berichte aus der Klassengesellschaft.** Von Nicole Mayer-Ahuja/Oliver Nachtwey [Hrsg.].
- 131 Geschlechtergerechtigkeit**
- 132 **Der verkaufte Feminismus. Wie aus einer politischen Bewegung ein profitables Label wurde.** Von Beate Hausbichler.
- 138 **Parität jetzt! Wider die Ungleichheit von Frauen und Männern. Eine Streitschrift.**
Von Rita Süßmuth.
- 143 **Was wir einander schulden. Ein Gesellschaftsvertrag für das 21. Jahrhundert.**
Von Minouche Shafik.
- 151 **Why We Matter: Das Ende der Unterdrückung.**
Von Emilia Roig.
- 157 **Das weibliche Kapital.**
Von Linda Scott.
- 163 **Zart und frei: Vom Sturz des Patriarchats.**
Von Carolin Wiedemann.
- 171 Europa**
- 172 **Große Erwartungen. Auf den Spuren des europäischen Traums.** Von Geert Mak.
- 179 **7 Mythen über Europa. Plädoyer für ein vorsichtiges Europa.** Von René Cuperus.
- 187 Israel**
- 188 **Im eigenen Feuer. Wie Israel sich selbst zum Feind wurde und die jüdische Demokratie trotzdem gelingen kann. Erinnerungen eines Geheimdienstchefs.**
Von Ami Ajalon mit Anthony David.
- 196 Impressum**

**buch | essenZ –
Prägnante Buchzusammen-
fassungen mit politischer
Einordnung.**

Vorwort

Mit der **buch|essenz** stellt die Akademie für Soziale Demokratie Sachbücher von besonderer Bedeutung für den gesellschaftlichen Diskurs als Buchzusammenfassungen bereit. Sowohl in schriftlicher Form als auch als Audio-Version bieten wir unseren Leser_innen kostenfrei prägnante Zusammenfassungen mit hohem inhaltlichem Anspruch und einer Einordnung aus Sicht der Sozialen Demokratie.

Das Beste an der **buch|essenz**: Man muss Sachbücher mit mehreren hundert oder gar tausend Seiten nicht gänzlich lesen, um die Kernaussagen und Argumente der Autoren zu verstehen – denn genau dies decken unsere kompakten **buch|essenzen** ab. In 10 bis 15 Minuten bekommt man einen fundierten Eindruck von den Inhalten wichtiger Werke und erhält zugleich

eine thematische Einordnung aus Sicht der Sozialen Demokratie.

Die Buchzusammenfassungen kommen in zwei Versionen: die gesprochene **buch|essenz** und eine Audio-Version; beide können über die Website <https://www.fes.de/akademie-fuer-soziale-demokratie/buch-essenz> überall abgerufen und angehört werden.

In dem hier vorliegenden Sammelband haben wir die **buch|essenzen** vom Januar bis Dezember 2022 zusammengefasst. Wir haben in dieser Zeit einige sehr interessante und für die politische Debatte relevante Bücher vorgestellt.

Bonn, Dezember 2022

buch | essenzen

01

—

Gesellschafts- theorie

Radikalierter Konservatismus. Eine Analyse. Von Natascha Strobl.

Kernaussagen

Auf der Basis einer traditionell konservativen Partei haben Vertreter des „Radikalisierten Konservatismus“ wie Sebastian Kurz und Donald Trump eine Bewegung geschaffen, deren politische Gefolgschaft einer Fangemeinde gleicht. Mithilfe von Tabubrüchen und Radikalisierung der Rhetorik zielen beide darauf ab, den traditionell demokratischen Diskurs zu zerstören, um einen permanenten Wahlkampfmodus zu etablieren. Der fortwährend erhobene Vorwurf, missliebige Berichterstattung seien Fake News, erzeugt hierbei eine Gegenrealität.

In dieser Gegenrealität tobt ein sich auf alle Bereiche des Lebens erstreckender Kulturkampf, bei dem der Regierungschef entweder Opfer einer üblen Kampagne oder gemäßigens lancierter Darstellungen der strahlende Held ist. Im Rahmen der Gegenrealität werden Gegner – auch Repräsentanten demokratischer Institutionen – systematisch verunglimpft, um die Macht zu erhalten oder auszubauen. Konkrete Einzelfragen des politischen Tagesgeschäfts sollen umschifft und lediglich Leidenschaften bedient werden, damit möglichst viele Menschen Teil des Narratives der Gegenrealität werden.



Von Natascha Strobl, erschienen 2021 im Suhrkamp Verlag, Berlin. Kurzgefasst und eingeordnet von Hans Peter Schunk*.

analysiert sie rechtsextreme Strömungen. Zusammen mit Julian Bruns und Kathrin Glösel veröffentlichte sie 2015 das Buch *Rechte Kulturrevolution. Wer und was ist die Neue Rechte von heute?*.

buch | essenzen

Einordnung aus Sicht der Sozialen Demokratie

Strobl – selbst SPÖ Mitglied – konstatiert zu Beginn des Buches eine Krise der Sozialdemokratie, die in Korrelation mit dem Aufstieg „radikalisierter Konservativer“ steht. Mit der Wahl von Olaf Scholz zum Bundeskanzler hat sich das im deutschen Beispiel einstweilen geändert. Unabhängig davon bieten Strobbs Analysen wichtige Einblicke in die systematischen Vorgehensweisen des politischen Kontrahenten. Diese fußen, wie Strobl konstatiert, teils auf Methoden, denen mit herkömmlichen Mitteln des politischen Alltags nichts Schlagkräftiges entgegen werden kann. Im Wissen um diese Vorgehensweisen könnten künftig eigene Methoden für den Umgang mit „radikalisierten Konservativen“ entwickelt werden.

buch | autorin

Natascha Strobl, 1985 in Wien geboren, hat Skandinavistik und Politikwissenschaft studiert. Sie ist als Publizistin tätig und schreibt unter anderem als Gastautorin für den Standard, Zeit Online und die Taz. Auf Twitter und in Talkshows

buch | inhalt

Rückblick: Konservative Bewegungen

Die gesellschaftliche Basis konservativer Bewegungen stellt das Bürgertum dar. Konservatismus richtet sich sowohl gegen den Liberalismus als auch den Sozialismus und zielt auf eine hierarchisch gegliederte Gesellschaft ab, deren höchsten Werte Ordnung und Privateigentum sind. In antirationaler Manier gilt religiöser Glaube der menschlichen Vernunft als mindestens gleichwertig, wenn nicht gar als übergeordnet. Vom Faschismus, bei dem jeder Lebensbereich als Kampf zur Umwälzung angesehen wird, unterscheidet sich der Konservatismus durch den die ge-

Radikalisierte Konservatismus

Eine Analyse
Natascha Strobl
edition suhrkamp
SV

* Hans Peter Schunk ist Doktorand am Seminar für Neueste Geschichte der Philipps-Universität Marburg.

sellschaftlichen Verhältnisse bewahrenden Charakter. Neue Rechte versuchen jedoch, durch einen zivilen Stil eine Verbindung von Konservativen und Faschisten herzustellen.

Insbesondere in digitalen Räumen reproduziert sich die neue Rechte durch Instrumentalisierung der Sprache als Waffe. Insgesamt hat sich eine rechte Medienszene in den sozialen Netzwerken mit unterschiedlichen Schwerpunkten wie evangelikalen Erweckungsphantasien, blankem Rassismus oder Misogynie entwickelt. Dabei soll gesellschaftliche Solidarität aufgekündigt und durch eine Ideologie der Härte ersetzt werden. Dies äußert sich in einem Fetisch zu Eigenverantwortung, Effizienz und Leistungsmaximierung. Eine solche „rohe Bürgerlichkeit“ wird von Thinktanks instrumentalisiert, um den Sozialstaat abzuschaffen oder um Arbeitslosen das Wählen zu verbieten. In diesem Kontext verortet sich auch Thilo Sarazins *Deutschland schafft sich ab* (2010). Dort, wo angetrieben von einer derartigen „rohen Bürgerlichkeit“ der Konservatismus einen Schritt in Richtung Rechtsextremismus macht, entsteht der „Radikalisierte Konservatismus“. Dieser basiert auf der Transformation bestehender konservativer Volksparteien. „Radikalisierte Konservatismus“ ist zugleich Bruch und Kontinuität der bisherigen Entwicklungen. Konservative Parteien werden nicht von außen übernommen, sondern bisherige Tendenzen verstärken sich lediglich. Weder Trump noch Kurz sind einfach so passiert. Beide haben erkannt, dass vor allem das Erzählte, die Geschichte und die damit einhergehenden Gefühle zentral sind. Es geht nicht mehr darum, ein ausgearbeitetes

Programm möglichst überzeugend zu vertreten, sondern ein Gefühl von Sicherheit zu vermitteln. Das Versprechen, dem ihm zugrunde liegenden Bedürfnis Geltung zu verschaffen, ist der ideologische Kern des „Radikalen Konservatismus“.

Eine Analyse in sechs Schritten

1 Erschöpfende Zerstörung: Der bewusste Regelbruch

Akteure des „Radikalisierten Konservatismus“ provozieren mit Regelbrüchen auch einen Bruch mit der Geschichte der Partei. Dabei wird sowohl der Schein des Neuanfangs als auch ein Image eines Revoluzzers erzeugt, wohingegen andere in einer Spießrolle verharren. Selbst offensichtliche Gesetzesbrüche werden von Anhängern als Zeichen der Entschlossenheit zelebriert.

Wenn Donald Trump das Podium betrat, war damit zu rechnen, dass eine Grenzüberschreitung erfolgen würde. Die Bedeutung von Trumps Aussagen lag nicht nur in ihrem jeweiligen Inhalt, sondern im permanenten Bruch der ungeschriebenen Regeln. Seine Art Reden zu halten, mit vielen assoziativen Sprüngen und Tabubrüchen, besitzt sui generis eine *newsworthiness*. Die Sprache von Sebastian Kurz zeichnet sich hingegen durch Härte und Klarheit aus.

Beiden Regierungschefs gemeinsam ist eine absolute und großspurige Sprache, die zahlreiche Superlative verwendet. Widersacher der radikalisierten Konservativen appellieren

häufig an Moral, geteilte Werte oder Regeln. Oftmals wird davon ausgegangen, dass es lediglich einer linksliberalen Erklärung der Fakten und Moral bedarf, damit radikalisierten Konservativen ihre Fehler aufgezeigt werden und somit ein Umdenken einsetzt. Da aber auf der politischen Bühne bei Verstößen keine übergeordnete, richtende Instanz Gerechtigkeit schafft, lässt sich der „Radikalisierte Konservatismus“ nicht mithilfe von Regelhinweisen einhegen. Dadurch, dass eine erzählte Lüge ohne Konsequenzen bleibt, kann sie durch Wiederholung zur Wahrheit werden und sich der „Radikale Konservatismus“ folglich die Öffentlichkeit in seinem Sinne formen.

2 Polarisierung: „Wir“ und „die Anderen“

Ziel radikalisierten Konservativer ist es, ein gesellschaftliches Chaos zu erwirken, welches man später neu ordnen kann. Das Mittel, um dies zu erreichen – die permanente Polarisierung –, ist für den „Radikalen Konservatismus“ der Normalzustand. Liberale Kräfte setzen dahingegen fortwährend auf Vermittlung und Ausgleich. Bei der polarisierenden Gegenüberstellung von Gruppen wird der Anspruch erhoben, im Namen der schweigenden Mehrheit zu handeln und die ihr zustehende Macht einzufordern. Im „Radikalen Konservatismus“ verschmelzen Feindbilder der extremen Rechten mit denen des Neoliberalismus. Statt dem Verfolgen eines apodiktisch völkischen Weltbilds werden Ethnie, Migrationshintergrund, völkisches und kulturelles „Anderssein“ mit Klasse verknüpft. Zentral ist dabei die Betonung der Differenz.

In den USA waren Stolz, Fleiß und Ehre kennzeichnend für die frühere Arbeitskultur, die es wieder herzustellen und von den anderen, der linken urbanen Elite, den Muslimen und den Kleinkriminellen, abzugrenzen gilt. Ein globales Netzwerk der politischen Linken versucht mithilfe von Political Correctness und *cancel culture*, diejenigen zu unterdrücken, die zum guten „Wir“ gehören. Die Polarisierungsstrategie zielt darauf ab, durch dauernde Provokationen einen Zustand der permanenten Aufregung zu erreichen. Nuancen, Dialektik und Zweifel sind im Diskurs nicht zugelassen, Einwände werden als nicht diskutabel erachtet, es muss eine Seite gewählt werden. Sachverhalte mit großer Tragweite werden heruntergespielt, lokale Ereignisse hingegen werden zu Weltereignissen gemacht. Diese Vorgehensweise zielt darauf ab, die Prioritäten im öffentlichen Diskurs zu verschieben.

Die ÖVP unter Kurz bedient sich polarisierender Verschwörungserzählungen wie des Mythos des „Großen Austauschs“ als Unterstützung im Kampf gegen den „politischen Islam“. Gezielt werden diffuse Feindbilder aufgebaut, die über Reizwörter bedient werden. Sowohl die Begriffe „AntiFa“ als auch „politischer Islam“ sollen assoziativ Gefahrenbilder im Kopf hervorrufen. Der Feind soll dabei derart schematisch bleiben, dass persönliche Assoziationen möglich sind.

Die Feindbilder lassen sich beliebig abrufen und Personen, die gegen Pauschalisierungen vorgehen oder das Schüren von Angst kritisieren, werden dabei zu Apologeten

oder gar Verbündeten dieser diffusen Feinde. Ein zentrales Element ist dabei das Hochhalten des kommunikativen Angstlevels. Dadurch müssen konkrete Probleme nicht gelöst werden, da stets ein fiktives Bedrohungsszenario bereitsteht.

3 Die Führungsperson: Ich, ich, ich

Sowohl bei Trump als auch bei Kurz kommt es zu einer Personalisierung der Partei. Die Machtverhältnisse kehren sich um. Die Basis muss sich nach den Vorgaben der Führungsperson und ihrem Umfeld richten – anstatt andersherum. Die demokratische Kontrolle schwindet damit. Kurz und Trump vermeiden Gespräche auf Augenhöhe, um insbesondere die Rolle des Opfers oder Märtyrers einnehmen zu können.

Im Rahmen des Mythos *deep state*, bei dem man von nebulösen Machtstrukturen hinter dem Staat ausgeht, hat sich eine Verschwörungserzählung gebildet, bei der jegliche Kritik an Trump lediglich darauf abzielt, ihn an der Bewältigung seiner herkulischen Aufgabe zu hindern. Neu ist dabei – im Gegensatz zu dem Beschwören einer übermenschlichen Führungsfigur wie bei extremen Rechten –, dass dabei noch die Glaubwürdigkeit der jahrzehntelangen Rolle als Staatspartei ausgenutzt werden soll.

4 Antidemokratischer Staatsumbau: Vormarsch auf die Institutionen

Der „Radikalisierte Konservatismus“ greift demokratische Institutionen an. Mithilfe des Abbaus von sozialen Sicherungen wie Arbeitslosengeld und der Etablierung eines Niedriglohnssektors soll der Sozialstaat demontiert werden. Auch soll strukturell Druck auf die Justiz ausgeübt und deren Legitimität in Frage gestellt werden. Kurz beschwerte sich gegenüber hohen Pressevertretern gezielt über „rote Netzwerke“ in der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft. Nach Aufnahme der Ermittlungen in der „Ibiza-Affäre“ beschimpfte er die Ermittler, welche sich „viele Verfehlungen“ geleistet hätten, als inkompetent. Donald Trump verunglimpfte systematisch Richter_innen, die nicht agierten, wie er es wünschte.

Weiterhin ist dem „Radikalisierten Konservatismus“ das Parlament mit seiner mächtigen Kontrollfunktion ein Dorn im Auge. Mit Slogans wie „Das Parlament hat bestimmt, aber das Volk wird entscheiden“ und „Ich oder das Parlament“ inszeniert sich Kurz als vom Volk gewählter Führer, dem das intrigante Parlament Steine in den Weg lege. Insbesondere Untersuchungsausschussarbeit bei missliebigen Themen wurde behindert. Trump hat überdies versucht, die parlamentarische Mitarbeit auszuhebeln, als er während der Pandemie versuchte, den Kongress in eine Pause zu zwingen, um einfacher Posten verteilen zu können.

Auch die Presse als vierte Macht im Staat wird bekämpft. In Österreich durften Mitarbeiter_innen der Wiener Wochenzeitung Falter nicht an Pressegesprächen teilnehmen, nachdem sie geleakte Files der ÖVP

veröffentlicht hatte. Ähnlich wie beim amerikanischen Nachrichtensender Fox News wird mithilfe der österreichischen Boulevardzeitung Express versucht, eine Parallelmedienwelt aufzubauen, in der kaum ein kritisches Wort über den Präsidenten oder den Kanzler fällt.

5 Mediale Inszenierung: Politik im permanenten Wahlkampfmodus

Vertreter des „Radikalierten Konservatismus“ zielen darauf ab, die Phasen des Wahlkampfes und des Alltagsgeschäfts zu vermengen. Durch diese aufmerksamkeitsgenerierende Strategie wurde Trump selbst zu einer Newsstory. Der Printjournalismus verliert dabei aufgrund der Nutzung von Twitter und anderen Kommunikationskanälen zunehmend seine Gatekeeper-Funktion im medialen Politikdiskurs. Kritische Formen der Nachfrage und Einordnung von Wichtigem und Unwichtigem gehen dabei verloren. Trump hat durch seinen Kommunikationsstil in den USA die Aufreger-Industrie in der amerikanischen Demokratie etabliert.

Im Sinne des *News Cycling* nutzt Sebastian Kurz jede Gelegenheit, Nachrichten mit persönlichen Lieblingsthemen zu verknüpfen. Als die Covid-Zahlen nach dem Sommer wieder gestiegen waren, schloss er erneut die Balkanroute. Damit konnte subtil die Kernbotschaft: „Migration ist das Problem“ vermittelt werden. Mit diesem Vorgehen muss nicht über Symbolpolitik hinausgegangen werden.

In den Vereinigten Staaten praktiziert Trump das Prinzip seines früheren Beraters Steve Bannon: „flooding the zone with shit“. Hierbei soll fortwährend mit neuen Aufregern ein Eskalationslevel gehalten werden, indem Banalitäten skandalisiert und Ablenkungs-Stories lanciert werden.

Wichtiger als der Inhalt der Meldungen ist die schiere Menge. Es handelt sich dadurch nachgerade um einen Kampf gegen das etablierte Mediensystem. Die konventionellen Medien kommen bei der Frequenz bisweilen nicht hinterher und tappen in eine *Both-Sides-Falle*, wodurch es zu einer Vermischung von Fakten und Fake News kommt.

6 Jenseits der Wahrheit: Parallelrealitäten

Führende Vertreter des „Radikalierten Konservatismus“ haben nicht nur politische Anhänger, sondern auch wirkliche Fans. Vor Augen ist hierbei eine jubelnde Menge, die Trump – teilweise in ikonische Kleidung gewandet – zusieht und ihm zujubelt. Ähnliches gilt im geringeren Maß für Sebastian Kurz, dessen Auftreten durch eine Flut an türkisen Gegenständen untermauert wird. Trump behauptete gar einst, dass er mitten auf der 5th Avenue stehen und jemanden erschießen könne, ohne dabei Wähler zu verlieren. Mithilfe der Anhängerschaft wird ein eigenes Narrativ aufgestellt, bei dem alles, was nicht hineinpasst, als Fake News gilt. Einzig Verlass ist auf die direkte Kommunikation von Trump oder Kurz. Durch den häufigen Fake-News-Vorwurf oder das Präsentieren von „alternativen

Fakten“, wie sie etwa Trumps ehemalige Beraterin Kellyanne Conway ins Feld führte, fehlt die Basis einer geteilten Realität, anhand derer man sich verständigen könnte.

oder völkischer Wiedergeburt verortete sich die „Konservative Revolution“ eher dem Vorbild Mussolinis folgend in der Nähe des italienischen Faschismus.

Die Führer des „Radikalisierten Konservatismus“ haben stets recht, und wenn sie nicht recht haben, liegt dies an Lug oder Betrug der Gegenseite. Mit gängigen journalistischen Mitteln ist dem nicht entgegenzutreten. Das Level der Angst und der Empörung kann dadurch nach eigenem Ermessen reguliert werden. Dieses Vorgehen unterscheidet sich von einzelnen Lügen und bildet eine Gegenrealität, wie etwa die der gestohlenen Wahl. Es geht dem „Radikalisierten Konservatismus“ dabei nicht darum, konkrete Probleme zu lösen, sondern Leidenschaften zu bedienen.

Ausblick: Weimar Calling

Bereits in der Weimarer Republik gab es Vertreter des „Radikalisierten Konservatismus“, die sich unter dem Neologismus des Schweizer Publizisten Armin Mohler „Konservative Revolution“ versammelten. Berühmte Vertreter wie Carl Schmitt und Oswald Spengler vertraten eine antiparlamentarische, antidemokratische Haltung, die eine Art ständischen Volksgemeinschaftssozialismus beschwor. Ein grassierender Antisemitismus bildete hierbei eine Brücke zur völkischen Rechten. Das Verhältnis zum Nationalsozialismus blieb ambivalent, denn nicht zuletzt im Zuge des Röhm-Putsches 1934 wurden Vertreter der „Konservativen Revolution“ von Nationalsozialisten umgebracht. Im Sinne kultureller, nationaler und /

buch | votum

Das Buch bietet einen guten Überblick über die Vorgehensweisen eines neuen, extremeren Konservatismus. Es wird detailliert aufgeschlüsselt, wie die ausgesuchten Regierungschefs Trump und Kurz versuchen, systematisch den Staat und die Medien zu unterwandern oder auszuhöhlen, um so ihre Machtbefugnisse auszudehnen. Dabei werden zeitgenössisch-intuitive Beobachtungsaspekte um eine strukturelle Analyse erweitert. Das Aufzeigen der teils perfiden Methoden schafft ein besonderes Bewusstsein in Bezug auf den Umgang mit Vertretern des „Radikalisierten Konservatismus“.

Die Definition des „Radikalisierten Konservatismus“ bleibt jedoch bisweilen unscharf. Es wird nicht klar, ob der an mehreren Stellen erwähnte Boris Johnson eindeutig zu den Vertretern des „Radikalen Konservatismus“ zählt und wo die Trennlinie zu Rechtspopulisten im Allgemeinen verläuft. Es stellt sich die Frage, ob die ausgesuchten Beispiele Kurz und Trump repräsentativ sind oder eher individuelle Einzelfälle. Auch wird die „Konservative Revolution“ im letzten Kapitel lediglich erwähnt, bleibt aber ohne Verbindungslinie zum „Radikalisierten Konservatismus“. Eine weitere Schärfung und Abgrenzung des Begriffs wäre daher in Zukunft wünschenswert.

Der Kalte Krieg der Generationen. Wie wir die Solidarität zwischen Jung und Alt erhalten. Von Johannes Pantel.

Kernaussagen

Der demografische Wandel spitzt sich fortwährend zu. Insbesondere der unmittelbar bevorstehende Renteneintritt der Babyboomer-Generation wird erhebliche Finanzierungsprobleme für Folgegenerationen zeitigen. Darüber hinaus sind das Hinterlassen horrender Staatsschulden und die Klimakrise weitere Probleme, die aus Sicht vieler junger Menschen zugleich Zeugnisse dafür sind, dass die Älteren über ihre Verhältnisse gelebt haben.



Das Ergebnis ist ein bevorstehender Ressourcenkampf, der die Solidarität zwischen Jung und Alt aufzubrechen droht sowie die Überlebenschancen und die Lebensqualität alter Menschen immens mindern könnte. Dazu trägt vor allem auch die verbale Aufrüstung im Generationenkonflikt durch populistische Parolen bei. Abhilfe kann das Korrigieren falscher Altersbilder und die Bereitschaft zu neuen Dialogen zwischen den Generationen schaffen.

Von Johannes Pantel, erschienen 2022 im Herder Verlag, Freiburg. Kurzgefasst und eingeordnet von Hans Peter Schunk*.

buch | essenzen

Einordnung aus Sicht der Sozialen Demokratie

Ein in den Grundwerten der Partei verankertes Anliegen der Sozialen Demokratie ist Gerechtigkeit. Es bedarf einer klugen und weitsichtigen Politik, um Gerechtigkeit zwischen den Generationen aufrechtzuerhalten und wiederherzustellen. Weder darf es auf der einen Seite zu Altersarmut noch zu einer extremen Überbelastung von Renteneinzahlern auf der anderen Seite kommen. Weiterhin wirft der Klimawandel Gerechtigkeitsfragen in Bezug auf Verteilungsprobleme auf.

buch | autor

Johannes Pantel, 1963 in Ahlen geboren, bekleidet eine Professur für Altersmedizin mit Schwerpunkt Psychogeriatric und klinische Gerontologie an der Goethe-Universität Frankfurt. Er ist Autor und Herausgeber zahlreicher Sach- und Fachbücher. Als medizinischer Experte tritt er zuweilen in Talkshows und Dokumentationen auf, schreibt Artikel in Zeitungen oder ist beratend für Institutionen und Ministerien tätig.

buch | inhalt

Teil 1: Nicht mehr beste Freunde?

Der kommende Generationenkonflikt ist weniger ein Kulturkonflikt wie in den 1960er-Jahren als ein Verteilungskonflikt. Unter jungen Befragten fürchten 48% einen „Zusammenbruch des Rentensystems“ direkt hinter dem Thema Klimawandel mit 56%. Laut statistischen Berechnungen aus dem Jahr 2019 wird sich das Verhältnis von derzeit 100 erwerbstätigen Personen, die 60 Junge und Alte versorgen müssen, in den 2030er-Jahren auf 100 zu 80 erhöhen. Dies wird die sozialen Sicherungssysteme belasten und schließlich zu Verteilungskämpfen führen. Die derzeit noch geltende Solidarität zwischen den Generationen stellt keine Selbstverständlichkeit dar und könnte fortan ins Wanken geraten. Sie sollte daher weniger statisch, sondern vielmehr als ein durch Einstellungen, Werte, Normen und Wertschätzungen bedingtes und



* Hans Peter Schunk ist Doktorand am Seminar für Neueste Geschichte der Philipps-Universität Marburg.

jederzeit aufrechtzuerhaltendes Projekt verstanden werden.

Zentral ist die emotionale Stimmungslage in der Beziehung der Generationen zueinander, die nicht unbeeinflusst durch vorherrschende Bilder und Vorurteile über die jeweils opponierende Generation bleibt.

Im größten Kontrast zu älteren Menschen steht derzeit die Generation der „Zoomer“ (1997 – 2012), die auf die Straße geht, um für das Klima zu protestieren. „Zoomer“ sind von klein auf mit digitalen Medien aufgewachsen, gelten als weltoffen, materialistisch orientiert, hedonistisch, mit einem Streben nach einer ausgeglichenen Work-Life-Balance und kehren sich zunehmend von Religion sowie von ideologisch geprägten Gesellschaftsentwürfen ab. Zudem sind sie von Verunsicherungen und Angst vor der Zukunft geprägt, die sich auf Krisen wie die Finanzkrise 2008 oder die Nuklearkatastrophe von Fukushima 2011 zurückführen lassen.

Auf der anderen Seite stehen die „Boomer“ (1955 – 1969), welche noch den ältesten und größten Teil der arbeitenden Bevölkerung darstellen, aber nun sukzessive in Rente gehen. Sie sind vor allem von der Erfahrung geprägt, Teil einer großen Masse zu sein. Sie mussten sich aufgrund ihrer Kohortengröße stets flexibel in ihrer Lebensplanung zeigen und sich insbesondere Führungsplätze, die sie derzeit bekleiden, hart erkämpfen.

Im Generationenkonflikt ist das Vorherrschen kollektiver Deutungsmuster über

Altersbilder, die im öffentlichen Diskurs entstehen, wesentlich. Diskriminierung von Alten beginnt dabei in den Köpfen durch pauschale Urteile und vorherrschende Vorurteile. Eine internationale Studie der WHO zeigt, dass die Hälfte aller befragten Teilnehmer_innen aus 57 Ländern voreingenommen gegenüber älteren Menschen ist. Eine übertriebene Furcht vor dem Alter oder auch Diskriminierung respektive Vorurteile gegenüber alten Menschen werden hierbei von der WHO-Studie unter „Gerontophobie“ subsummiert. Ursachen der Gerontophobie können eine mehr oder weniger unterbewusste Abwehr oder Angst vor dem eigenen körperlichen Verfall und dem Tod sein, der auf alte Menschen projiziert wird.

Weiterhin kann durch Abwertung anderer Gruppen – in diesem Fall der „Boomer“ – ein Zugehörigkeitsgefühl zur eigenen Gruppe erzeugt werden, dass auf Überlegenheit gegenüber anderen beruht. In einem Gutachten der Sachverständigenkommission der Bundesregierung zur Lage der älteren Generation werden drei Vorurteile benannt. Erstens: die Alten als Ausbeuter und „Betrüger“ der Jungen und als „Profiteure“ des Sozialsystems. Zweitens: die Alterung der Gesellschaft als ökonomische „Innovations-, Wachstums- und Fortschrittsbremse“. Und drittens: der Weg der Gesellschaft in die Gerontokratie, bei der sich die Interessen jüngerer Menschen politisch nicht mehr durchsetzen lassen.

Bei einer Studie aus dem Jahr 2018 bejahten 42 % Prozent der befragten 16 – 25-jährigen Deutschen die Aussage: „Die

früheren Generationen sind verantwortlich für die Schwierigkeiten der jungen Menschen heute“ und 53 % stimmten der Aussage zu, es gebe zu viele alte Menschen. In der Corona-Krise wurde durch das Narrativ, jüngere Menschen hätten für das Wohlergehen der Alten Opfer mit ökonomischen, sozialen und psychologischen Folgen in Kauf nehmen müssen, das angespannte Generationenverhältnis weiter belastet.

Der Begriff „Boomer“ findet zunehmend Benutzung in der alltäglichen Sprache und referiert auf ältere Menschen, die als rückständig, peinlich oder selbstgefällig gelten. Als regelrechtes Abkanzeln von Meinungen alter Menschen gilt mittlerweile der Spruch „OK Boomer“. Obwohl der Ausspruch häufig ironisch und humorvoll gemeint ist, beinhaltet er altersdiskriminierende Züge und trägt performativ zu einer pauschalen Abwertung einer ganzen Generation bei. Die Polemik erfolgt insgesamt von beiden Seiten und vergiftet die Atmosphäre.

Einerseits werden Klimaaktivisten häufig als „verwöhnte Gören“ titulierte oder vor einem Jahr warf Elke Heidenreich in einer Talkshow den jungen Menschen vor, eine Generation gänzlich ohne Sprache zu sein. Auf der anderen Seite gelten alte Menschen als „gierige Greise“, Greta Thunberg proklamierte:

„You are failing us, but the young people are starting to understand your betrayal.“

Auf dem Twitteraccount von Fridays for Future Deutschland war ferner im Dezember 2019 zu lesen:

„Warum reden uns die Großeltern eigentlich immer noch jedes Jahr rein? Die sind doch eh bald nicht mehr dabei.“

Polemische Reaktionen warfen die Frage auf, ob es sich um eine Generation handelt, die das Klima schützen will, aber nicht alte Menschen.

In Umfragen unter jungen Menschen wird überdies ersichtlich, dass nur ein geringer Anteil der Jungen tatsächlich bereit ist, auf Fleischkonsum oder billige Kleidung für den Klimawandel zu verzichten. Die „Generation Greta“ ist folglich ihren Eltern beim entschlossenen Klimaschutz nicht viel voraus. Ferner zeigt sich, dass das Klima die Generationen nicht spaltet, sondern rund 80 % – 90 % der Befragten aller Altersgruppen in repräsentativen Umfragen den Klimawandel als „ernstes Problem“ identifizieren und es für wichtig halten, sich ehrgeizige Ziele für die Steigerung der erneuerbaren Energien zu setzen.

Immer wieder kommt es zu Rationierungen von Versorgungsleistungen bei Krankheiten und Pflegebedürftigkeit im Alter. Einige Leistungen werden älteren Personen zur Schonung des Budgets verweigert, wie etwa Psychotherapien. In den kommenden Jahren werden sich die Probleme im Bereich der Pflege zunehmend verschärfen. Nach Jahrzehnten des Rationalisierungsdrucks und nach

den Belastungen der Corona-Krise ist die Situation äußerst angespannt. Gespart wird vor allem beim Personal. Eine hohe Arbeitsverdichtung, bei hoher körperlicher Belastung, geringe Aufstiegschancen und ein generell schlechter Verdienst führen fortwährend dazu, dass viele qualifizierte Mitarbeiter fehlen.

Eine Altersdiskriminierung lässt sich somit durch die implizit chronische Unterfinanzierung des Sektors ausmachen. Gemäß der wissenschaftlich gut belegten „Kompressionsthese“ verursachen alte Menschen jedoch nicht durchweg höhere medizinische und pflegerische Kosten, sondern lediglich in der kurzen Zeitphase unmittelbar vor dem Tod.

Teil 2 Schleichend entsorgt – Was den Boomern blühen könnte

In der Geschichte lassen sich viele Beispiele unterschiedlichster Kulturen finden, bei denen es zur Entledigung der Alten durch Herbeiführung des Todes kommt. Diese Maßnahme der Bevölkerungsregulation dient dazu, Kosten zu sparen oder das Überleben des Volkes zu sichern. Die Altentötung wird als Gerontozid oder Senizid bezeichnet. Der Unterschied besteht darin, dass im Falle eines Gerontozids bei der Tötung individuell-persönliche Motive und im Falle des Senizids sozial-gesellschaftliche Motive im Vordergrund stehen.

In der modernen Gesellschaft werden vier Arten des Senizids unterschieden. Der *aktive Opfer-Tod* ist Suizid im hohen Alter, um

keine Belastung für andere darzustellen und um die Kosten für Familie und Angehörige zu vermindern. Auch beim *passiven Opfer-Tod* will man nicht mehr anderen zur Last fallen und verzichtet daher freiwillig auf Nahrung und Flüssigkeit. Bei der *passiven Senio-Euthanasie* erfolgt der Tod durch das Unterlassen oder Hinauszögern lebenserhaltender Maßnahmen durch Fremdeinwirkung, ohne dass ein Sterbewunsch vorliegt. Weiterhin zu unterscheiden ist die *aktive Senio-Euthanasie*, hierbei liegt ebenfalls kein Sterbewunsch vor, sondern der Tod wird durch fremde Einwirkung von außen herbeigeführt, um sich eines alten Menschen zu entledigen.

Bei beiden Varianten des *Opfer-Todes* wird der Todeswunsch von außen herangezogen, auch wenn die Betroffenen sich dessen nicht immer bewusst sind. Es wird hierbei von einem „introjizierten Todeswunsch“ gesprochen. Gerontophobie Äußerungen einzelner Personen und eine generelle gesellschaftliche Stimmungslage gegen alte Menschen evozieren einen sozialen Druck, der selbstzerstörerische Neigungen erzeugt und verstärkt. Wie chronisch Kranke und Pflegebedürftige neigen alte Menschen zu der Ansicht, sie würden anderen Menschen zur Last fallen. Die Absicht zur Selbsttötung weist nicht zwangsläufig auf eine psychische Störung hin. Alte Menschen, die ernsthaft einen Suizid erwägen, benötigen keine erzwungene Pflichtberatung, sondern brauchen vielmehr niedrigschwellig zugängliche und verlässliche psychotherapeutische Beziehungsangebote.

Fatal wäre es jedoch, alten Menschen zu vermitteln, sie seien in dieser Gesellschaft nicht mehr willkommen, um gleichzeitig die praktischen und rechtlichen Hürden für assistierten Suizid und aktive Sterbehilfe aus dem Weg räumen.

Wenn der Mensch in einer Gesellschaft vorwiegend nach Nützlichkeitsaspekten in ökonomischer Hinsicht bewertet wird, ist dort der geistig-moralische Boden für die Akzeptanz des Senizids bereitet. Dieser ist ein geeignetes Mittel, um in prekären Zeiten die sozialen Sicherungssysteme ökonomisch zu entlasten, um eine erwachsene Bedrohung daraus abzuwehren. Nach Hochrechnungen offizieller Sterbefallstatistiken scheiden in Deutschland jährlich etwa 105.000 alte Menschen mit einem der genannten „Stillen Tode“ aus dem Leben, wovon rund ein Fünftel den Krankentötungen zugerechnet werden können.

Wenn das Leben nicht mehr „lebenswert“ erscheint, dann soll es möglichst rasch vorbei sein. Das klingt in einer Gesellschaft, die nach Selbstverwirklichung, Genuss, Fitness und ewiger Jugend strebt, plausibel. Der amerikanische Onkologe und Bioethiker Ezekiel Emanuel veröffentlichte einen Artikel im Monatsmagazin *The Atlantic* „Why I hope to die at 75“, wobei er die Frage aufwarf, ob es nicht sogar eine Pflicht gebe, der Gesellschaft ab einem bestimmten Alter nicht mehr zur Last zu fallen.

Sollen wir also sterben wollen, um den nachfolgenden Generationen im Alter nicht allzu sehr auf der Tasche zu liegen?

Nach Ansicht von Cassandra Devine, einer jungen PR-Beraterin aus Washington, sollten aufgrund der drohenden „Boomer“-Rentnerschwemme Anreize etwa in Form von kostenlosem Botox oder das Erlassen der Erbschaftssteuer geschaffen werden, damit sich Menschen nach dem 75. Lebensjahr das Leben nehmen. Ein weiterer bekannter Euthanasie-Befürworter ist der australische Philosoph und Bioethiker Peter Singer.

Aber nicht nur gesellschaftliche Diskurse bergen Gefahrenpotenzial für den Generationenkonflikt, auch das ethische Bollwerk bröckelt. Gemäß dem *Utilitarismus* ist es nicht nur das Ziel, möglichst viele Leben retten, sondern auch möglichst viele gesunde Lebensjahre. Dem individuellen Leben kommt dem Utilitaristen kein Wert an sich zu. Die Thesen erscheinen einstweilen logisch, stehen aber im Widerspruch mit gängigen moralischen Intuitionen. Bei Entscheidungsfällen wie der Triage würden die Überlebenschancen und die jeweilige Anzahl der verbliebenen Lebensjahre aufmultipliziert und dann entschieden, wer zu retten ist.

Der *Kontraktualismus* setzt ein Gedankenexperiment an, bei dem begrenzte Mittel für die Herstellung von Gesundheit verteilt würden. Dies würde konsensfähig dazu führen, dass der Jugend und dem Erwachsenenalter, also der individuellen, familiären sowie der beruflichen Entwicklung und Selbstverwirklichung ein hoher Stellenwert bei der Verteilung zukommt, während das hohe Alter, das von Stillstand, sozialem Rückzug und Vorbereitung auf den nahen

Tod gekennzeichnet ist, ausgespart werden würde. Eine solche Theorie beinhaltet ein dezidiert negatives Bild vom Alter.

Die politische Philosophie des *Kommunitarismus* rechtfertigt die Verteilung begrenzter Ressourcen mit der Verantwortung des Einzelnen gegenüber der Gemeinschaft. Für ein „gutes“ respektive erfülltes Leben reicht es vollkommen aus, eine Lebensspanne von 75-80 Jahren zu durchleben, wobei es danach nicht erstrebenswert ist, den körperlichen Verfall mit allen medizinischen Möglichkeiten zu bekämpfen, denn Altern und Sterben ist wesentlicher Bestandteil des Lebens.

Teil 3 Was zu tun ist – Noch ist der Zug nicht abgefahren

Zentral ist die Bereitschaft zum verbalen Abrüsten auf beiden Seiten. Man muss ferner die Voraussetzungen für einen wertschätzenden Dialog schaffen, der Differenzierung anstelle von Polarisierung setzt. Dies erfordert die Kompetenz der „cross generational intelligence“, die bereits in der Schule gefördert werden müsste. In einem „reverse Coaching“ könnten dann am Arbeitsplatz in einer Art umgekehrtem Schüler-Lehrer-Verhältnis junge Menschen, die direkt von der Universität kommen, ihr frisches Wissen mit Älteren teilen oder im Bereich digitaler Anwendungen Hilfestellung geben; unterdessen könnten sie etwas über den Arbeitsalltag und von den langjährigen Erfahrungen der älteren Kollegen_innen lernen.

Gleichzeitig muss die Altersrente gerechter gestaltet werden, eine vollkommene Gleichbehandlung der Generationen ist jedoch eine Illusion. Das eigentliche Problem besteht indessen in der ungleichen Verteilung des Vermögens und Einkommens. Neben dem Abbau der Arbeitslosigkeit und einer forcierten Investition in Bildung liegt jedoch auch in der zukünftig zu erwartenden Steigerung der Arbeitsproduktivität ein entscheidender Faktor. Es gilt: „Produktivität schlägt Demografie“. Eine familienfreundlichere Politik würde die Bereitschaft junger Menschen, Nachwuchs zu bekommen, erhöhen und damit überdies dem demografischen Problem entgegenwirken. Ferner bedarf es einer aufrichtigen Willkommens- und Anerkennungskultur für Fachkräfte aus dem Ausland.

Private Pflegearrangements müssen weiter gestärkt werden. Gesetzliche Schutzmechanismen in der institutionellen Pflege und Schutzmöglichkeiten für privat gepflegte Personen müssen verbessert werden.

Weiterhin müssen auch rechtliche Schutzlücken für Altersdiskriminierung geschlossen werden. Im Grundgesetz Artikel 3 ist etwa beim allgemeinen Gleichheitsgrundsatz kein Diskriminierungsverbot aufgrund des Alters aufgeführt. Auch im Ethikkodex des Deutschen Presserats fehlt bei den Diskriminierungen die Altersdiskriminierung.

Im Rahmen des neuen Dialogs der Generationen wird es also entscheidend darauf ankommen, weniger die vermeintlichen Interessengegensätze, sondern vielmehr

gemeinsame Interessenlagen verstärkt in den Blick zu nehmen. Der Generationengerechtigkeit gilt erst dann als verwirklicht, wenn die Chancen der Nachfolgenera-tion mindestens genauso groß sind wie die der vorausgehenden. Grundstein dafür ist das verbale Abrüsten auf beiden Seiten.

buch | votum

Das Buch bietet einen guten Überblick über das Thema des Generationenkonflikts. Es klärt umfangreich über gefährliche Altersbilder und latent vorherrschende Vorurteile auf und bietet konkrete Lösungsvorschläge an. Durchweg sind alle Passagen gut recherchiert und unterfüttert mit Nachweisen sowie vielen Statistiken und dabei zugleich gut lesbar. Das Buch könnte dennoch prägnanter sein, auch sind viele Lösungsvorschläge bereits intuitiv klar oder bekannt.

Unbehagen. Theorie der überforderten Gesellschaft. Von Armin Nassehi.

Kernaussagen

Das zentrale Problem der modernen Gesellschaft ist nicht, dass der Einzelne mit einer komplexer gewordenen Gesellschaft überfordert ist, wie es andere soziologische Betrachtungen nahelegen; ihr zentrales Problem ist, dass sie mit sich selbst in ihren Möglichkeiten überfordert ist. Und dies, obwohl sie eigentlich alle nötigen Mittel besitzt, um derzeitige Krisen und Probleme zu lösen.

Anhand der Corona- und der Klimakrise sowie zahlreichen Einzelproblemen lässt sich insbesondere mithilfe systemtheoretischer Ansätze aufzeigen, dass es bei Bewältigungsversuchen zur Überforderung kommt, die in ein generelles Unbehagen umschlägt. Gesamtgesellschaftliche Lösungsansätze können dabei nicht ausschließlich in der Politisierung von Problemen und dem Appell an gemeinschaftliches Handeln gesucht werden.



Von Armin Nassehi, erschienen 2021 im Verlag C. H. Beck, München. Kurzgefasst und eingeordnet von Hans Peter Schunk*.

große Nein. Eigendynamik des gesellschaftlichen Protests (2020). Weiterhin schreibt er gelegentlich Gastbeiträge für große deutsche Zeitungen oder tritt im Fernsehen auf.

buch | essenzen

Einordnung aus Sicht der Sozialen Demokratie

Die Soziale Demokratie, die sich fortwährend für eine progressive Entwicklung der Gesellschaft einsetzt, besitzt ein historisches Interesse daran, neue Erkenntnisse über die Herausforderungen der modernen Demokratie zu erlangen.

Das vorliegende Buch analysiert die moderne, funktional ausdifferenzierte Gesellschaft, mit starker Betonung des Wechselspiels und der Dynamiken der einzelnen Teilsysteme. Dabei zeitigt die Analyse insbesondere eine Auseinandersetzung mit traditionellen Appellen der Sozialen Demokratie zu weitreichender gesellschaftlicher Solidarität.

buch | autor

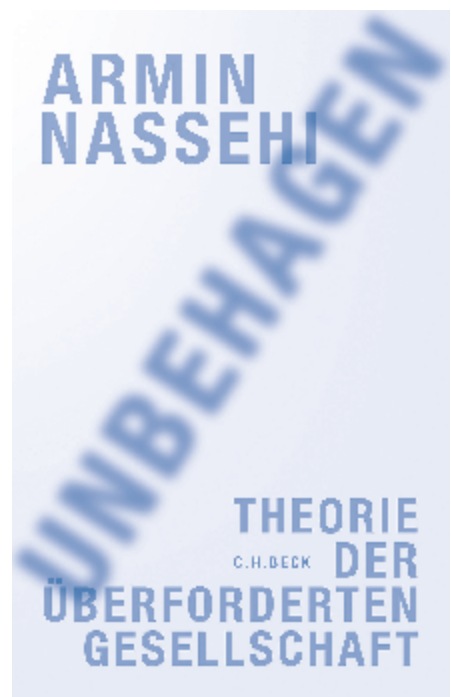
Armin Nassehi, 1960 in Tübingen geboren, hat Erziehungswissenschaften, Philosophie sowie Soziologie studiert und ist seit 1998 Professor für Soziologie an der Universität München. Nassehi trat in den vergangenen Jahren darüber hinaus publizistisch in Erscheinung. Viel beachtet waren seine Bücher: *Muster. Theorie der digitalen Gesellschaft* (2019) oder *Das*

buch | inhalt

1. Einleitung

Moderne Demokratien befinden sich unablässig in der Krise. Die funktional ausdifferenzierte Gesellschaft ist mit sich selbst überfordert. Dieser Umstand liegt in der Tatsache begründet, dass den meisten Menschen zwar bewusst ist, dass alle zur Lösung der vitalen Probleme der Gesellschaft notwendigen Mittel zur Verfügung stünden, diese aber dennoch Leid und Konflikte zulässt. Die weitreichenden Handlungs-, Reaktions- und Gestaltungsmöglichkeiten der Gesellschaft führen bisweilen dazu, dass diese Möglichkeiten aufgrund ihrer Eigenkomplexität und den

* Hans Peter Schunk ist Doktorand am Seminar für Neueste Geschichte der Philipps-Universität Marburg.



erwachsenden Erwartungshaltungen zur Überforderung führen. Das Ergebnis der Grenzen dieser Verarbeitungskapazität ist die Überforderung der Gesellschaft mit sich selbst und einem daraus erwachsenen Unbehagen. Um die moderne Gesellschaft akkurat analysieren zu können, ist die Teilung in Sozialdimension (Wer?) und Sachdimension (Was?) vonnöten.

2. Theodizee

Wir befinden uns in einer Theodizee des freien Willens. Wie kann es die Freiheit unseres Willens zulassen, dass wir freiwillig das Falsche tun? Der Hilfsbegriff Soziodizee beschäftigt sich in dieser Hinsicht mit der Frage, wie die gegenwärtige Ordnung zu rechtfertigen ist. Dies zielt nicht auf die objektiv bestehenden Verhältnisse ab, sondern auf die Selbstbeschreibung der Gesellschaft – gleichsam wie die Menschen das Geschehen empfinden. Dabei hinkt die Gesellschaft jedoch stets den Verhältnissen selbst hinterher.

Die gesellschaftlichen Akteur_innen sind keine außenstehenden Beobachter_innen, sondern verquickt mit den Verhältnissen, in denen sie sich selbst vorfinden. Die moderne Gesellschaft wird permanent auf die Bedingungen ihrer eigenen Möglichkeiten hingewiesen. Bei der Klimakrise ist es beispielsweise offensichtlich, dass im Grunde alle zur Problemlösung notwendigen Konzepte und Mittel theoretisch umsetzbar wären; dennoch ist nicht immer klar erkennbar, woran die tatsächliche Umsetzung scheitert. Dieses perspektivische Changieren zwischen Transparenz und Intransparenz

ist eine Quelle des Unbehagens.

3. Versuchsaufbau

Eine Gesellschaft konstituiert sich erst, seitdem die Verhältnisse als veränderbar gelten und es eine Öffentlichkeit gibt, in der diesbezüglich relevante Fragen diskutiert werden. Selten hat sich dabei die Gesellschaft disruptiv durch eine Revolution verändert, sondern stattdessen durch Evolution und unmittelbare Lernprozesse. Eine kritische Selbstbeobachtung zur Verbesserung der Verhältnisse erweist sich dabei als zentral, kann aber bei Nichterfüllung eine Quelle von Unbehagen darstellen. Die Gesellschaft befindet sich in einem Spannungsfeld einer dauerhaften Verwirrung zwischen Gestaltbarkeit und musterhafter Stabilität respektive zwischen dem Spannungsfeld gut begründeter Kritik und einer verblüffenden Launenhaftigkeit.

Die moderne Gesellschaft ist weitreichend funktional ausdifferenziert. In der Corona-Krise spiegelt sich diese Ausdifferenzierung in der medizinischen Perspektive, in der ökonomischen, der des Bildungssystems, in familialen Kontexten, im Rechtssystem, in den Massenmedien, in der Politik, in der Wissenschaft und in anderen Bereichen wie Kunst oder Kultur wider. Das größte Problem einer derartigen Differenzierung ist die Frage, wie sich die Logiken der parallel operierenden Teilsysteme synchronisieren lassen. Die Antwort lautet: nicht zentral und nicht endgültig.

Es bedarf vielmehr einer Pluralisierung der Synchronisierung. Denn es gibt keine orga-

nierte Arbeitsteilung und die Gesellschaft zerfällt operativ in unterschiedliche Teilsysteme, die ihre ganz eigenen Verhältnisse besitzen und sich auf das Ganze nur aus der eigenen Perspektive beziehen können.

4. Anordnung

Die Empörung und die Anklage ebenso wie die Beschwörung des Gemeinsamen haben eine erhebliche Entlastungsfunktion. Es gehört zum Charakteristikum der modernen Gesellschaft, Großkollektive zu ersinnen und Mobilisierung durch Zugehörigkeit zu ermöglichen. Die Sozialdimension erzeugt eine Art Überzeitigkeit des Gemeinsamen, während die Sachdimension eine Gleichzeitigkeit von Unterschiedlichem erzeugt. Was am Ende bleibt, ist die Soziodizee des Gesellschaftlichen und damit die Politisierung der Gesellschaft.

Der Begriff der Soziodizee ist bedeutend, da er auf die Unerreichbarkeit der Gesellschaft und auf die Transzendenz aller Handlung verweist. Handlung ist deshalb transzendent, weil das Handeln seine eigenen Voraussetzungen weder garantieren noch kontrollieren kann. Es geht also nicht um die Anordnung von Handelnden, sondern um die Anordnung von Handlungen. Die Differenzierung der Gesellschaft in der Sachdimension, also die funktionale Differenzierung der Gesellschaft, ist nicht einfach eine willkürliche Form der Arbeitsteilung, sondern der Versuch des Gesellschaftssystems, die prinzipielle Verknüpfbarkeit aller Operationen miteinander so einzuschränken, dass das System nicht an seiner Komplexität zugrunde geht.

Die funktionale Differenzierung erzeugt einerseits eine enorme Leistungsfähigkeit der Teilbereiche der Gesellschaft der Moderne, die andererseits durch die Unmöglichkeit der vollständigen Koordinierung erkauft wird. Das kann man nur ertragen, wenn man die Erreichbarkeit der Gesellschaft in der Sozialdimension nachgerade hypostasiert. Diese Spannung ist die Quelle des Unbehagens, weil sie nicht nur zu einer temporären Krise führt, sondern die Moderne selbst als einen Krisenmodus etabliert.

5. Andockstellen

Die Gleichzeitigkeit von Unterschiedlichem ist es, die für moderne Lebenslagen zentral ist. Wie kann ein Leben gelebt werden, obwohl es für niemanden einen vordefinierten, klaren, eindeutigen Ort gibt? Das ist der Ausgangspunkt der Krisenerfahrung: die Ahnung, dass das Problem unerreichbar ist, und die Ahnung, dass die Lösung selbst erzeugter Probleme stets im Horizont der selbst erzeugten Möglichkeiten bleibt. Die Gesellschaft ist kein Behälter, in dem lediglich verweilt wird, sondern ein lebendiges System, an das Individuen multipel andocken und in dem es letztlich für niemanden einen festen Platz gibt. Dass sich individuelle und gesellschaftliche Perspektiven dennoch synchronisieren lassen, bedarf einer erheblichen Leistung, die fortwährend neu erbracht werden muss.

6. Arrangements

Die Coronakrise ist keine biologische oder medizinische Krise, keine

Naturkatastrophe, sie ist nicht einmal eine gesellschaftliche Krise. Sie verweist darauf, dass die Struktur der Gesellschaft selbst etwas Krisenhaftes trägt – weswegen die Krisensemantik sich wenig dafür eignet, das Problem zu beschreiben. Es war nicht die Störung selbst, die so unbehaglich war, sondern dass alles in Echtzeit zu beobachten war: sichere Zahlen, Stand der Wissenslage, politische Entscheidungen und deren Begründungen, die sich auf klare Fakten bezogen. Die krisenhafte Erfahrung bestand darin, dass man nicht mehr durch die Soziodizeen des Handelns und der Gewohnheit, durch kalkulierbare Institutionsarrangements vor der Komplexität der Gesellschaft geschützt wurde; die krisenhafte Erfahrung bestand darin, dass auf einmal sichtbar wurde, wie die Gesellschaft tatsächlich ist.

7. Strukturen

Die größte Quelle des Unbehagens in einer modernen Gesellschaft ist die Spannung zwischen ihrer in der Sachdimension begründeten funktionalen Differenzierung und dem Erfordernis, am Lebenslauf orientierte, kontinuiertsstiftende Institutionen herzustellen. Codierte Funktionssysteme haben weder externe noch interne Kriterien, die ihre Operationen limitieren könnten, die also ein Maß zur Selbstbeschränkung, zum Verzicht auf Optionen ausbilden oder letztlich zu völliger Transparenz der eigenen Logik führen könnten.

In einer Meritokratie, in der die Besten und Leistungsfähigsten an den Entscheidungsstellen sitzen, werden Sachprobleme gelöst.

Die strukturellen Probleme der Differenzierung, der Zielkonflikte, der dilemmatischen Auflösung von Volatilität in der Sach- und Kontinuität in der Sozialdimension ist damit jedoch noch nicht gelöst.

Noch nicht gelöst sind damit jedoch die strukturellen Probleme der Differenzierung, der Zielkonflikte, der dilemmatischen Auflösung von Volatilität in der Sach- und Kontinuität in der Sozialdimension.

Es sei denn, man könnte die Gesellschaft in eine Organisation verwandeln und sie führen wie eine solche, was manche autoritären Staaten gezielt versuchen.

8. Organisation

Das Unbehagen an der Moderne ist das Unbehagen, dass diese Funktionssysteme nicht eingehegt werden können, sondern grenzenlos werden. Um Gesellschaften wie Organisationen zu behandeln, muss man genau genommen einen ihrer Grundmechanismen außer Kraft setzen, nämlich die Offenheit ihrer Entwicklungsdynamik und das Prozesshafte ihrer Ordnungsbildung. Wenn wir Gesellschaft ändern wollen, müssen wir Organisationsroutinen ändern. Wir sind vor allem von dem geprägt, was wir tun und was sich dadurch praktisch in unserem Verhalten habitualisiert hat. Intellektuelle Entwürfe der Welt sind auch Ergebnis einer Praxis.

9. Offenheit

Die funktionale Differenzierung der Gesellschaft etabliert die Ergebnis-

offenheit ihrer Prozesse als funktionales Erfordernis, das nur mit hohem Energieaufwand, auch Organisationsaufwand relativiert werden kann.

Wer auf Lösungen und Beschreibungen im Gewande der Sozioidzee des Gemeinschaftlichen oder auf Gesellschaftsbeschreibungen ausschließlich in der Sozialdimension setzt, verfehlt das Wesen der gesellschaftlichen Moderne.

10. Latenz

Es ist Unbehagen, das dann entsteht, wenn der Latenzschutz verlorengeht und alles so transparent wird, dass der Boden der Kultur seine Stabilität verliert, weil man sich nicht mehr darauf verlassen kann, dass die Dinge so sind, wie sie bezeichnet werden.

Kulturelle Bedeutung, etwa sprachliche Repräsentation, symbolische Formen, Werte und Hintergrundselbstverständlichkeiten müssen latente Muster bleiben, damit sie funktionieren können. Das gilt auch für moralische Standards und basale Anerkennungsformen.

Das moderne Unbehagen ist dabei das Resultat der (Selbst-)Aufklärung. Psychologie hebt Latenz der Innenwelt auf, Ethnologie die Latenz des Kulturellen und die Linguistik hebt die Latenz der Bedeutung auf.

In Krisensituationen wird deutlich, dass die Gesellschaft nicht durch Solidarität und konzentrierte Aktionen, sondern durch die Gleichzeitigkeit von Unter-

schiedlichem, geprägt wird.

Die digitale Kultur erzeugt Unbehagen, da unsere Daten vieles preisgeben und letztendlich zeigen, wie regelmäßig und berechenbar unser Verhalten ist. Das Unbehagen an der digitalen Kultur ist womöglich der Spiegel, den diese Technologie der Gesellschaft vorhält: Sie überfordert die Gesellschaft und ihre Strukturen so sehr, dass sichtbar wird, was vorher unter Latenzschutz stand.

11. Konsum

Konsum hat gesellschaftlich eine Kompensationsfunktion; wer konsumiert, kümmert sich um den Konsum selbst. Wir tun, was sich bewährt, woran wir uns gewöhnen, es gilt die Sozioidzee der Gewohnheit als großer Friedensstifter des Alltags. Konsumieren versöhnt mit Kontingenz – auch wenn Konsum gerade durch die Präsentation von Alternativen auf Kontingenz hinweist. Konsumieren erzeugt eine Welt, in der alles seinen Platz hat – konsistent, zumindest in dem Moment, des Konsumierens selbst. Die gesellschaftlichen Sachprobleme, die sich mit der funktionalen Differenzierung ergeben, würden durch die Lösung dieser Fragen in der Sozialdimension nicht einmal berührt. Die größte Quelle für Unbehagen dürfte die bloße Vorstellung sein, dass es so ist.

12. Was tun?

Der permanente Krisenmodus der Gesellschaft ist auch ihre Stärke, weil er ihr erhebliche Leistungsfähigkeit ermöglicht.

Es gibt kein Entfliehen aus der Überforderung, aber die Überforderung ist zugleich Problem und Lösung. Die Konzentration auf die Sozialdimension und die alleinige Politisierung von Problemen ist zu überwinden. Die Dimensionen sollen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Aber es müssen die Differenzierung in der Sachdimension und die daraus – nicht nur aus Interessenkonflikten und Machtasymmetrien – resultierenden Konflikte in ihrer Art begriffen werden, um zu Problemlösungskonzepten zu gelangen. Inklusion möglichst aller gesellschaftlichen Gruppen muss aber um die Sprechfähigkeit zwischen unterschiedlichen Funktionslogiken erweitert werden.

Die Grundidee ist also gerade nicht der Konsens, schon gar kein gemeinsamer Konsens, sondern die Idee, dass jede Seite fähig ist, nach den eigenen Regeln, aber in einem institutionellen Arrangement weiter zu handeln. Es sind Anschlussmöglichkeiten zu schaffen, die den Anschluss unterschiedlicher Herkunft ermöglichen, um kompakte Lösungen herzustellen. Vielleicht ist Verhaltensänderung in ästhetisch-konsumähnlicher Form leichter, als wenn es sich um das Ergebnis von Aufklärung und Überzeugung handelt. Ästhetische Formen sind lernadäquater als die rationalistische Erklärung oder pädagogisch-moralische Zumutung.

Unbehagen und Überforderung scheinen mit dem Verlust von Latenzschutz wachsen, daraus ließe sich ableiten, wie man ein Publikum und eine Gesellschaft erzeugen kann, die sich nach dem Latent-

bleiben ihrer eigenen Praxis und deren Bedingungen geradezu sehnt. Ein großer Wunsch ist es, nicht mehr so genau hinschauen zu müssen – Latenzschutz zu genießen. Die Erkenntnis ist, dass der Krisenmodus nicht wirklich geeignet zu sein scheint, um Krisen zu meistern.

buch | votum

Nassehis Gesellschaftsanalyse ist aufschlussreich, da er in diesen krisenhaften Zeiten herausarbeitet, dass die Gesellschaft vielmehr durch ihre bisherigen Blickwinkel auf sich selbst einen permanenten krisenhaften Zustand konstituiert.

Nassehis Analysekonzept besagt, bei gesamtgesellschaftlichen Problemen nicht in erster Linie mit Appellen an die Gemeinschaft und gemeinschaftliches Handeln zu reagieren. Dabei richtet er sich etwa gegen Andreas Reckwitz. Aber seine Schlussfolgerung leuchtet zunächst ein und regt zum Nachdenken an.

Das Buch ist äußerst versiert geschrieben, mit vielen Theoriereferenzen und Analogien, was jedoch zugleich auch eine Schwäche ist, da die vielen Modelle und Begriffe teils erschlagend wirken. Auch die Sprache nimmt an einigen Stellen eine enigmatisch-soziologische Abstraktheit an, deren Entschlüsselung entweder schwierig fällt oder eine Unschärfe zurücklässt. Die Sprache verschränkt sich dabei teils mit dem Inhalt, denn so bemerkenswert und aufschlussreich Nassehis Analyse ist, konkrete Lösungsansätze

werden bewusst vermieden. So bleibt etwa sein Plädoyer für „parallele Synchronisationen der Sachdimension“ unscharf abstrakt.

Nassehis Analyse kann als fruchtbar für die Weiterentwicklung der modernen Demokratie angesehen werden. Somit liegt er weitestgehend in Eintracht mit Standpunkten der Sozialen Demokratie, lediglich seine Kritik der Fokussierung auf Appelle an die Gemeinschaft birgt das Potenzial für Dissonanzen.

Spätmoderne in der Krise. Was leistet die Gesellschaftstheorie? Von Andreas Reckwitz und Hartmut Rosa.



Kernaussagen

Aufgabe der Soziologie ist es, an einer umfassenden Gesellschaftstheorie zu arbeiten. Sie muss Strukturmerkmale und Strukturdynamiken von Gesellschaftsformen rekonstruieren und den Zusammenhang von wirtschaftlichem, technologischem, kulturellem, politischem und sozialem Wandel klären. Die konkreten theoretisch-analytischen Ausgangspunkte können dabei unterschiedlich sein.

Von Andreas Reckwitz und Hartmut Rosa, erschienen 2021 im Suhrkamp Verlag, Berlin. Kurzgefasst und eingeordnet von Thilo Scholle*.

buch | essenzen

Einordnung aus Sicht der Sozialen Demokratie

Die Analyse und Beschreibung der aktuellen Verfasstheit von Gesellschaft sind eine entscheidende Voraussetzung für die Entwicklung von politischen Lösungsansätzen. Wer gestalten will, muss verstehen, was die Gesellschaft um- und antreibt. Im vorliegenden Band machen sich Andreas Reckwitz und Hartmut Rosa daran, die theoretischen Grundannahmen ihrer Gesellschaftsanalyse zu entwickeln und Verbindendes wie auch Trennendes herauszuarbeiten. Für die Entwicklung einer Politik der Sozialen Demokratie ist dabei besonders wichtig, ob und in welcher Weise sich Perspektiven einer solidarischen Gesellschaft erkennen lassen.

buch | autoren

Der 1970 geborene Andreas Reckwitz ist Professor für Allgemeine Soziologie und Kulturosoziologie an der Humboldt-Universität in Berlin. Hartmut Rosa wurde 1965 geboren und ist Professor für Allgemeine und Theoretische Soziologie an der Friedrich-Schiller-Universität Jena sowie Direktor des Max-Weber-

Kollegs in Erfurt. Beide Autoren gehören aktuell mit ihren Arbeiten zu den wichtigen Stichwortgebern politisch-gesellschaftsanalytischer Debatten. So wurden etwa die Bände *Beschleunigung und Entfremdung* und *Resonanz* von Hartmut Rosa sowie *Die Gesellschaft der Singularitäten* von Reckwitz im politischen Feuilleton wie auch in fachwissenschaftlichen Diskussionen breit rezipiert.

buch | inhalt

Auf eine gemeinsam verfasste Einleitung folgen jeweils eigenständige Texte beider Autoren, die ihren jeweiligen gesellschaftstheoretischen Zugang entwickeln. Den dritten Teil des Bandes bildet ein durch den Journalisten Martin Bauer moderiertes Gespräch beider Autoren.

*Thilo Scholle ist Jurist und arbeitet als Referent in der Denkfabrik Digitale Arbeitsgesellschaft des Bundesministerium für Arbeit und Soziales.



Einleitung

Gemeinsame Motivation für den Band ist der Anspruch, „die Gesellschaftstheorie und damit auch die Theorie der Moderne als zentrale Aufgabe der Soziologie stark zu machen“. Ein solches Aufgabenverständnis ist in der soziologischen Disziplin nicht selbstverständlich: Zu beobachten ist eine Diskrepanz zwischen einem immer drängenderen Interesse der Öffentlichkeit an umfassenden Theorien der menschlichen Gesellschaft und Geschichte und einer nachlassenden Bereitschaft der international organisierten Soziologie, an entsprechenden Gesellschaftstheorien zu arbeiten.

„Eigentlich ist die Soziologie dazu prädestiniert, am ‚großen Bild‘ der Gesellschaftstheorie und an einer umfassenden Theorie der Moderne zu arbeiten.“

Eine Ursache der oft fehlenden Bereitschaft hierzu in der Fachsoziologie liegt in der sich stetig weiter entwickelnden Spezialisierung der Sozialwissenschaften hin zu einer Fülle von Bindestrichsoziologien. Im System Hochschule, das Leistung und Qualität von akademischer Arbeit vor allem an der Einwerbung von Drittmitteln sowie an der Veröffentlichung von Artikeln in Peer-Review-Zeitschriften misst, steht das Verfassen umfangreicherer Bücher nicht hoch im Kurs.

Hinzu kommt eine verbreitete Skepsis, ob vor dem Hintergrund zunehmender

„Heterogenität und Pluralität der diskursiv erzeugten Wirklichkeiten“ eine umfassende Theorie der Moderne überhaupt möglich ist. Zu fragen ist, was Gesellschaftstheorie leisten kann und mit welchen konzeptuellen Mitteln eine solche Gesellschaftstheorie arbeiten kann.

**Andreas Reckwitz:
Gesellschaftstheorie
als Werkzeug**

Doing theory

Theorie ist eine „Kulturtechnik des generalisierenden Weltverstehens“. Die Sozialtheorie fragt nach den Möglichkeiten, „das Soziale“ zu analysieren, die Gesellschaftstheorie fragt nach den Strukturmerkmalen von Gesellschaften und den Konzepten, mit denen sich diese analysieren lassen. Die Sozialtheorie arbeitet mit Grundbegriffen wie Handeln und Kommunikation, Norm und Rolle, Macht und Institution, Wissensordnung, Praktik und Diskurs. Die Gesellschaftstheorie interessiert sich vor allem für Strukturen, etwa zur Theorie des Kapitalismus:

„Der Doppelhorizont der Frage nach Sozialität und moderner Gesellschaftlichkeit ist konstitutiv für die Entstehung der Soziologie im 19. Jahrhundert.“

Wichtig zur Abgrenzung ist die Feststellung, dass die Sozialtheorie gewissermaßen in einem universalistischen Begriffsrahmen verbleibt:

„Der Sozialtheorie geht es nämlich um Sozialität und Gesellschaftlichkeit an sich“, um die überzeitliche und ortsungebundene Struktur menschlicher Praxis. „Die Gesellschaftstheorie bezieht sich hingegen auf konkrete Gesellschaften, wie sie zu konkreten Zeiten an konkreten Orten bestehen.“

Die Gesellschaft der Moderne hat eine mittlerweile 250-jährige Geschichte hinter sich, ihre Strukturen haben sich über diese Zeit immer wieder gewandelt. Über eine allgemeine Theorie der Moderne hinaus ist daher eine spezielle Theorie der Spätmoderne zu entwickeln. Qualitativ gute Gesellschaftstheorie soll ein empirisches Forschungsprogramm bieten und auch Erkenntnisse aus anderen wissenschaftlichen Disziplinen einbeziehen. Über diese Synthesefunktion hinaus entwickelt sie „Begriffe für übergreifende Strukturmerkmale des gesellschaftlichen Zusammenhangs, mit denen sich die einzelnen Phänomene aufschließen lassen“.

Der Gesellschaftstheorie geht es darum, diejenigen Ursachen aufzuzeigen, die in einer bestimmten oder in allen historischen Phasen für die Reproduktion der Strukturen von Gesellschaft verantwortlich sind. Gesellschaftstheorie bietet ein Tableau der Zusammenhänge sowie eine große Erzählung von Prozesslogiken. Gesellschaftstheorie ist damit immer auch Gesellschaftsnarrativ.

Sozialtheorie und Gesellschaftstheorie liefern Werkzeuge für die empirische Forschung. Theorie ist dabei kein zusammenhängendes System. Der Theoretiker ist nicht auf Werkkontinuität festgelegt, sondern kann zu neuen Themen auch neue Werkzeuge erproben. Anders als Theorien des Systems baut diese Netzwerkförmigkeit keine starke Binnenidentität auf, sondern lebt von der Verknüpfung und Verbindung.

Praxistheorie als Sozialtheorie

Im Feld der Sozialtheorie soll die „Theorie sozialer Praktiken“ als Werkzeug genutzt werden:

„Die soziale Welt setzt sich aus sich ständig reproduzierenden und zugleich in Veränderung begriffenen Ensembles von Praktiken zusammen.“

Die kleinste Einheit des Sozialen ist die wiederholte, wissensabhängige und zugleich räumlich verstreute Aktivität von Körpern und Dingen. Subjekte und Sozialität werden als gleich ursprünglich angesehen. In diesem Sinne ergibt sich eine Verschränkung des Kulturellen und des Materiellen.

Genauer betrachtet werden sollen Diskurse, Affekte, Subjekte und Lebensformen. Gesellschaften stellen aus praxeologischer Sicht das Netzwerk aller miteinander verbundenen Praktiken dar. Zu beachten ist, dass – insbesondere im Kontext der

Weltgesellschaft – nicht sämtliche Praktiken in gleicher Weise und Intensität miteinander vernetzt sind. Gesellschaft lässt sich als Zusammensetzung von Lebensformen verstehen oder als Ansammlung von Institutionen.

„Mit Institutionen sind koordinierte Ensembles von Praktiken gemeint, deren Zusammenhang sich aus einer bestimmten sachlichen Spezialisierung ergibt.“

Die Praxis der Moderne

Man kann von drei Grundmechanismen moderner Gesellschaften ausgehen: Die Netzwerke von Praktiken, welche die moderne Gesellschaft bilden, sind von prinzipiell unendlichen Prozessen der Öffnung und Schließung der Kontingenz des Sozialen gekennzeichnet. Zudem existiert ein Widerstreit zwischen einer sozialen Logik des Allgemeinen und einer des Besonderen. Und weiterhin ist die „Praxis der Moderne“ durch „ein radikales zeitliches Regime des Neuen“ gekennzeichnet, „dessen Kehrseite soziale Verlustdynamik und zeitliche Hybridisierung bilden“.

Wichtig ist, dass alle drei Mechanismen ein Spannungsfeld darstellen, vor dessen Hintergrund sich die Dynamik und potenzielle Konflikthaftigkeit der Moderne begreifen und untersuchen lassen. Die soziale Welt der Moderne, ihre Lebensformen und Institutionen können nicht mehr von ihrer eigenen Selbstverständlichkeit oder Alternativlosigkeit ausgehen. Alles, was

in der Gesellschaft existiert, könnte auch anders sein. Kontingenz bedeutet, offen zu sein für eine Möglichkeit der Umgestaltung bis hin zu einer Revolution.

**Gesellschaftstheorie at work:
Von der bürgerlichen
Moderne über die
industrielle Moderne
zur Spätmoderne**

Die bürgerliche Moderne entwickelte sich als früheste Version moderner Gesellschaft in Europa in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts gegen die feudale Gesellschaft. Die industrielle Moderne verdrängt die bürgerliche Moderne in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts in Europa, Nordamerika und der Sowjetunion. Die Spätmoderne schließlich entwickelt sich seit den 1980er-Jahren.

Der „postindustrielle Kapitalismus“ in Europa und Nordamerika ist „im Kern ein kognitiver und kultureller Kapitalismus“. Im Zentrum stehen immaterielle Wissensarbeit sowie hochkompetitive Märkte für kognitiv-kulturelle Güter. Die Sozialstruktur lässt die relative Gleichheit und Homogenität der nivellierten Mittelstandsgesellschaft hinter sich und nimmt stattdessen eine triadische Form an – mit dem Aufstieg einer neuen, akademischen Mittelklasse, einer neuen Unterklasse und einer zwischen beiden Gruppen unter Druck geratenen alten Mittelklasse.

Kennzeichnend sind die Gleichzeitigkeit von Auf- und Abstieg und die Gleichzeitigkeit von Auf- und Abwertungs-

prozessen. Ausmachen lassen sich eine Krise der Anerkennung, eine Krise der Selbstverwirklichung und eine Krise des Politischen als drei Aspekte einer Krise des Allgemeinen. Es zeigt sich eine Erosion allgemeiner Pflichten und Moral zugunsten der besonderen Aspirationen des individuellen Einzelnen sowie eine Krise des Politischen in der Erosion staatlicher Steuerungsfunktionen sowie der allgemeinen Öffentlichkeit.

„Die industrielle Moderne zerbrach am Ende an ihrer gesellschaftlichen Überregulierung, auch an ihrer Unfähigkeit, Singularitäten zu respektieren. Spiegelbildlich dazu entpuppt sich die Krise des Allgemeinen gegenwärtig als Test für den weiteren Bestand der Spätmoderne.“

Theorie als kritische Analytik

Die Gesellschaftstheorie soll als „kritische Analytik“ betrieben werden.

„Es geht ihr weder um eine externe Kritik der Gesellschaft im Namen eines normativen Ideals noch um eine rein interne Analyse der in der Gesellschaft zirkulierenden Kritikformen.“

Sie ist damit immanente Kritik. Es geht nicht um die Realisierung einer allgemeingültigen politischen Utopie, sondern um temporäre und situative Strategien:

„Man setzt dort an, wo sich Kontingenzhorizonte schließen, und arbeitet an deren erneuten Öffnung.“

Coda: Der Experimentalismus der Theorie

Soziologische Theorie muss vom Geiste des Experimentalismus geprägt sein. Entscheidend ist „theoretische Mehrsprachigkeit“ im Sinne einer „Offenheit für die Pluralität der Weltzugänge“.

Hartmut Rosa:
Best Account. Skizze einer systematischen Theorie der modernen Gesellschaft

Was ist und kann eine Theorie der Gesellschaft?

Der Streit über die definierenden Merkmale der Moderne als spezifischer sozialer Formation – also die Frage, was moderne Gesellschaften von nicht oder nicht mehr modernen Gesellschaften unterscheidet – hat die großen klassischen Entwürfe soziologischer Theorie hervorgebracht – von Ferdinand Tönnies bis zu Max Weber und Karl Marx.

Gesellschaft als „Formation“ zu denken, ist schwierig. Es geht um das „systematische Nachdenken über das, was die gegenwärtige Gesellschaft im Zusammenspiel ihrer Elemente und Kräfte ausmacht, und welche Logiken, Antriebskräfte oder Gesetzmäßigkeiten ihren Veränderungstendenzen zugrunde liegen“. Subjekte begreifen

allerdings ihr eigenes Handeln implizit im Lichte seiner „formationsbezogenen Kulturbedeutung“, sie verleihen ihrem Handeln dadurch Sinn.

Ohne „Aggregatkonzepte“ wie etwa im Terminus „Gesellschaft“ ausgedrückt, bleibt es bei lauter Einzelbeobachtungen. Einzelphänomene lassen sich allerdings nur verstehen, wenn man den Versuch unternimmt, den strukturellen und kulturellen Triebkräften auf den Grund zu gehen, die die zentralen Entwicklungs- und Veränderungstendenzen einer Formation bestimmen und damit ihre historisch-kulturelle Manifestationsnorm prägen.

Verzichtet die Soziologie auf die Ausarbeitung von Vorschlägen für die „gesellschaftliche Selbstinterpretation“, so unterläuft sie ihren gesellschaftlichen Auftrag. Es geht daher um die Entwicklung eines „Best Account“ – eines bestmöglichen Deutungsvorschlags – zur Einordnung der aktuellen soziokulturellen Verfassung und geschichtlichen Lage. Die Tauglichkeit eines solchen Deutungsvorschlags erweist sich vor allem darin, was man mit seiner Hilfe erkennen kann – welche Zusammenhänge, Entwicklungstendenzen und Problemzusammenhänge.

Ein solcher Account muss zudem die Sozialforschung inspirieren, die dann empirisch weiterarbeiten kann. Dabei muss sowohl die strukturelle Gestalt als auch die kulturelle Verfassung einer sozialen Formation in ihrer jeweiligen Eigenlogik und Eigenständigkeit in den Blick genommen werden.

Dynamische Stabilisierung und Weltreichweitenvergrößerung: Eine Analyse der modernen Sozialformation

Mit dem Begriff der „Sozialformation“ lässt sich ein formativer Zusammenhang herstellen: zwischen einem partikularen kulturellen Horizont samt seiner Antriebsenergien aus Hoffnungen, Sehnsüchten und Befürchtungen – und einem je bestimmten strukturellen Institutionensystem, das die materielle Reproduktion sichert. Prototypisch für moderne Gesellschaften ist, dass diese sich nur dynamisch stabilisieren können. Das heißt, dass sie auf stetiges ökonomisches Wachstum, technische Beschleunigung und kulturelle Innovationsverdichtung angewiesen sind. Diese endogene Systemlogik erzwingt dies.

Desynchronisation und Entfremdung: Diagnose und Kritik der Moderne

„Auf welche Weise produziert diese Formation ihre in der Spätmoderne mit wachsender Dringlichkeit und Schärfe in Erscheinung tretenden ökologischen, sozialen, ökonomischen und psychologischen Krisen?“

Die Sozialformation der Moderne lässt sich als Aggressionsverhältnis beschreiben: Im strukturellen Zwang zur stetigen Steigerung in Form von Wachstum, Beschleunigung und Innovation

sowie im kulturellen Verlangen nach Verfügbarkeit und Weltreichweitenvergrößerung.

Als Desynchronisationseffekt lässt sich die Gefahr einer Überhitzung nennen – sowohl mit Blick auf Treibhauseffekte, das politische Klima wie auch die individuelle Psyche. Es kommt zu einer wachsenden Desynchronisierung zwischen der sich verlangsamenden Sphäre demokratischer Politik – deren Entscheidungsgrundlagen durch Pluralisierung unsicherer und umkämpfter werden – und den sich beschleunigenden Prozessen der ökonomischen Produktion, des kulturellen Wandels und der medialen Aufmerksamkeitsgenerierung.

Adaptive Stabilisierung und Resonanz: Therapeutisch-transgressive Skizze eines alternativen Horizonts

Eine Postwachstumsgesellschaft kann nicht ohne eine grundlegende Reform des Kapitalismus auskommen. Arbeit und Wirtschaft muss strukturell und kulturell ein Platz in der Lebensform als ganzer zugewiesen werden und nicht umgekehrt die Entwicklung der Lebensform individuell wie kollektiv durch blinde ökonomische Steigerungszwänge bestimmt werden. Mit dem Konzept der „Resonanz“ lässt sich zudem eine alternative Konzeption des gelingenden Lebens entwickeln. Bei stabilen Resonanzachsen erfahren Menschen ihr Leben als gelingend.

buch | votum

Das Buch ist sprachlich keine leichte Kost. Reckwitz und Rosa entwickeln ihre jeweiligen theoretischen Ausgangspunkte in der Fachsprache der Soziologie. Wer sich auf diese Bedingung einlässt, erhält einen sorgfältig entwickelten und pointierten Einblick in das Denken der beiden Gesellschaftstheoretiker. Auch wenn beide nicht in klassischen Theorien der Sozialen Demokratie fußen, so enthalten ihre Theorieansätze Elemente von Kapitalismuskritik sowie die Frage, wie gesellschaftliche Ausschlüsse verhindert werden können. Analytisch relevant erscheint insbesondere der von beiden Autoren geteilte Ansatz, ökonomische Prozesse gesellschaftlicher Steuerung zu unterwerfen. Insgesamt bietet der Band einen guten Ausgangspunkt, über die Gesellschaft, in der wir leben, und mögliche Ansatzpunkte für politisches Handeln nachzudenken.

02

—

Demokratie

Olaf Scholz. Wer ist unser Kanzler? Von Mark Schieritz.



Kernaussagen

Olaf Scholz hält die Wirkung politischer Reden und Visionen für überschätzt. Er arbeitet sich stattdessen gern in die Details der Umsetzung von Politik ein. Verhandlungen stehen im Zentrum seiner Strategie. Programmatisch setzt er auf mehr Respekt für die Menschen an der Kasse, im Pflegebetrieb oder in der Gebäudereinigung. Dafür stehen Bürgergeld statt Hartz IV, hohe Löhne und Mindestlöhne beispielhaft.

Von Mark Schieritz, erschienen 2022 im S. Fischer Verlag, Frankfurt am Main. Kurzgefasst und eingeordnet von Carsten Schwäbe*.

buch | essenzen

Einordnung aus Sicht der Sozialen Demokratie

Schieritz' Analyse verdeutlicht, mit welchen Schwerpunkten und Ansätzen Scholz Politik macht. Der Respektsbegriff stellt für ihn eine gelungene Weiterentwicklung der sozialdemokratischen Narrative dar, weil sie nicht nur auf vermeintlichen Aufstiegserzählungen fußt, sondern alle Menschen in den Blick nehmen möchte. Dabei besteht die Gefahr, einfach nur die Meinungen der Menschen zu akzeptieren, statt sie aktiv von einem Weg zu überzeugen. Schieritz' Buch erschien allerdings bereits wenige Tage vor dem völkerrechtswidrigen Angriff Russland auf die Ukraine. Es konnte daher nicht berücksichtigen, dass Olaf Scholz mit seiner Zeitenwende-Rede die Menschen auf diese beispiellose Krisensituation einschwor.

buch | autor

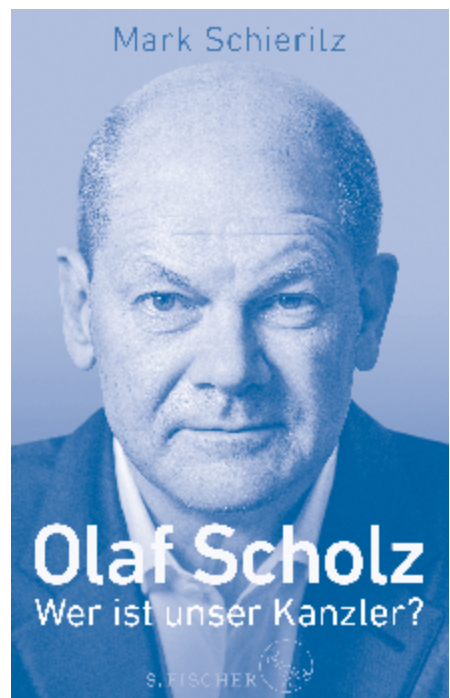
Mark Schieritz ist wirtschaftspolitischer Korrespondent im Hauptstadtbüro der Wochenzeitung „Die ZEIT“. Er hat Politik und Volkswirtschaft in Freiburg und London studiert und arbeitete zuvor unter anderem in der Finanzmarktreaktion der „Financial Times Deutschland“.

buch | inhalt

Mark Schieritz' Buch ist keine typische Politiker_innen-Biografie. Vielmehr arbeitet er die Methode Scholz heraus und ordnet sie in dessen Biografie und die aktuelle politische Lage ein. Olaf Scholz verbrachte eine bürgerlich geprägte Jugend in Hamburg. Er liebt Bücher und engagiert sich als Schülersprecher und bei den Jusos. Inhaltlich steht Scholz damals klar links in der Partei. Er engagiert sich in der Friedensbewegung und gegen den NATO-Doppelbeschluss.

Nach Jurastudium und Zivildienst gründet er eine Kanzlei für Arbeitsrecht. Er vertritt Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und Betriebsräte und Betriebsrätinnen. Insbesondere arbeitete er an Sozialplänen und Beschäftigungsgesellschaften für die Menschen, die in Ostdeutschland von Privatisierungen und Unternehmensinsolvenzen betroffenen sind. Zu dieser Zeit heiratet er Britta Ernst, die als Bildungsministerin der

* Carsten Schwäbe hat Volkswirtschaftslehre und Politikwissenschaft studiert und arbeitet als Wissenschaftler im Bereich der Innovationsforschung an der Freien Universität Berlin.



SPD in Schleswig-Holstein und derzeit in Brandenburg arbeitet.

„Für Scholz ist seine Anwaltstätigkeit ein intellektueller Wendepunkt. Die Erfahrung mit der Wirklichkeit gerade im Osten der Republik habe ihn ‚geerdet‘, wie er das einmal in einem Interview beschrieben hat. Sie macht aus dem linken Idealisten einen Mann der Mitte.“

Seine politische Karriere bekommt 1998 neuen Schwung. Er zieht in den Bundestag ein. Im Jahr 2001 wird er für ein paar Monate, bis zur für die SPD verloren gegangenen Wahl, Innensenator in Hamburg. Von 2002 bis 2004 wird er Generalsekretär der SPD und setzt gemeinsam mit Gerhard Schröder die Reformen der Agenda 2010 in der Partei durch. Er tritt mit Schröders Rücktritt vom Parteivorsitz auch selbst als Generalsekretär zurück. Von 2007 bis 2009 folgt er Franz Müntefering im Amt des Bundesarbeitsministers. Mit dem Kurzarbeitergeld zur Beschäftigungssicherung nach der Finanzkrise macht er sich einen Namen. Als die SPD im Bund im Jahr 2009 aus der Regierung ausscheidet, geht Scholz zurück nach Hamburg und wird von 2011 bis 2018 Erster Bürgermeister Hamburgs. Er verhandelt 2018 die erneute Großen Koalition und wird Finanzminister.

Zwischen Agenda 2010 und Kurzarbeitergeld – Wie konservativ ist Olaf Scholz?

Programmatisch wird Scholz oft konservativ gedeutet. Selten fehlt der Hinweis, dass er als SPD-Generalsekretär die Agenda 2010 verteidigte.

„Die Agendajahre sind für das Verständnis des politischen Denkens von Olaf Scholz zentral. Denn was damals in Deutschland passierte, war kein nationaler Alleingang, sondern Teil einer weltweiten Neujustierung der Grenzen zwischen Markt und Staat.“

Früh jedoch entwickelte Scholz seine Position zur Agenda weiter. Er setzte sich schon für Mindestlöhne ein, als SPD und Gewerkschaften sie mit Verweis auf die Tarifautonomie noch ablehnten. Nach der Finanzkrise 2018 führt er das Kurzarbeitergeld ein.

Respekt als neuer Emanzipationsbegriff

Scholz setzte im Wahlkampf 2021 auf den Begriff des Respekts. Mit Verweis auf den Philosophen Michael Sandel richtet er die Sozialdemokratie nicht mehr am Aufstiegsversprechen aus, sondern korrigiert dessen Schattenseite. Denn der Aufstiegsgedanke machte die SPD zu einer Partei der Leistung.

„Wenn sich die Aufgabe des Staates darin erschöpft, allen die gleichen Bildungschancen einzuräumen, dann bedeutet das im Umkehrschluss:

Wer es nicht nach oben schafft, der hat sich eben nicht richtig angestrengt. Dagegen können sich die Gewinner der Illusion hingeben, sie hätten ihren Erfolg selbst verdient, obwohl es häufig andere Gründe gibt. Sandel macht das Leistungsprinzip dafür verantwortlich, dass die gesellschaftlichen Spannungen in vielen westlichen Demokratien zugenommen haben.“

Zumal das Aufstiegsversprechen mehr denn je nicht eingelöst wird. Aber selbst perfekte Chancengerechtigkeit ist problematisch, weil die Verlierer_innen des fairen Wettbewerbs mit ihren Sorgen allein bleiben. Insbesondere die Hinwendung zum Akademischen neigt dazu, anderen Berufe abzuwerten. Menschen sollten jedoch nicht aufgrund irgendeiner Leistung, sondern aufgrund ihres Menschseins und ihrer individuellen Beiträge für die Gemeinschaft an sich akzeptiert werden.

„Scholz sieht das ähnlich. So wichtig gute Bildung sei: Der Aufstiegsimperativ drohe zu einer Herabwürdigung all derer zu führen, die ‚keine akademischen Abschlüsse oder Kreativberufe in Metropolen‘ anstreben [...]. Die Lebensweise vieler, hart arbeitender Bürgerinnen und Bürger‘ stoße in den kulturellen und ökonomischen Eliten oft auf eine ‚verhöhnende Verachtung‘.“

Hohe Löhne vor Transfers

Dieses Argument des Respekts entwickelt Scholz auch ökonomisch weiter. Ein Akademikerehepaar mit Kindern zum Beispiel braucht die Dienstleistungswirtschaft, um Vollzeit arbeiten zu können. Daher können Menschen in Reinigungs-, Lieferungs- oder Pflegeberufen etwas einfordern. Nicht Sozialtransfers, sondern die Entlohnung selbst muss diese berechtigten Ansprüche widerspiegeln. Deswegen setzt Scholz sich auch für höhere Löhne ein, vor allem den Mindestlohn von 12 Euro, der einen Lebensunterhalt ohne öffentliche Hilfe ermöglichen soll.

Methoden Scholz 1: Verhandlungen

Für Scholz ist Politik in erster Linie der Ausgleich von Interessen. Mit Frankreich konnte er etwa vereinbaren, dass beide Länder gemeinsam zunächst eine globale Mindeststeuer anstreben. Erst falls diese scheitern sollte, würde Deutschland Frankreich bei der Einführung nationaler Digitalsteuern in Europa unterstützen. Als dann in den USA Joe Biden Präsident wurde, gab es Bewegung. So konnte Scholz einen echten Durchbruch in der globalen Besteuerung erreichen.

Auch beim Klimaschutz verfolgt er eine Verhandlungsstrategie. Er war skeptisch, wenn gefordert wurde Energie mit höheren Emissionspreisen zu verteuern. Für ihn steht nicht Verzicht, sondern Innovation und die weltweite Durchsetzung grüner Technologien im Vordergrund. In der Welt

möchte er einen internationalen Klimaclub zur Kooperation zwischen den Nationalstaaten gründen.

„Ein solcher Klimaclub wäre auch ein Bruch mit der bisherigen Klimadiplomatie. Die zeichnet sich vor allem dadurch aus, dass die Staaten auf internationalen Konferenzen so lange verhandeln, bis sich alle einig sind. Das funktioniert aber immer weniger, weil die Vereinbarungen entweder [...] nicht ambitioniert genug sind oder weil sich niemand an die Vorgaben hält.“

Scholz hält gesellschaftlichen Zusammenhalt für eine notwendige Voraussetzung für Transformationen. Ohne ein hohes Maß an gesellschaftlicher Übereinstimmung funktioniert die Demokratie nicht, weil die demokratisch unterlegene Seite dann das System infrage stellt.

**Methode Scholz 2:
Detailwissen statt
großer Reden**

„Scholz ist der Meinung, dass es in den meisten Themengebieten eigentlich nur einen echten Experten gibt: Scholz. In der Rentendebatte hat er nur halb im Scherz einmal gesagt, es gebe in Deutschland nur eine Handvoll Leute, die das Rentensystem wirklich verstehen. Er sei einer davon. Tatsächlich gibt

es nur wenige Spitzenpolitiker, die sich so methodisch und strukturiert in Sachverhalte einarbeiten wie Olaf Scholz.“

Scholz' Interesse an den Detailfragen hängt auch damit zusammen, dass er glaubt, erst die Umsetzung sei entscheidend für den Erfolg einer politischen Maßnahme. Die Bedeutung von Visionen oder großen Reden hält er für überschätzt. Das kann die Herausforderung mit sich bringen, neue Mehrheiten für zunächst unpopuläre Maßnahmen zu gewinnen, wenn die Ergebnisse des politischen Handelns noch ausstehen.

Scholz' Verständnis von Respekt und der Fokus auf den breit verhandelten Kompromiss bergen aus Sicht von Schieritz eine Gefahr, wenn es um grundsätzliche Richtungsentscheidungen geht, bei denen Menschen nicht nur mitgenommen, sondern auch überzeugt werden müssen.

„Die Demokratie wäre in dieser Sichtweise letztlich eine Schönwetterveranstaltung, die mit existenziellen Meinungsverschiedenheiten nicht richtig umgehen kann. Das wird aber zum Problem, [...] wenn es um existenzielle Dinge geht und trotzdem gehandelt werden muss.“

Schieritz schlägt einen Theoriewechsel vor. Die Gesellschaft sollte nicht nur als Einheit gesehen werden, sondern auch als Ort sehr unterschiedlicher politischer

Einstellungen. Demokratische Debatten können sie jedoch beeinflussen. Dementsprechend hat Politik das Recht, wenn nicht sogar die Pflicht, der Gesellschaft mit neuen Ideen entgegenzutreten, auch mit zunächst unpopulären, aber notwendigen politischen Positionen. Das gilt zum Beispiel für die Widerstände beim Ausbau erneuerbarer Energien oder notwendigen Verzicht zur Erreichung der ambitionierten Klimaziele. Helmut Kohl habe aus Sicht von Schieritz den Euro auch gegen Widerstände in Deutschland durchgesetzt. Heute findet der Euro eine breite Zustimmung. Es bleibt abzuwarten, wie Scholz sich verhalten wird, wenn seine Methode auf Situationen trifft, die ihm nicht Zeit und Mittel für konsensorientierte Verhandlungen zulassen.

ist, mit Maßnahmen voranzugehen und Menschen davon überzeugen zu wollen, hat Olaf Scholz im ersten Jahr seiner Kanzlerschaft aufgezeigt, auch unter den schwierigen Verhandlungsbedingungen in der Ampelkoalition. Es bleibt abzuwarten, mit welchen politischen Ansätzen Olaf Scholz bei den künftigen Transformationsherausforderungen agieren wird, ob mit Verhandlungen im Konsens oder durch eigene Initiativen, von denen er die Menschen überzeugen möchte.

buch | votum

Schieritz Buch macht deutlich, wie wichtig der Fokus auf Respekt für Neuorientierung der SPD und Scholz war. Er zeigt die Hintergründe, die Stärken der Methode Scholz und sieht die Herausforderung trotz Verhandlungsorientierung Mehrheiten zu überzeugen. Scholz setzt darauf, mit Ergebnissen zu überzeugen.

Seine Kritik am Verhandlungsansatz von Scholz stammt noch aus der Zeit vor dem russischen Krieg in der Ukraine, weswegen Schieritz nicht die Zeitenwende-Rede oder andere richtungsweisende Maßnahmen wie den Doppel-Wumms von Olaf Scholz in seiner Analyse mitberücksichtigen konnte. Dass er aber durchaus auch dafür

Freiheit, Gleichheit, Ungewissheit. Wie schafft man Demokratie? Von Jan-Werner Müller.

Kernaussagen

Demokratie steht unter Druck: durch autoritäre Bewegungen und Regierungen, aber auch durch die Schwächen ihrer Infrastrukturen wie Parteien und Medien, die als Vermittler zwischen den Regierenden und den Regierten fungieren. Um Demokratie zu schaffen, müssen die eigentlichen Prinzipien der Demokratie, die Bedeutung von Freiheit, Gleichheit und Ungewissheit über den Ausgang von Wahlen und anderer politischer Prozesse geklärt werden.



Anstatt von mehr Bildung für die Menschen und mehr Transparenz zu sprechen, sollten auf diese Weise Parteien, Medien sowie die demokratische Selbstwirksamkeit der Menschen konkret und zielgerichtet gestärkt werden. Gerade für die Überwindung von Autoritarismus oder des überbordenden Einflusses Wohlhabender auf die Politik gibt es innovative Vorschläge wie Gutscheine zur Finanzierung von Parteien und Medien.

Von Jan-Werner Müller, erschienen 2021 im Suhrkamp Verlag, Berlin. Kurzgefasst und eingeordnet von Carsten Schwäbe*.

buch | essenzen

Einordnung aus Sicht der Sozialen Demokratie

Müllers Diagnose eines Verlusts an Selbstwirksamkeit trifft sowohl auf Große Koalitionen zu als auch auf andere lagerübergreifende Bündnisse, durch die sich letztlich in vielen wesentlichen Politikfeldern nur wenig ändert, obwohl ganz andere Parteien in die Regierung gewählt wurden. Müller schlägt innovative Instrumente im Geist der Sozialen Demokratie vor, die unter Repräsentation nicht nur die Abbildung von Umfragen im politischen

Handeln verstehen. Vielmehr zielt er auf eine Revitalisierung der dynamischen und kreativen Funktion repräsentativer Demokratien ab. Diese erfüllen Parteien und Medien erst durch das fortwährend weiterentwickelte Angebot normativer Vorstellungen, mit deren Hilfe neue politische Selbstbilder mobilisiert werden, die politischen Wandel ermöglichen.

buch | autor

Jan-Werner Müller lehrt Politische Theorie und Ideengeschichte an der Princeton University, US-Bundesstaat New Jersey. Er beschäftigt sich mit dem Aufstieg des Populismus in der Welt, um neue Perspektiven für Demokratie und Freiheit zu entwickeln.

buch | kapitel

2021 sind Demokratien unter den Ländern mit einer Bevölkerung von mehr als einer Million Menschen zum ersten Mal im 21. Jahrhundert in der Minderheit. Nur die Schuld bei den Mächtigen zu suchen, greift zu kurz, weil es letztlich die Strukturen unserer Demokratien sind, die den Aufstieg des Autoritarismus nicht oder nur bedingt aufgehalten haben.

„Über Institutionen nachzudenken, heißt nicht, Politik auf Prozesse zu reduzieren. Entscheidend ist die Prüfung der Prinzipien, die die Regeln des demokratischen

Jan-Werner Müller

**Freiheit,
Gleichheit,
Ungewissheit**

**Wie schafft
man Demokratie?**

Suhrkamp

* Carsten Schwäbe hat Volkswirtschaftslehre und Politikwissenschaft studiert und arbeitet als Wissenschaftler im Bereich der Innovationsforschung an der Freien Universität Berlin.

Spiels und dessen informelle Normen eigentlich erst be-seelen und rechtfertigen. [...] Nichtkodifizierte Regeln können mindestens ebenso bedeutsam sein wie Gesetze. Sie halten das demokratische Spiel am Laufen (und vor allem erlegen sie den Spielern Beschränkungen auf, die im Regelwerk gar nicht zu finden sind.)“

**Ursachenforschung:
Die zweifache Sezession**

Wieso kommt ein undemokratischer Populismus auf demokratischen Wegen an die Regierung? Oftmals sehnen sich die Menschen nicht nach dem Autoritären, sondern drücken mit ihrer Stimme eine Antipathie gegenüber bestehenden Regierungen aus. Das liegt an der ersten von zwei Sezessionen, also tiefgreifenden Spaltungen der Gesellschaft. Während von Wohlstand und Wachstum vor allem die privilegiertesten Gruppen der Gesellschaft profitieren, nehmen soziale Probleme immer weiter zu. Über diese Ungleichheit herrscht jedoch in großen Teilen Intransparenz. Sie ist nicht legitimiert, sondern Resultat von Gier und Macht.

Diese Entkopplung der etablierten Parteien und Eliten von den Menschen ebnet den Weg des Populismus in die Regierung. In Ungarn kam Viktor Orbán wegen Korruption und ökonomischer Stagnation an die Macht. Und Hillary Clinton war für viele amerikanische Linke unwählbar.

Im Zweiparteiensystem hilft diese Unzufriedenheit automatisch der Gegenseite, selbst wenn die Donald Trump heißt.

Die zweite Sezession betrifft die Abkehr vieler enttäuschter Bürger_innen am unteren Ende des Wohlstandsspektrums von Wahlen und politischer Beteiligung.

„Politische Parteien haben auch keinen Grund, sich um Leute zu kümmern, die keinen Gebrauch von ihrem Wahlrecht machen. Das verstärkt wiederum den Eindruck der Armen, dass die Politik ihnen nichts zu bieten habe (falls sie es sich überhaupt leisten können, der Politik Aufmerksamkeit zu schenken). [...] Die Folge ist ein Teufelskreis, der politische Eliten und ärmere Bürger immer weiter voneinander entfernt; oder, anders gesagt: Politischer Wettbewerb nimmt ab, während ökonomischer Wettbewerb unter den Bürgerinnen und Bürgern immer weiter wächst.“

Diese Abkehr geht so weit, dass manche Menschen sogar akzeptieren, dass die Demokratie Schaden nimmt, solange ihnen Populismus einen vermeintlich erkennbaren Vorteil verheißt.

Demokratische Grundprinzipien: Freiheit, Gleichheit und Unsicherheit

Wenn Populismus zur Verachtung anderer im Namen eines sogenannten wahren Volkes aufruft, dann wird das demokratische Grundprinzip politischer Gleichheit verletzt. Das geht über Gleichheit vor dem Gesetz hinaus und meint Gleichheit im Zusammenleben, bei der Menschen mit anderen als ebenbürtig gelten. Damit ist nicht Homogenität gemeint. Vielfalt ist vollkommen verträglich mit Gleichheit. Politische Konflikte sind nicht gefährlich, sondern fruchtbar, solange dieser Grundsatz politischer Gleichheit gewahrt bleibt. Nur durch politische Konflikte gibt es eine echte Wahl; ein weiteres Grundprinzip der Demokratie, das über das Abhalten von Wahlen hinausgeht. Damit Menschen ihre Wahlmöglichkeiten abwägen können, müssen inhaltliche und personelle Alternativen auch erkennbar zur Wahl stehen. Erst dann können Menschen für die Stimmabgabe und politisches Engagement mobilisiert werden.

Repräsentation als Prinzip unserer heutigen Demokratie steht in der Kritik. Sie führt zu Unfreiheit, weil die Wählenden politische Macht nicht direkt ausüben können, und zugleich zu Ungleichheit zwischen Abgeordneten und Wählenden. Diese Kritik basiert jedoch auf der Annahme, dass ständige und gleichwertige Beteiligung in einer komplexen Welt möglich seien.

„Repräsentation per se ist weder demokratisch noch antidemokratisch. Dasselbe gilt

für Wahlen. Es kommt darauf an, wie sie genau verstanden werden und was geschieht, bevor, vor allem aber nachdem die Repräsentanten gewählt worden sind.“

Demokratische Repräsentation bedeutet auch einen wohlwollenden Umgang mit dem Verlieren: Eine Minderheitenmeinung darf nach einer Wahl nicht delegitimiert werden, sondern soll sich Gehör im politischen Prozess bis zu den nächsten Wahlen verschaffen können.

„Wenn gleiche Freiheit real ist, dann sollte es ihnen möglich sein, den Status quo zu stören und einen Konflikt darüber vom Zaun zu brechen, welche Konflikte am wichtigsten sind.“

Auf diese Weise können sich Regierung und Opposition nie sicher sein, ob sie nach einer Wahl nicht doch die Rollen tauschen. Diese institutionalisierte Ungewissheit ist ein weiteres demokratisches Grundprinzip. Nimmt man die Ungewissheit aus der Demokratie, trifft es nicht nur die Minderheit, der die Chance genommen wird, wieder zur Mehrheit zu werden. Ebenso schützt echte Demokratie auch die Möglichkeit von Mehrheit und Minderheit, die eigene Meinung zu ändern.

„Schockierend war [deswegen im Wahlkampf 2016 Hillary] Clintons beiläufige Bemerkung, dass manche Bürger

einfach „nicht zu retten“ seien. Anders gesagt, man brauche gar nicht erst versuchen, mit ihnen zu sprechen, sie für etwas zu interessieren und am Ende vielleicht sogar zu bewegen, ihre Meinung zu ändern.“

Repräsentation sollte daher dynamisch verstanden werden. Parteien bieten Selbstbilder an, die bestimmten Gruppen Ideen und Interessen ihrer Identität vermitteln sollen. Auf diese Weise können Gruppen entlang bestimmter Konfliktlinien organisiert werden.

„Je leichter es ist, Konfliktlinien zu ziehen und bestimmte Darstellungen gemeinsamer Interessen gesellschaftlichen Gruppen anzubieten, desto eher erleben die Bürger ihr politisches System als frei und offen für Wandel. Sie finden heraus, was andere denken und welche konkreten Interessen man mit anderen teilt.“

Leider diagnostiziert die Politikwissenschaft vielen Demokratien eine Tendenz dazu, dass sich ein Regierungswechsel letztlich nicht in einem substanziellen Politikwechsel niederschlägt. Die Sezession der Regierenden von den Wählenden wird dadurch verstärkt, dass selbst bei einer veränderten Wahlentscheidung die Wählenden keine Veränderung wahrnehmen. Oftmals gilt:

„Wenn die Hochvermögenden und die übrige Bevölkerung (nicht nur die Armen) divergierende Präferenzen haben, gewinnen stets die Wohlhabenden.“

Medien und Parteien als kritische Infrastrukturen der Demokratie

Parteien und Medien mobilisieren Gruppen zur demokratischen Meinungsbildung entlang strukturierter sozialer Konflikte. Diese für repräsentative Demokratien zentrale Funktion ist vereinbar mit dem Streben von Parteien nach Wahlsiegen und von Medienunternehmen nach Gewinnen. Um ihrer vermittelnden Funktion zwischen den Wählenden und den Repräsentanten gerecht zu werden, müssen Parteien und Medien nicht nur den externen Pluralismus der Meinungen in einer Gesellschaft darstellen, sondern auch intern eine gewisse Vielfalt zulassen.

Parteimitglieder fühlen sich zwar Grundwerten verpflichtet, müssen aber demokratisch über die politische Umsetzung debattieren. Würde man die Abweichung von der Parteilinie grundsätzlich untersagen, gäbe es keine Möglichkeit mehr, innerhalb der Partei Meinungsänderungen durchzusetzen. Eine loyale, legitime Opposition würde fehlen. Parteien können sich damit nicht erneuern. Daher sind gesplante Parteien nicht per se ungesund, solange sie zum Schluss noch plausible politische Positionen entwickeln können.

„Das Problem in vielen Ländern ist heute paradoxerweise, dass ein hohes Maß an Polarisierung – ergo auch Politisierung – herrscht, dass die Parteien gleichzeitig aber eigentümlich ausgehöhlt oder gar entpolitisiert sind, und zudem unfähig, als Laboratorien für ein kohärentes Weltbild zu dienen [...].“

Medienpluralismus wird oft erst dann erkennbar, wenn er fehlt, zum Beispiel durch die Zensur von kritischem Journalismus oder der Vergabe staatlicher Werbeanzeigen nur an regierungsloyale Medien. Medienpluralismus ist jedoch wichtig, weil er vor einem technokratischen Demokratieverständnis schützt.

„Technokratie und Populismus sind keine diametralen Gegensätze. [...] Wer mit den Technokraten nicht übereinstimmt, outet sich als irrational; wer den Populisten widerspricht, gibt sich als Volksverräter zu erkennen. [...] Sie sind beide antipluralistisch und sogar antipolitisch, wenn man Politik so versteht, dass die Lösungen sich niemals einfach nur aus Fachwissen oder der Fiktion eines vollkommen einheitlichen Volkswillens ergeben.“

Individuen sollten mehr Verantwortung für demokratische Infrastrukturen übernehmen

Wie können Parteien und Medien ihrer Funktion als vermittelnde Infrastruktur in Demokratien gerecht werden? Klassische Vorschläge wie mehr Transparenz, Bildung oder einfachere Zugänge sind so simpel wie unspezifisch, um die demokratischen Prinzipien der Selbstwirksamkeit, Chancengleichheit oder Unsicherheit über Wahlergebnisse systematisch zu stärken. Parteispenden können begrenzt oder verboten werden. Dafür können Gutscheine an Menschen ausgegeben werden, die pro Kopf einen gleichen Geldbetrag vorsehen, den die Menschen in die Infrastruktur von Parteien insgesamt oder gestückelt an mehrere Parteien investieren können. Auf diese Weise müssen Parteien sich nicht mehr um einzelne Großspender bemühen, sondern um die Masse der Menschen. Ungenutzte Gutscheine können entsprechend der letzten Wahlergebnisse an die Parteien gezahlt werden. Außerdem können Anhänger von Parteien diese durch die Nichtwahl abstrafen, aber sie finanziell weiterhin unterstützen, sodass Parteien durch ein besonders schlechtes Wahlergebnis nicht mehr unmittelbar existenzgefährdet wären.

„Solche Projekte, die den Bürger*innen eine direkte finanzielle Kontrolle über die demokratische Infrastruktur geben sollen, könnten außerdem das Gefühl stärken,

dass es bei den Wahlen mit rechten Dingen zugeht. So ließe sich dem verbreiteten (und oft zutreffenden) Eindruck entgegenwirken, dass Stimmen zwar zählen, aber letztlich doch finanzielle Ressourcen entscheiden.“

Gutscheine können auch zur Finanzierung von Medienunternehmen verwendet werden und dabei zum Beispiel auch journalistischen Neugründungen eine wertvolle Starthilfe bieten. Gemeinnützige Mediengesellschaften können für kleine Geldgeber durch Gutscheine und für größere durch Steuerermäßigungen attraktiv sein. Die Entkopplung der Stimmrechte von der Geldanlage hin zu gleicheren Stimmrechten würde garantieren, dass Medien nicht durch großes Geld dominiert werden. Bedenken über eine stärkere Parteilichkeit von Medien können dadurch entkräftet werden, dass parteiische Ausrichtungen oft bewusst verschleiert werden, wohingegen eine transparente Parteilichkeit kein Problem für die Demokratie darstellen muss.

Die Wahl von Entscheidungsträger_innen per Los, die durch Expert_innen beraten werden sollen, stellt einen eher technologischen Vorschlag dar, der nicht die Dynamik des kreativen Prozesses repräsentativer Demokratien berücksichtigt. Interessant könnte das Losverfahren jedoch für Fragen der politischen Strukturen und Prozesse wie des Wahlrechts sein, denn:

**„Die Wahlkampf-
finanzierung, die Größe der
Parlamente, die Dauer der
Amtsperioden – all das sind
Fragen, bei denen Abge-
ordnete möglicherweise für
sie selbst existierende Vor-
teile abschaffen müssen.“**

Im Umgang mit populistischen und autoritären Parteien sollten es die Parteien selbst sein, die entscheiden, welche Partei im demokratischen Spektrum liegt und welche nicht. Das mag vor dem Hintergrund möglicher Ausschlusstendenzen gegen neue Parteien zunächst ungewöhnlich klingen. Aber die Parteien müssen auf ihr Bild in der Öffentlichkeit achten und große Parteien lassen sich ohne Gefahr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt nicht einfach verbieten.

buch | votum

In seinem neuen Buch konkretisiert Jan-Werner Müller die abstrakte Idee aus *Furcht und Freiheit* (2019) (<https://www.fes.de/akademie-fuer-soziale-demokratie/buch-essenz/buch-essenz-mueller>), dass liberale Demokratien Menschen stärker zuhören und insbesondere Furcht ernst nehmen müssen. Parteien und Medien als kritische Infrastruktur der Demokratie kommt hier entscheidende Bedeutung zu, obwohl sie sowohl in Verfassungen als auch im politischen Diskurs stärker infrage gestellt werden. In bemerkenswert verständlicher Sprache führt Müller die Lesenden durch die komplexe Frage, was Demo-

kratie wirklich ausmacht und weist dabei nicht einfach nur auf die Notwendigkeit repräsentativer Demokratie hin. Vielmehr zeigt er auf, dass Repräsentation nicht statisch sein darf.

„Das eigentliche Problem dürfte vielmehr die von vielen gepriesene ‚Stabilität‘ (inklusive idealisierter Bilder von Volksparteien) sein – denn ‚stabil‘ kann auch heißen: Ein Parteiensystem ist unfähig, auf neue Herausforderungen und insbesondere neue Repräsentationsansprüche zu reagieren.“

Parteien und Medien dürfen nicht nur repräsentieren, sondern müssen ihre Grundwerte in den aktuellen Kontext übertragen und neue Ideen aktiv propagieren. Das trifft insbesondere in diesen von sozial-ökologisch-digitalen Transformationen und neuen Herausforderungen geprägten Zeiten zu, in denen Demokratie nicht selten die Verliererseite der Veränderung übersehen hat, weil sie nicht politisch repräsentiert wurde.

Das Buch bietet eine Vielzahl von Ansatzpunkten dafür, wie sich die Soziale Demokratie neu aufstellen muss. In der Ampelkoalition müssen schmerzhaft Kompromisse mitgetragen werden, die keine fundamentale politische Änderung zum Beispiel in Verteilungsfragen mit sich bringen. Die von Müller geforderte Transparenz von mehr Entscheidungsmechanismen sollte hier in und zwischen den Koalitionsparteien gelten, damit die politischen

Profile der Parteien erkennbar bleiben. Außerdem müssen sich Parteien, die eine schnellere soziale und ökologische Wende wollen, die Frage stellen, wie sie die Mehrheitsverhältnisse zu ihren Gunsten ändern können, ganz im Sinne von Müllers kreativem Verständnis von Repräsentation. Anstatt Regierungsbeteiligungen in blockübergreifenden Bündnissen anzustreben, dürfen rote und grüne Parteien sich nicht gegeneinander ausspielen, sondern müssen gemeinsame Mehrheiten von einem echten Politikwechsel überzeugen.

Vor dem Gesetz sind nicht alle gleich: Die neue Klassenjustiz. Von Ronen Steinke.

Kernaussagen

Ronen Steinke deckt in seinem Buch *Vor dem Gesetz sind nicht alle gleich* systematische Ungerechtigkeiten im Strafsystem auf. Für die Recherche besuchte er Haftanstalten, sprach mit Staatsanwält_innen, Richter_innen, Anwält_innen und Verurteilten. Seine These ist, dass es in Deutschland eine „Zweiklassenjustiz“ gibt, die durch bestehende Gesetze und ihre Interpretation gestützt wird. Laut seiner Analyse führen unterschiedliche ökonomische Verhältnisse dazu, dass die Justiz den Menschen entsprechend dieser Ungleichheit unterschiedlich begegnet.

Zentral sind hierbei folgende Aussagen:

- Der ökonomische Status eines Menschen hat Auswirkungen auf seine Behandlung vor Gericht. Die Justiz begünstigt jene, die finanziell besser gestellt sind. Dieser Missstand ist jedoch in der Öffentlichkeit kaum bekannt.
- Menschen mit Migrationshintergrund sowie Geringverdiener, Alleinerziehende und Frauen sind überproportional häufig von der systematischen Ungerechtigkeit betroffen.
- Eine faire Justiz müsste die Lebensumstände der Angeklagten in den Mittelpunkt stellen und hierfür tiefgreifende Reformen am Strafsystem vornehmen.



Von Ronen Steinke, erschienen 2022 im Berlin Verlag, Berlin. Kurzgefasst und eingeordnet von Paula Schweers*.

die Justiz wurde bislang eher ausgespart. Steinkes Überlegungen weiterzudenken und mit den sozialpolitischen Hintergründen zusammenzubringen, könnte für die Soziale Demokratie sehr lohnend sein.

buch | essenz

Einordnung aus Sicht der Sozialen Demokratie

Steinke greift mit seiner Analyse die historische Diskussion rund um den Begriff der Klassenjustiz wieder auf und beschreibt, dass sich dieses Problem in den vergangenen zwanzig Jahren weiter verschärft hat. Dabei beleuchtet er vor allem die strukturellen Gründe, die im deutschen Rechtssystem begründet liegen und liefert hiermit einen wichtigen Baustein zur gegenwärtigen Klassismus-Debatte, die viele gesellschaftliche Bereiche auf Diskriminierungen untersucht. Das Bildungs- oder Gesundheitssystem sowie die Medien werden darin bereits seit Längerem thematisiert,

buch | autor

Ronen Steinke ist Redakteur und Autor der Süddeutschen Zeitung. Der promovierte Jurist recherchiert seit Jahren zu Justizthemen. Seine Biografie über Fritz Bauer, den Ermittler und Ankläger der Frankfurter Auschwitz-Prozesse, wurde preisgekrönt verfilmt und in mehrere Sprachen übersetzt.

buch | inhalt

Steinke erklärt in seinem Buch, wie sich der sozioökonomische Status von Beschuldigten auf ihre Behandlung vor Gericht auswirkt. Hierfür zeigt er auch auf, welche gesetzlichen Vorgaben eine Ungleichbehandlung von Angeklagten fördern. Im letzten Teil des Buches skizziert er in 13 justizpolitischen Vorschlägen, wie sich diese Missstände beheben ließen.

Teil 1: Systematische Ungleichheit

Die Ungleichbehandlung beginnt mit der Einrichtung der Pflichtverteidigung, die für Mittellose in Deutschland nicht die Regel, sondern die Ausnahme ist. In 90 % der strafrechtlichen Fälle hat der beziehungsweise die Betroffene keinen

* Paula Schweers ist Journalistin und Autorin. Sie studierte Literarisches Schreiben am Deutschen Literaturinstitut in Leipzig und Europäische Kulturgeschichte an der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt (Oder). Derzeit wird sie beim ARTE Magazin und an der FreeTech Academy of Journalism und Technology zur Redakteurin ausgebildet.



Anspruch auf Pflichtverteidigung. Dieser besteht schließlich erst ab einer Straferwartung von einem Jahr Freiheitsstrafe. Die Folge: Wer Geld hat, kann sich vor Gericht vertreten lassen; wer kein Geld hat, muss sich in der Regel selbst vertreten. Hieraus entsteht ein klarer Nachteil für diejenigen, die ohne Verteidigung vor Gericht stehen.

Doch auch die Arbeit der Pflichtverteidiger_innen ermöglicht oftmals kein optimales Engagement für die Angeklagten. Neben der geringen Bezahlung werden sie meist vom Gericht ausgewählt und lernen ihre Mandanten nicht kennen, was die Bereitschaft zu zeitaufwendigen Anträgen verringern kann.

Zudem fließt die Bedeutung sogenannter Sozialprognosen in Strafurteile ein. So werden tendenziell höhere Strafen verhängt, wenn jemand in prekären, unsteten Verhältnissen lebt. Armen Menschen wird aus diesem Grund proportional häufiger ein strafverschärfendes gewerbliches Motiv für den Diebstahl unterstellt. „Wer arm ist, gilt eher als Berufsverbrecher“, schreibt Steinke. Dieses Problem setzt sich bei der Entscheidung über eine Bewährung fort: Je besser die Sozialprognose, um so größer die Wahrscheinlichkeit, dass eine Freiheitsstrafe zur Bewährung ausgesetzt wird.

Auch Geldstrafen, die als mildere Strafe gelten, treffen nicht alle Verurteilten gleich. Rund zehn Prozent der Gefängnisinsassen können eine Geldstrafe nicht bezahlen und müssen deshalb die Haft antreten. Die Zahl dieser Ersatzfreiheitsstrafen hat in den vergangenen zwanzig Jahren stetig zuge-

nommen. Mittlerweile übertrifft ihre Zahl sogar schon die der originären Freiheitsstrafen. Steinke folgert: „Eine Geldstrafe ist nur milder für den, der das Geld hat, um sie zu bezahlen.“ Die meisten Ersatzfreiheitsstrafen trifft aber Menschen, die verschuldet sind, zwei Drittel haben Alkohol- oder Drogenprobleme, 40 % sind obdachlos. Untersuchungshaft wird zwar nur in drei Prozent aller Strafverfahren angeordnet; wenn sie aber für nötig gehalten wird, ist in 94 % der Fälle eine vermutete Fluchtgefahr der Grund. Betroffen sind auch hier überproportional Arme, Arbeits- und Obdachlose.

Zu guter Letzt haben Reiche eine Möglichkeit, die Untersuchungshaft zu vermeiden, die Arme nicht haben: Sie können eine Kautions stellen. Auch Geld von Dritten darf als Kautions genutzt werden. Wer keine Rücklagen hat und in einem Umfeld ohne Rücklagen lebt, kann darauf nicht zurückgreifen und ist somit benachteiligt.

Teil 2: Wirtschafts- versus Elendskriminalität

Zur Wirtschaftskriminalität werden zwar nur knapp ein Prozent aller erfassten Delikte gerechnet, diese machen aber fast die Hälfte des durch Kriminalität verursachten Vermögensschadens aus. Kontrastiert man die Wirtschaftskriminalität mit der sogenannten Elendskriminalität, lässt sich auch hier eine Schiefelage feststellen: Im Bereich der Elendskriminalität werden oftmals sogar Handlungen bestraft, die eigentlich bereits entkriminalisiert sind. So ist Bettel seit 1973 nicht mehr straf-

bar. Wenn aber ein Bahnhofsbetreiber ein Hausverbot ausspricht, ist das Betteln im Bahnhof doch wieder ein Delikt. Ähnliches gilt für Elendsprostitution im Sperrgebiet. Die vom Gericht in solchen Fällen ausgesprochenen Strafen verschärfen die Lage der Angeklagten weiter.

In Fällen der Wirtschaftskriminalität wirken die Strafen hingegen verhältnismäßig mild. Wird eine Managerin oder ein Manager zu einer Geldstrafe verurteilt, darf das Unternehmen, in dem sie beschäftigt sind, die Strafe bezahlen. Es kann die übernommene Geldstrafe in der Regel auch als Betriebsausgabe steuermindernd geltend machen. Außerdem gibt es Versicherungen, die Unternehmen für ihre Manager abschließen können, die dann von den Anwaltskosten bis zu den Geldstrafen alles ersetzen. Gegen das Unternehmen selbst können bislang nur Bußgelder verhängt werden. Die Obergrenze beträgt hierbei fünf Millionen Euro.

Teil 3: Lösungsansätze

Das Buch schließt mit 13 justizpolitischen Vorschlägen. Besonders hervorgehoben wird hierbei, dass Beschuldigte künftig bei allen Delikten das Recht auf Pflichtverteidigung haben sollten. Entsprechende Regelungen bestehen bereits in Italien, Frankreich, Österreich und den Niederlanden.

Auch der Bereich der Geldstrafen sollte reformiert werden. Die 1975 eingeführte Berechnung der Geldstrafen nach Tagessätzen verfolgt zwar eine soziale Intention,

diese kommt jedoch bisher wenig zum Tragen. Dies liegt vor allem daran, dass das Einkommen, das der Berechnung zugrunde gelegt wird, geschätzt und dabei oftmals zu hoch angesetzt wird. Eine Möglichkeit, dies zu verbessern wäre, dass bei Hartz-IV-Bezieher_innen der Tagessatz künftig auf sieben oder zehn Euro gedeckelt wird.

Ersatzfreiheitsstrafen sollten künftig von einer Richter_in erst nach einem Gespräch mit den Angeklagten angeordnet werden können. In Schweden ist dies bereits gängige Praxis. Hierbei könnte herausgefunden werden, ob jemand die Geldstrafe nicht zahlen will oder nicht zahlen kann. In letzterem Fall könnten dann Alternativen ausgelotet werden.

buch | votum

Ronen Steinke ist eine wichtige Analyse der Missstände im deutschen Strafsystem gelungen, die bisher zu wenig öffentlich diskutiert wurden. Erhellend sind hierbei insbesondere die Analyse von problematischen Gesetzesvorgaben und die darauf zugeschnittenen Lösungsvorschläge. Spannend wäre zusätzlich noch ein historisches Kapitel gewesen, das die Entwicklung der Justiz beleuchtet und aufzeigt, was die beschriebene „neue Klassenjustiz“ von dem tradierten Begriff der Klassenjustiz unterscheidet, der auch als politisches Schlagwort verwendet wurde. Zudem wäre eine Verbindung der justizpolitischen mit sozialpolitischen Fragestellungen sehr interessant, um eine vollständigere Gesellschaftsanalyse vornehmen zu können.

Das große Experiment. Wie Diversität die Demokratie bedroht und bereichert. Von Yascha Mounk.

Kernaussagen

Yascha Mounk bezeichnet unser heutiges Zusammenleben in diversen Demokratien als „ein großes Experiment“. In seinem gleichnamigen Buch stellt er sich der Frage, wie ein friedliches und gerechtes Zusammenleben in Zeiten multiethnischer und multireligiöser Gesellschaften funktionieren kann, welche Hindernisse es zu überwinden gilt, aber auch welche Gefahren lauern, sollte uns das Experiment nicht gelingen. Mit starkem empirischem und historischem Bezug entwickelt Mounk wichtige Eckpfeiler einer diversen Gesellschaft.

- Die meisten Demokratien in der Geschichte waren entweder sehr homogen oder von großen Ungerechtigkeiten geprägt, viele sind gescheitert, endeten teilweise in Bürgerkriegen oder Völkermord. Eine diverse Gesellschaft, in der alle Menschen wirklich gleichbehandelt wurden, gab es bisher nicht. Auch haben die meisten Demokratien nur wenig Erfahrung mit Diversität, denn die Transformation der westlichen Demokratien in die heutigen diversen Gesellschaften ist nur eine Nebenwirkung und unbeabsichtigte Folge politischer Entscheidungen. Für unsere aktuelle Situation gibt es also keinen Präzedenzfall, keine Anleitung, keine Erfolgsgarantie.

- Vielfach macht sich ein tiefer Pessimismus hinsichtlich des Zustandes unserer Demokratien breit, dabei gibt es hinreichend Anlass zum Optimismus. Die gelebte Realität zeigt, dass sich Bildungs- und wirtschaftliche Aufstiegschancen von Einwanderer_innen stetig verbessern.
- Besonders akut ist heute das Risiko einer kulturellen Fragmentierung, denn spalten sich Einheimische und vermeintlich Fremde dauerhaft in zwei Gruppen, werden sich Einwanderer_innen und Mitglieder von Minderheiten nie zu Hause fühlen, obwohl sie oftmals nie in einem anderen Land gelebt haben.



Von Yascha Mounk, erschienen 2022 im Droemer Verlag, München. Kurzgefasst und eingeordnet von Pippa Kolmer*.

buch | inhalt

Die Leitfrage des Buches lässt sich wie folgt formulieren: Wie können wir eine tolerante Gesellschaft in einer diversen Demokratie aufbauen?

Dem menschlichen Sein wohnt es inne, sich zu Gruppen zu formieren. Dies hat Vor- und Nachteile. Die daraus entstehenden Kollektividentitäten werden häufig problematisiert. Mounk betont, dass die relative Größe der eigenen Gruppe in Demokratien immer eine direkte Einwirkung auf die Möglichkeiten des eigenen politischen Einflusses hat. Wer in der Mehrheit ist, bestimmt schließlich die politische Ausrichtung. Wer jedoch ewig in der Minderheit verbleibt, kann nur sehr wenig Einfluss nehmen. Hier sieht der Autor großes Konfliktpotenzial.

Mounk kritisiert sowohl den „Fatalismus der Linken, die einen Fortschritt nur durch den Sieg der Unterdrückten über ihre Unterdrücker durch einen unerbittlichen Machtkampf sehen“ als auch die „Xenophobie

buch | essenz

Einordnung aus Sicht der Sozialen Demokratie

Das vorliegende Werk behandelt einige Kernthemen der sozialen Demokratie, etwa den gesellschaftlichen Aufstieg durch Bildung wie auch einen starken Wohlfahrtsstaat als wichtigen Akteur für mehr Zusammenschluss, Zugehörigkeitsgefühl, gegenseitige Unterstützung und gegen Dominanz und Fragmentierung. Mounk analysiert die Herausforderungen, die diversen Demokratien bevorstehen, und benennt wichtige Eckpunkte für ein solidarisches Zusammenleben. Immer wieder betont er die Wichtigkeit sozialer Gerechtigkeit und Chancengleichheit.

buch | autor

Yascha Mounk wurde 1982 in München geboren. Er ist Politikwissenschaftler und Associate Professor an der Johns Hopkins Universität. Zudem ist er Gründer der Zeitschrift „Persuasion“ und Autor für „The New York Times“, „The Atlantic“ und „Die Zeit“. Bei Droemer erschien von ihm bereits 2018 *Der Zerfall der Demokratie*.

* Pippa Kolmer hat Politik- und Rechtswissenschaft an der Universität Münster studiert. Sie arbeitet derzeit als freie Journalistin.



der Rechten, die Einwanderung und demografischen Wandel als eine existenzielle Bedrohung für den Erfolg von Demokratien sehen“.

Im Instinkt, sich zu Gruppen zusammenzuschließen, liegt jedoch auch ein bisher nicht ausgeschöpftes Potenzial. So gibt es Anlass zum Optimismus, denn diverse Demokratien haben bereits große Fortschritte erzielt und die Wahrscheinlichkeit gewaltsamer Auseinandersetzungen sinkt stetig. Auch die Lücke in Einkommen, Bildungsstatus und Lebenserwartung zwischen Einheimischen und Zugewanderten schmälert sich stetig. Sowohl Politiker_innen als auch Bürger_innen ruft Mounk dazu auf, die Zukunft mitzugestalten.

Vertrauen als Grundvoraussetzung für eine diverse Demokratie

Menschen neigen zur Bildung von Gruppen. Dabei kann es höchst unterschiedlich sein, welche Merkmale in einer Gruppe identitätsbildend sind. Global betrachtet kann ein Identitätsmerkmal in verschiedenen Kontexten eine ganz andere Bedeutung haben. So ist in den USA die Hautfarbe „der wichtigste Marker für Identität“, während in Indien immer noch das Kastensystem einen mächtigen Stellenwert genießt. Im südlichen Afrika hingegen ist vor allem die Zugehörigkeit zu einem Stamm Teil der eigenen Identität, während im Nahen Osten vor allem die Unterteilung in Sunniten und Schiiten entscheidend ist.

Mounk stellt fest, dass die gewalttätigsten Konflikte auf der ganzen Welt damals wie heute immer in Verbindung zu Klasse, Ethnizität, Religion und Nation stehen. Verschiedene ethnische Gruppen sind nun mal unterschiedlich und darin liegt ein großes Konfliktpotenzial. Mögliche Folgen sind Anarchie, Dominanz und Fragmentierung. Hierin liegen die drei wichtigsten Gründe, weshalb diverse Gesellschaften scheitern.

- Innerhalb der eigenen Gruppe können Menschen den Frieden gut wahren, es bricht kein Hobbesscher Krieg aller gegen alle aus. Erst das Zusammentreffen mit rivalisierenden Gruppen ist problematisch. Im Falle einer sogenannten *strukturierten Anarchie* ist das Misstrauen zwischen den verschiedenen Gruppen dann so groß, dass eine gemeinsame Unterstützung eines funktionierenden Staates nicht mehr möglich ist.

- Beansprucht die Mehrheit explizit das Recht, die Minderheit zu dominieren, spricht man von einer *harten Dominanz*. Die Folge: tiefgreifende Ungerechtigkeiten, die lange fortwähren. Behauptet die Mehrheit der Bevölkerung, dass alle Einwohner_innen im Land gleich behandelt werden, Minderheiten aber häufig marginalisiert und diskriminiert werden, bezeichnet man dies als *weiche Dominanz*. Viele Menschen fühlen sich so nicht vollkommen zugehörig.

- *Fragmentierung* bezeichnet einen Zustand, in dem sich Gruppen starr und verfeindet gegenüberstehen. Es fehlt an einem geteilten Gefühl einer gemeinsamen Staatsangehörigkeit, gegenseitige Interessen

sind nicht bekannt. Wer in der Mehrheit und wer in der Minderheit ist, scheint auf ewig determiniert zu sein.

Die Antwort darauf ist ein starker Wohlfahrtsstaat. Denn glauben alle Bürger_innen, dass zum Beispiel von ihren Steuern Leute wie du und ich profitieren, ist die Bereitschaft deutlich höher „einen großzügigen Sozialstaat zu finanzieren, als wenn sie fürchten, das Geld gehe ohnehin an Menschen, mit denen sie sich nicht identifizieren“. Gegenseitiges Vertrauen zwischen gesellschaftlichen Gruppen ist eine grundlegende Erfolgsvoraussetzung für das große Experiment.

Gute Bedingungen für gemeinsame Begegnungen

Diverse Gemeinschaften sind noch viel stärker von Meinungsverschiedenheiten geprägt, als es homogene Nationen bereits sind. Es besteht ein wesentlich kleinerer Grundkonsens. Laut der *Kontakthypothese* führt der Kontakt zu Fremden zu mehr Toleranz. Dabei müssen jedoch wichtige Bedingungen vorliegen. Die sich begegnenden Gruppen müssen ein gemeinsames Ziel, einen gemeinsamen Status haben. Idealerweise gibt es einen Anlass zur Kooperation, beispielsweise unter Kolleg_innen auf der Arbeit. Sie müssen sich ihrer gemeinsamen Interessen und gemeinsamen Menschlichkeit bewusst werden. Das kann gut in Vereinen – etwa im Chor oder beim Handball – klappen, solange diese einen möglichst guten Querschnitt der Gesellschaft abbilden.

Doch wie kommen wir zu diesen Bedingungen der Begegnung und welche Rolle soll der Staat dabei spielen? Der Autor wägt an dieser Stelle liberale und kommunitaristische Prinzipien ab, die entweder das Individuum oder die Gruppe in den Fokus stellen.

Bürger_innen diverser Gesellschaften brauchen für ein frei gestaltbares Leben zweierlei: die Freiheit vor Verfolgung und somit Schutz vor staatlicher Willkür sowie Rede- und Versammlungsfreiheit. Menschen müssen zudem frei von Zwangsausübung sein, die durch Verwandte oder Geistliche in ihrer Gruppe entsteht. Es muss die Möglichkeit bestehen, die eigene Gruppe zu verlassen und die damit verbundenen Normen zu verletzen.

Die wichtigsten Instrumente dafür sind regelmäßige, faire Wahlen, eine wirksame Gewaltenteilung sowie individuelle Rechte, um die Gefahr einer dauerhaften „Tyrannei der Mehrheit“ zu beseitigen, die in ethnisch oder religiös gespaltenen Gesellschaften besonders groß ist.

Der Autor argumentiert, dass eine kommunitaristische Sichtweise keine umfangliche Freiheit von dem Zwang gewährt, den die eigene Gruppe auf Mitglieder ausüben kann, da sich der Staat vorbehält, nicht in Gruppen einzugreifen, solange sie im Frieden mit anderen Gruppen stehen. Er präferiert hingegen den Fokus auf das Individuum. Liberale Prinzipien können Bürger_innen besser vor der Unterdrückung durch die eigene Gruppe schützen und ihnen die Flucht aus dem „Käfig der Normen“ ermöglichen, ohne selbst repressiv zu werden.

Potenzial des Patriotismus

Mouk schlägt einen „Kulturpatriotismus“ vor. Diese gezähmte Form des Patriotismus ist nicht ethnisch definiert, sondern gründet sich in den Dingen, zu denen die meisten Bürger_innen eine tiefe Verbundenheit spüren: Landschaften, Städte, Speisen, Bräuche, Gebäude, Sprache, Promis, Fernsehsendungen sowie Gewohnheiten, Ansichten und Verhaltensweisen des alltäglichen Lebens. Der Autor hält diese Form des Patriotismus für „die beste Grundlage für die Entwicklung von Solidarität zwischen Menschen, die ansonsten nur wenige Gemeinsamkeiten haben“.

Der öffentliche Park

Für das Miteinander und den Grad der nötigen Integration in diversen Gesellschaften gibt es zahlreiche Metaphern, zum Beispiel den Schmelztiegel oder die Salatschüssel. Mouk kritisiert, dass der Schmelztiegel zu viel Anpassung abverlangt und zu stark fordert, die eigene Ursprungskultur aufzugeben. Die Salatschüssel hingegen würdigt zwar das kulturelle Erbe der zugewanderten Gruppen, setzt diese aber kaum in Kontakt zueinander, sodass die Gefahr einer fragmentierten Gesellschaft entsteht.

Sein Vorschlag: der öffentliche Park „als ein gemeinsamer Raum, in dem Menschen unterschiedlicher Herkunft sinnvolle Gelegenheiten finden, zu interagieren und zu kooperieren“. Ein Park ist für alle zugänglich. In einem Park können die Besucher_innen ein breites Spektrum von

Aktivitäten ausüben, jedoch nur, solange alle allen das Recht und die Freiheit gewähren, diesen nachzugehen. So entsteht ein lebendiger Ort der Begegnung. Man kann diskutieren, wie man den Park gestalten will, wo noch Verbesserungspotenzial steckt. Im übertragenen Sinne: In einer diversen Demokratie soll es legitime Differenzen geben. Alle sollen Teilhabe genießen und sich an der Mitgestaltung beteiligen können.

Identität und Identitätspolitik

Geht es um ethnische Kategorien, fällt häufig der Begriff „Rasse“. Auch wenn wir zunehmend versuchen, alte Ungerechtigkeiten zu beenden, ist es naiv zu glauben, dass diese Kategorie vollkommen verschwindet. Auch sollte man sie als solche anerkennen, denn „Rassenblindheit führt manchmal in der Praxis zu Rassismusblindheit“. Durch eine starke Herausarbeitung gemeinsamer Interessen und den Abbau bestehender Ungerechtigkeiten kann die Kategorie Rasse an Bedeutung einbüßen – „nicht weil Menschen die nach wie vor existierende Relevanz dieser Kategorie ignorieren, sondern weil diese Kategorie die Realität tatsächlich immer weniger beeinflusst“.

Die zunehmende Fokussierung auf Identitätspolitik, vor allem seitens linker politischer Lager, ist nicht förderlich für den erfolgreichen Aufbau diverser Gesellschaften. Eine fatalistische Haltung, die die Idee einer gegenseitigen politischen Solidarität vollkommen aufgibt, verkennt die Realität:

„Ein Mann muss keine sexuelle Belästigung erlebt haben, um darin ein Unrecht zu erkennen.“

Die Hindernisse gegenseitigen Verständnisses sind behebbar. Menschen sind in der Lage, sich empathisch in andere hineinzuversetzen und ihr Gerechtigkeitsempfinden zu stärken. Eine zu starke Betonung von ethnischen Identitäten statuiert eine Unversöhnlichkeit zwischen Weißen und People of Colour, die es schlicht nicht gibt.

„Kulturen sind flüssige Gebilde.“ Sie sind Summe dessen, was die Menschen, die sich ihnen zuschreiben, ausmacht. Dabei sind sie aber nicht starr, sondern im kontinuierlichen Austausch mit anderen Kulturen. Wo sie auf andere treffen, findet Inspiration statt. Hierbei gilt: „kulturelle Aneignung nicht mit kulturellem Austausch gleichsetzen“.

Woher der Pessimismus kommt

In Zeiten starker Polarisierung und des Bedeutungsgewinns rechter Politiker_innen macht sich eine pessimistische Weltsicht breit. Drei Sorgen sind dabei vorherrschend:

- **Die Sorge, dass Einwanderer_innen nie vollkommen integriert sind und stetig marginalisiert bleiben.**
- **Die Befürchtung, dass Einwanderer_innen ewig**

eine sozioökonomische Unterschicht bilden, da sie in Schulen, an Universitäten und auf dem Arbeitsmarkt weniger erfolgreich sind.

- **Die Angst, dass sie für Verbrechen und Terroranschläge verantwortlich sind und dauerhaft eine fundamentale Bedrohung für demokratische Werte darstellen.**

Auch der Mythos eines sogenannten Bevölkerungsaustausches hält sich wacker.

Anlass zum Optimismus

Dem Pessimismus ist eine Analyse der Realität entgegenzuhalten, denn tatsächlich entwickelt sich die Lebensrealität der meisten Menschen ins Positive. Einwanderer_innen und andere Minderheiten erleben schnelle ökonomische Fortschritte und werden heute schneller als gesellschaftlicher Bestandteil akzeptiert als noch vor 30 Jahren. Die sozioökonomische Lücke wird mit jeder Generation kleiner. Und auch wenn es Menschen gibt, die „den Grundregeln eines friedlichen Zusammenlebens tatsächlich zutiefst feindlich gegenüber“ stehen, streben die allermeisten Zugewanderten nach ähnlichen Werten und wollen sich integrieren.

Diverse Demokratien müssen dennoch handeln, um diese Entwicklung weiterhin aufrechtzuerhalten und zu beschleunigen. Dazu gehört ein sicherer Wohlstand für alle. Voraussetzung: Das ökonomische

Wachstum muss gefördert werden. So kann das Empfinden gesteigert werden, dass dem Großteil der Bürger_innen eine wirtschaftlich sichere Zukunft bevorsteht. Dieses Empfinden kann auch zu mehr universeller Solidarität führen.

Wichtige Punkte dafür sind eine Reform des Bildungssystems, die zu mehr Chancengleichheit führt, und ein erleichterter Zugang zum sozialen Sicherungssystem. Die Kluft zwischen verschiedenen demografischen Gruppen soll durch einen großzügigen Wohlfahrtsstaat geschlossen werden. Wichtig ist es dabei, verschiedene Gruppen nicht miteinander in Konkurrenz für materielle Zuwendungen zu setzen. Es muss vielmehr das Gefühl entstehen, dass alle ein großes Stück vom Kuchen abbekommen.

Demokratische Institutionen müssen inklusiv sein und Teilhabe für alle ermöglichen. Um die Angst vor unkontrollierter Einwanderung zu hemmen, sollte der Staat zeigen, dass er in der Lage ist zu bestimmen, „wer ins Land kommt“.

Der Aufstieg rechtspopulistischer Parteien bleibt die wichtigste Ursache starker gesellschaftlicher Polarisierung. Daher muss eine „Kultur gegenseitigen Respekts“ entstehen.

buch | votum

Yascha Mounks Werk regt zum Nachdenken an. Wie kann eine diverse Gesellschaft Migration und Interkulturalität mit Gerechtigkeit und Teilhabe vereinen?

Der Autor behandelt eine hochaktuelle Frage, die im Kontext der Fluchtbewegung aus der Ukraine und des Klimawandels weiter an Bedeutung gewinnt und deren Antwort noch bevorsteht.

Neben autobiografischen Elementen schmückt Mounk seine Argumente vor allem durch historische und empirische Beispiele durchaus überzeugend aus. Auch schaut er teils selbstkritisch auf seine früheren Haltungen und übt Kritik am derzeitigen Pessimismus, den er im linken und rechten politischen Lager vernimmt.

Er zeichnet eine Vision, die optimistisch und pflichtbewusst in die Zukunft blickt. Immer wieder gelingt es ihm anhand von Metaphern wie dem „halbwildem Patriotismustier“ und dem öffentlichen Park, seine Vision zu verbildlichen und nachvollziehbar zu machen. Trotz hohen deskriptiven Anteilen und teils starkem Fokus auf die USA, schlägt er im letzten Teil den Bogen in die Praxis und macht politische Handlungsvorschläge.

Dabei geht Mounk sehr strukturiert vor. Man verspürt seine Begeisterung für das, was uns bevorstehen könnte, wenn das Experiment gelingt: eine diverse, gerechte Demokratie. Das Buch findet seinen Platz im Spannungsfeld zwischen Liberalismus und Kommunitarismus klar im liberalen Spektrum. Mounk schreibt eine Absichtserklärung, die Mut macht.

Freiheitsgrade, Elemente einer liberalen politischen Mechanik. Von Christoph Möllers.



Kernaussagen

Die beste Antwort auf multiple politische Krisen der Gegenwart ist eine liberale. Das ist die These Christoph Möllers, der angesichts von Rechtspopulismus und Rechtsextremismus, Pandemie und Klimakatastrophe den Versuch unternimmt, den politischen Liberalismus zu verteidigen. Ausgehend von den verschiedenen Strängen, den Ambivalenzen und Mängeln der liberalen Tradition legt der Autor einen eigenen Theorieentwurf vor – die sogenannte „Ordnung der Freiheitsgrade“. Damit sei politische Freiheit auch angesichts der aktuellen Herausforderungen möglich und sinnvoll.

Von Christoph Möllers, erschienen im Jahr 2020 im Suhrkamp Verlag, Berlin. Kurzgefasst und eingeordnet von Anne-Kathrin Weber*.

buch | essenzen

Einordnung aus Sicht der Sozialen Demokratie

Christoph Möllers plädiert entschieden gegen eine liberale Politik aus der Mitte heraus – eine Mitte, die Gefahr laufe, das spezifisch Politische zu entpolitisieren. Für die Soziale Demokratie bietet das Buch dahingehend provokante Denkanstöße. Gleiches gilt für die Frage, ob, in welchem Ausmaß und in welcher Form soziale Ungleichheit unter sozialliberalen Vorstellungen vertretbar oder sogar wünschenswert ist.

Freiheitsgrade

Christoph Möllers
edition suhrkamp
SV

buch | autor

Christoph Möllers, Jahrgang 1969, ist Professor für Öffentliches Recht und Rechtsphilosophie an der Humboldt-Universität zu Berlin. Außerdem ist er Permanent Fellow am Wissenschaftskolleg zu Berlin.

buch | inhalt

Was (alles) ist „liberal“? (Begriffs-)historische Vielfalt und Ambivalenzen

Es gibt unzählige liberale Dogmen, die nicht nur die Vielfalt der Begriffsgeschichte widerspiegeln, sondern durchaus widersprüchliche Elemente und Positionen beinhalten. Allenfalls sind sie durch eine „Familienähnlichkeit“ gekennzeichnet.

Diese Liberalismen können anhand verschiedener Grundfragen charakterisiert und eingeordnet werden. Eine davon ist die Frage, vor wem sich Liberale mehr fürchten müssen: vor der Macht der anderen oder vor einer politischen Herrschaft, die diese anderen kontrolliert. Dieses Spannungsverhältnis stellt die „emotionale Grundambivalenz“ des Liberalismus dar. Das Verhältnis zum Staat ist daher entscheidend. Denn das Gros liberaler Dogmen sieht zwar vor, dass individuelle Freiheit staatlich durchgesetzt und abgesichert wird, zeichnet sich aber gleichzeitig durch eine große Skepsis gegenüber Politik aus.

Das Individuum steht oftmals im Zentrum neuerer politischer Liberalismen. Und doch

* Anne-Kathrin Weber ist promovierte Politikwissenschaftlerin, freie Journalistin und Rezensentin.

kann es, politisch gesehen, nur in Verbindung mit politischen Gemeinschaften gedacht werden. In einem wechselseitigen Verhältnis ist das Individuum auf eine politische Gemeinschaft angewiesen, damit seine individuellen Freiheitsrechte durchgesetzt und geschützt werden. Diese wirken wiederum auf ein liberalen Prämissen entsprechendes Gemeinwohl zurück.

Diese Relevanz der kollektiven Ebene für den Liberalismus auszublenden, ist politikerfern und entspricht nicht der liberalen Tradition. Auch die traditionelle Trennung zwischen Öffentlichkeit und Privatheit hat weiterhin Bestand: Das Private muss unbedingt als „rechtsfreier“ Raum existieren. Problematisch wird es, wenn das Öffentliche durch zu viele private Einflüsse vereinnahmt und damit entpolitisiert wird.

Wie die Sphärentrennung ist auch soziale Ungleichheit im liberalen Denken kein Mangel, den es zu beheben gilt. Sie kann dazu beitragen, dass sich bestehende Verhältnisse im öffentlichen Raum verändern. Das ist für eine liberale politische Ordnung von Vorteil, solange daraus nicht Armut, persönliche Abhängigkeit und Korruption resultieren, die liberale Grundideale bedrohen. Der Preis, den Gesellschaften für soziale Ungleichheit zahlen, ist allerdings hoch. Ungleichheitsprämissen müssen daher politisiert und stets kritisch überprüft werden.

Viele Probleme, die auf sozialer Ungleichheit beruhen, werden zwar durch den Kapitalismus verschärft. Allerdings schafft er freiheitliche Potenziale und befriedigt Bedürfnisse zuweilen äußerst effektiv. Das Ver-

hältnis des Liberalismus zum Kapitalismus ist daher ambivalent besetzt – genauso wie dasjenige zwischen Kapitalismus und Sozialer Demokratie, die einige liberale Strukturelemente beinhaltet.

„Freiheitsgrade“: Mosaikstücke einer aktualisierten liberalen Theorie

Mit dem Begriff der „Freiheitsgrade“ wird ein Bild aus der Mechanik aufgegriffen, um damit eine gegenwarts- und zukunftsfähige liberale Ordnung zu skizzieren:

„In der Mechanik beschreibt der Begriff des ‚Freiheitsgrads‘ die Zahl der voneinander unabhängigen Bewegungsmöglichkeiten eines Körpers.“

Politische Freiheit offenbart sich demnach darin, dass sich Menschen innerhalb dreier weitreichender Dimensionen frei bewegen und entfalten können:

a) zwischen den Polen individueller und gemeinschaftlicher Freiheit,

b) im Spielraum zwischen rationalen und rein willkürlichen Entscheidungen und

c) im Rahmen sowohl formalisierter als auch informeller politischer Praxis.

Zur ersten Dimension politischer Freiheit: In einer genuin liberalen politischen Ordnung stehen die individuelle und die gemeinschaftliche Freiheit gleichberechtigt nebeneinander und sind voneinander abhängig. Individuelle Freiheit ist nicht das Verdienst Einzelner, sondern ein Produkt der Gemeinschaft.

Der Bezug auf die Gemeinschaft bedeutet allerdings nicht, dass damit Ungleichheit zwischen den Einzelnen um jeden Preis nivelliert werden sollte:

„Statusgleichheit, die Anerkennung als rechtsfähige Bürgerin, ist der formalisierte und fixe Punkt, an den informelle bewegliche Praktiken der Ungleichheit anschließen können, etwa ungleich Gewolltes wie Präferenzen und ungleich Gekonntes wie verschiedene Möglichkeiten, die eigene Freiheit zu nutzen.“

Aus dieser Ungleichheit ergibt sich ein großes Potenzial für gesellschaftlichen Fortschritt – wenn denn stets aufs Neue überprüft wird, dass sie zumutbar ist und die Freiheitsausübung der Einzelnen nicht grundsätzlich behindert. Außerdem darf der Zugang zu wirtschaftlichen Gütern nicht dazu führen, dass politische Macht erlangt wird, über die die einen verfügen, andere aber nicht. Das Private – auch privates Eigentum – ist vom Politischen zu trennen.

Das bedeutet aber wiederum auch, dass nicht alles politisch ist und sein kann. Diese

Sphärentrennung sichert die Distanz politischer Herrschaft gegenüber sozialen Interessen und Praktiken ab, denn der öffentliche Raum sollte von genuin politischen Positionen geprägt sein. Auch diese Grenzziehung muss immer wieder überprüft werden.

Forderungen, die oft abwertend unter dem Stichwort „Identitätspolitik“ genannt werden, sind allerdings durchaus als politisch einzuordnen:

„Wenn sich Individualität nur als Leistung einer Gemeinschaft verstehen lässt, dann ist der Schutz von Gemeinschaften, seien sie sprachlich, kulturell oder religiös, Bedingung der Möglichkeit individueller Freiheit.“

Gestärkt wird diese anerkennende Haltung gegenüber Emanzipationsbewegungen auch durch die These, dass eine liberale Gemeinschaft den Menschen als „Körperperson“ verstehen muss: Körperliche Bedürfnisse gilt es zu berücksichtigen und zu befriedigen. Hierbei kommt die zweite Dimension der „Freiheitsgrade“ zum Tragen. Demnach sind auch willkürliche Entscheidungen zu respektieren, die nicht rational durchdrungen sind und beispielsweise aufgrund körperlicher Bedürfnisse getroffen werden.

Die dritte Dimension politischer Freiheit – die sowohl formalisierte als auch informelle politische Praxis umspannt – äußert sich unter anderem darin, dass Politik nicht nur auf

institutioneller Ebene gestaltet wird. Auch wenn Institutionen für eine „Ordnung der Freiheitsgrade“ essenziell sind, liegt es aus dieser liberalen Perspektive heraus doch schließlich an den Einzelnen, sich selbst innerhalb und außerhalb von institutionellen Strukturen aktiv politisch zu betätigen.

Politik sollte allerdings nicht als Idealismus oder moralisches Engagement verstanden werden. Sie ist – aus liberaler Sicht – Ausdruck einer respektvollen Verantwortung dafür, das Gemeinwohl im Sinne liberaler Freiheiten zu gestalten. Wichtig ist dabei die Tatsache, dass eigene Erfolge immer auch auf gesellschaftliche Umstände zurückzuführen sind.

Aus einer politischen Mitte kann – formalisierte oder informelle – Politik jedoch langfristig nicht erfolgreich sein, da diese Mitte eine entpolitisierende Wirkung entfaltet.

„Liberale reagieren [..] auf die Herausforderungen aktueller Politik häufig damit, sich in eine imaginierte politische Mitte zu setzen – um damit im Ergebnis Politik zu vermeiden.“

Daraus folgt, dass sich der Liberalismus eindeutig entweder als Links- oder Rechtsliberalismus positionieren sollte – und das nicht unbedingt in einer eigenen Partei:

„Das liberale Projekt ist in den Flügeln anderer Parteien aufgehoben und dort in manchen Konstellationen

einflussreicher als in einer eigenen Kleinpartei.“

Diese Polarisierung in Links- und Rechtsliberalismus ist wichtiger Ausdruck von Freiheit einer politischen Gemeinschaft, die im Ganzen als liberal verstanden werden sollte. Geschützt und begrenzt werden muss sie durch eine Verfassung. Das ist beispielsweise eine der Stärken der EU, die durch formale Regeln zusammengehalten wird.

Liberalismus als Antwort auf aktuelle politische Krisen

Politiken, die sich an den „Freiheitsgraden“ orientieren, bieten gute Antwortmöglichkeiten auf multiple Krisen, die politische Systeme aktuell bewältigen müssen – vor allem Rechtspopulismus und -extremismus, Pandemie und Klimakrise.

Gegen die populistischen und extremistischen Bewegungen von rechts wird oft der Liberalismus als Gegenpol ins Gespräch gebracht – das kann jedoch die Gefahr mit sich bringen, dass sich alle anderen letztlich nicht mehr als eine „Notgemeinschaft der Systemanhänger“ verstehen. Eine klare eigene inhaltliche Positionierung im links- oder rechtsliberalen Spektrum ist auch hierfür notwendig.

Auf den Begriff des „Volkes“ darf sich in der Gestaltung dieser links- oder rechtsliberalen Politiken aus taktischen Gründen durchaus berufen werden – allerdings muss dieser Begriff zwingend durchlässig und veränderbar sein. Und auch wenn

die Auffächerung eines politischen Systems nach links und rechts Ausdruck von politischer Freiheit ist, darf Extremist_innen keine Bühne geboten werden. Denn ein öffentliches Gespräch bestätigt und hofiert diesen Extremismus.

„Wenn sich alles ohne Reibung öffentlich sagen lässt, befeuert das den Diskurs. Es beginnt die öffentliche Herrschaft der privaten Ungezogenheit.“

Selbsternanntes „Querdenken“ fällt allerdings nicht automatisch unter extreme Meinungsäußerung – im Gegenteil: Die Stimmen derjenigen, die gegen die politischen Maßnahmen gegen Covid-19 protestieren, sind wichtig für das Fortbestehen demokratischer Politik in der Pandemie. Denn diese hat deutliche Missstände in der öffentlichen Herrschaft offengelegt – allen voran die mangelnden rechtlichen Grundlagen von Kontaktsperren und Freiheitsentzug:

„Man muss in diesem Vorgehen keine autoritäre Machtergreifung erkennen, um es für verstörend zu halten. Die Einhaltung von rechtlichen Formen ist eben auch eine Art, sich das Vertrauen der Betroffenen zu verdienen.“

Anderen zu begegnen und sich weiterhin dort aufzuhalten, wo man möchte – das ist ein aus pandemischer Sicht zwar unvernünftiger, aber dennoch

legitimer Ausdruck individueller Freiheit. Er ist auch auf die eigene Körperlichkeit zurückzuführen, die eine liberale Politik präventiv und situativ berücksichtigen muss.

Das erfordert langfristiges Denken, das oft mit kurzfristig angelegter Politik in Konflikt steht; Letztes ist darauf ausgerichtet, konkrete Bedürfnisse zu befriedigen. Die Folgen hiervon sind im politischen Umgang mit der Klimakrise ersichtlich. Um dieser globalen Herausforderung angemessen zu begegnen, sind nicht nur formale Regeln vonnöten, sondern auch ein proaktiveres Engagement, den nötigen Wandel zu vollführen.

buch | votum

Mit *Freiheitsgrade* hat Christoph Möllers eine theoretisch dichte Auseinandersetzung über den politischen Liberalismus vorgelegt, die sich an vielen Stellen an der liberalen Tradition reibt. Gleichzeitig greift sie daraus Elemente für den eigenen Theorieentwurf auf und aktualisiert das liberale Projekt auf gleichsam originelle und profunde Weise.

Auch wenn sich einige der Thesen Möllers im Zuge der Bundestagswahl 2021, konkret der guten Wahlergebnisse der SPD und der FDP, zumindest aktuell nicht bewahrheitet haben, besticht das Buch mit seinem markanten Plädoyer gegen die politische Mitte – eine Mitte, in der sich die Soziale Demokratie gut eingerichtet hat. Der Autor fordert zudem entschieden dazu auf, sich politisch einzubringen,

um demokratische Politik mitgestalten zu können.

Politische Beteiligung ist nach dieser Interpretation allerdings ein nüchterner und ideologiefreier Prozess. Durchaus streitbar ist Möllers' These, dass Freundlichkeit und Empathie in der Politik ungeeignet sind. Damit reiht sich der Autor zwar in das Gros der liberalen Tradition ein; aber gerade diese patriarchal geprägte Exklusion weiblich konnotierter Fähigkeiten sollte ein aktualisierter und durchaus progressiver liberaler Theorieentwurf kritisch hinterfragen.

Die mosaikartig präsentierten Thesen des Autors bieten insgesamt viele Anknüpfungs- und einige Reibungspunkte für die Soziale Demokratie, die es auszuhalten und auszudiskutieren gilt. Dazu gehört vor allem der Aspekt der Sozialen Ungleichheit, die laut Möllers durchaus Motor für Veränderung ist und sein sollte, deren Parameter aber immer wieder aufs Neue besprochen und angepasst werden müssten.

Vom Ende des Gemeinwohls. Wie die Leistungsgesellschaft unsere Demokratien zerreißt. Von Michael J. Sandel.



Kernaussagen

Eines der zentralen Versprechen westlich-kapitalistischer Gesellschaften lautet „Aufstieg durch Leistung“. In einer neoliberalen Zuspitzung bedeutet dies konkret, dass „jede oder jeder es schaffen kann“, während eine eher sozial-liberale Interpretation auch die gesellschaftlichen Bedingungen mit in den Blick nimmt. Wichtig in dieser Variante sind die Anerkennung ungleicher sozialer Startvoraussetzungen und der Anspruch, Chancengleichheit als Voraussetzung für einen tatsächlichen „Aufstieg durch Leistung“ herzustellen. Michael J. Sandel zeigt auf, dass die beiden vermeintlich unterschiedlichen Varianten dieses meritokratischen Prinzips ungewollt doch mehr gemeinsam haben, als sich auf den ersten Blick vermuten lässt.

Von Michael J. Sandel, erschienen 2020 im S. Fischer Verlag, Frankfurt. Kurzgefasst und eingeordnet von Thilo Scholle*.

eine Provokation dar. Denn er versucht aufzuzeigen, dass letztlich auch die vermeintlich sozial und gesellschaftlich kontextualisierte Interpretation von Aufstieg durch Leistung zu einer Politik der Zerstörung des Gemeinwohls beiträgt.

buch | essenz

Einordnung aus Sicht der Sozialen Demokratie

Gesellschaftlicher Aufstieg durch Bildung und eigene Leistung gehört zu den zentralen Themen sozialdemokratischer Programmatik. In unterschiedlichen Akzentuierungen wurde dabei stets der Abbau gesellschaftlicher und sozialer Schranken für den Aufstieg durch eigene Leistung und die tatsächliche Freisetzung der Fähigkeiten und des Könnens einer und eines jeden Einzelnen postuliert.

Vor diesem Hintergrund stellen die zentralen Thesen Michael J. Sandels durchaus

buch | autor

Michael J. Sandel wurde am 5. März 1953 im amerikanischen Minneapolis geboren. Nach einem Philosophiestudium wurde er in Oxford bei Charles Taylor promoviert. Seit 1980 lehrt er an der Harvard University. Sandel wird gemeinhin der kommunitaristischen Strömung der Philosophie zugeordnet und veröffentlicht auch für die breitere Öffentlichkeit bestimmte moralphilosophische Werke, so etwa das im Jahr 2012 auf Deutsch erschienene Buch „Was man für Geld nicht kaufen kann – die moralischen Grenzen des Marktes“. Der aktuelle Band „Vom Ende des Gemeinwohls“ wurde im politischen Feuilleton breit rezipiert und fand auch Eingang in politisch-programmatische Debatten im sozialliberalen politischen Spektrum in Deutschland.

buch | inhalt

Der Band gliedert sich in sieben Kapitel. Ein kurzer Prolog stellt die Abhandlung auch in den Kontext von Auseinandersetzungen um die richtigen Mittel im Kampf gegen die Corona-Pandemie sowie um den Aufstieg von Donald Trump in den USA. In der Einführung hält Sandel fest,

*Thilo Scholle ist Jurist und arbeitet als Referent in der Denkfabrik Digitale Arbeitsgesellschaft des Bundesministerium für Arbeit und Soziales.



dass es eine vermeintliche Neutralität bei der Bewertung von Leistungen nicht gibt.

Als Beispiel dient der College-Zugang in den USA. Maßstäbe für Leistung sind nur schwer von wirtschaftlichem Vorteil abzulösen. Standardtests beispielsweise für die College-Aufnahme wie der SAT-Test spiegeln sehr genau den sozialen Status der Familie der Bewerber_innen wieder. Dies betrifft nicht nur die besseren Vorbereitungsmöglichkeiten auf den Test im engeren Sinne, sondern auch die Ausrichtung des gesamten sozialen Lebens sowie der Freizeitaktivitäten von Sport, Reisen und musischen Angeboten auf die Verbesserung der Chancen, Zugang in ein begehrtes College zu erhalten. Öffentlich kritisiert wird allenfalls, wenn reiche Eltern ihre Kinder eben nicht durch Antrieb zu besseren Leistungen, sondern durch Bestechung an der gewünschten Universität unterzubringen versuchen.

Von den meisten Menschen wird daher die Position geteilt, „Studenten sollten von den Universitäten nicht aufgrund von Faktoren, die sie nicht selbst in der Hand haben, sondern wegen ihrer eigenen Fähigkeiten und Talente aufgenommen werden. Und sie stimmten zumindest implizit darin überein, dass diejenigen, die aufgrund ihrer Leistung reinkommen, sowohl ihre Zulassung als auch die darauf erwachsenen Vorteile verdient haben.“

Die öffentliche Auseinandersetzung befasst sich nicht mit dem Prinzip der Meritokratie selbst, sondern mit der Frage, wie diese zu erreichen ist. Für Konservative

stellt eine Politik, die bestehende Diskriminierungen beispielsweise aufgrund der Hautfarbe ausgleichen möchte, einen Verrat an den auf dem Leistungsprinzip beruhenden Zulassungen dar. Liberale hingegen meinen, „wahre Meritokratie könne nur erreicht werden, wenn man die Privilegierten und die Benachteiligten unter gleichen Bedingungen antreten lasse“.

Ein solcher Zugriff auf die Debatte verkennt die tiefer liegenden Probleme des Prinzips der Meritokratie. Je größer die Einkommenslücke zwischen oben und unten wird, umso größer wird auch die Angst vor dem sozialen Absturz – und der Einsatz, die eigenen Kinder im Bildungssystem besonders gut zu platzieren.

Gewinner und Verlierer

„Die Demokratie durchlebt gefährliche Zeiten.“

Erkennbar werden zunehmende Fremdenfeindlichkeit und wachsende öffentliche „Unterstützung für autokratische Gestalten, die die Grenzen demokratischer Normen austesten“.

Perspektivisch reicht es nicht aus, den Anstieg des Populismus als Reaktion auf Immigration und Multikulturalismus anzusehen oder als Protest gegen den Verlust von Arbeitsplätzen durch globalen Handel und neue Technologien.

Der Brexit und die Wahl Donald Trumps sind „ein wütendes Urteil gegen Jahrzehnte wachsender Ungleichheit und eine

Version der Globalisierung, die nur denen dient, die ohnehin an der Spitze stehen, normale Bürger aber mit einem Gefühl von Machtlosigkeit zurücklässt“.

Die Unruhen, die wir gerade erleben, sind eine Antwort auf ein politisches Versagen von historischem Ausmaß. Im Mittelpunkt stehen dabei das Projekt der Globalisierung und hier insbesondere zwei Bedingungen: die technokratische Arbeit, mit der das Gemeinwohl definiert wird und die meritokratische Art, Gewinner und Verlierer zu definieren. Die Jahre der Regierungen von Bill Clinton, Tony Blair und Gerhard Schröder „glätteten die rauen Kanten der entfesselten Märkte“, beließen es aber bei Marktmechanismen als vorrangigem Werkzeug zur Verwirklichung des Gemeinwohls.

Im Zeitalter der Globalisierung sind die Belohnungen ungleich verteilt:

„Die Fähigkeit zum Aufstieg hängt anscheinend weniger vom Ansporn der Armut ab als vom Zugang zu Bildung, Gesundheitsfürsorge und anderen Ressourcen, die Menschen dafür ausrüsten, in der Arbeitswelt Erfolg zu haben. (...) Die meritokratische Überheblichkeit spiegelt die Neigung der Gewinner wider, ihren Erfolg zu tief in sich einzusaugen und das Glück und die günstigen Umstände zu vergessen, die ihnen auf dem Weg geholfen haben“.

„Groß, weil gut“: Eine kurze Moralgeschichte von Leistung und Verdiensten

Was kann am Leistungsgedanken falsch sein?

„Wann genau ist Leistung toxisch geworden und wie ist das passiert?“

Dabei lassen sich zunächst positive Ausgangsthesen ins Feld führen: Ein Wirtschaftssystem, das Anstrengung und Talent belohnt, erscheint produktiver. Werden Menschen strikt nach ihren Leistungen belohnt, erscheint dies zudem fairer. Zudem kann die Idee, dass das Schicksal in unserer Hand liegt, ein Gefühl von Freiheit geben.

„Eine meritokratische Gesellschaft wirkt also auf doppelte Weise inspirierend. Sie bestärkt eine kraftvolle Vorstellung der Freiheit und gibt den Menschen, was sie sich selbst erarbeiten und deshalb verdient haben.“

Dieser Gedanke, dass das Schicksal unsere Verdienste widerspiegelt, lässt sich bis auf biblische Quellen zurückverfolgen, in denen gutes Wetter und reiche Ernte göttliche Belohnungen für Wohlverhalten darstellen. Erkennen lässt sich jedoch auch eine „liberale Prädestinationslehre“, beispielsweise als Begründung für die Macht und den Wohlstand der USA. Die Grenze zwischen Verdienst und (göttlicher) Gnade werden hier verwischt.

„Leistung verdrängt Gnade oder formt sie nach ihrem eigenen Bild – zu etwas, dass wir zu Recht verdienen.“

Das Gerede vom Aufstieg

Die „Neue Mitte“ akzeptierte die grundsätzliche Rolle von Marktmechanismen als vorrangige Werkzeuge zur Förderung des Gemeinwohls. Allerdings sollten Märkte unter fairen Voraussetzungen handeln und alle Bürger ungeachtet ihrer Hautfarbe, Klasse, Religion, Geschlecht oder ethnischen Zugehörigkeit zu gleichen Bedingungen um die Belohnungen des Marktes konkurrieren können.

„Für die Mitte-links-Liberalen bedeutete Chancengleichheit mehr als die Abwesenheit von Diskriminierung: Sie verlangten auch Zugang zu Bildung, Gesundheitsfürsorge, Kinderbetreuung und anderen Diensten, die Menschen in die Lage versetzen, auf dem Arbeitsmarkt effektiv am Wettbewerb teilzunehmen.“

Kredencialismus: Das letzte akzeptable Vorurteil

Die Frage, wie gut oder schlecht jemand auf der Universität oder bei Zulassungsprüfungen abgeschnitten hat, war ein wichtiges Element für das öffentliche Ansehen einer Person. Das korrespondierende Aufstiegsversprechen lautet:

Wenn die Hindernisse für den Erfolg – etwa Diskriminierungen – weggeräumt werden und alle die gleichen Chancen bekommen, „könnte man von denen, die am weitesten aufstiegen, auch sagen, sie hätten ihren Erfolg verdient, die damit einhergehenden Belohnungen stünden ihnen folglich zu. Das war das Versprechen der Leistungsgesellschaft – kein Versprechen größerer Gleichheit, sondern größerer und fairerer sozialer Mobilität“.

Der permanente Appell an die arbeitenden Menschen, durch den Erwerb eines akademischen Grades ihre Lebensumstände zu verbessern, wertet diesen „Kredencialismus“ auf und untergräbt die soziale Anerkennung und Wertschätzung denjenigen, die nicht über die vom System geforderten belohnenden Bescheinigungen verfügen. Dies gilt auch dann, wenn dieser Appell gut gemeint ist.

Die Ethik des Erfolgs

In den meisten demokratischen Staaten wurden die politischen Auseinandersetzungen im vergangenen halben Jahrhundert von zwei konkurrierenden Darstellungen einer gerechten Gesellschaft geprägt: einem „Liberalismus des freien Marktes“ – in europäischer Terminologie „Neoliberalismus“ – sowie einem „Liberalismus des Wohlfahrtsstaates“ beziehungsweise „egalitären Liberalismus“. In der Praxis bringen beide Ansätze Einstellungen hervor, die schwer von den meritokratischen Normen zu unterscheiden sind:

„Keiner von beiden bietet eine Darstellung des Gemeinwohls, die so stabil ist, dass sie der Überheblichkeit und Demütigung begegnen könnte, für die Leistungsgesellschaften so anfällig sind.“

Erläutern lässt sich dies sowohl mit Blick auf die Werke des Ahnherren der Neoliberalen, Friedrich Hayek, wie auch für die wichtigste Referenz der Anhänger des liberalen Wohlfahrtsstaates, John Rawls.

So bestreitet Hayek, dass wirtschaftliche Belohnungen mit Verdienst zu tun haben, da dies sonst mit Blick auf die realen Verteilungsverhältnisse Forderungen nach Umverteilung nach sich ziehen könnte. Rawls lehnt demgegenüber die Kategorie des Verdienstes mit dem Ziel ab, Argumenten von reichen Menschen zu begegnen, die genau das Argument des eigenen Verdienstes gegen eine Umverteilung ins Feld führen.

Zwar verwerfen beide die meritokratische Vorstellung, dass den Reichen in einem fairen Wettbewerb mehr zusteht als den Armen; letztlich kommen in der Folge beider Ansätze dennoch Einstellungen zum Tragen, die für Leistungsgesellschaften typisch sind:

„Überheblichkeit bei den Erfolgreichen und Groll bei den Benachteiligten“.

Der Ausleseapparat

Zwar gilt es, die „Tyrannei der Leistung“ zu überwinden. Dies soll allerdings

nicht bedeuten, dass Leistung bei der Zuweisung von Jobs und sozialen Positionen keine Rolle spielen sollte.

„Es bedeutet vielmehr, dass wir die Art und Weise überdenken müssen, in der wir Erfolg konzipieren.“ Am Beispiel der Universitäten könnte dies bedeuten, eine „auf die soziale Schicht abgestimmte Bevorzugung einzuführen“, oder umgekehrt, die Bevorzugung von Studierenden aus reichen Familien einzustellen.

Die neue meritokratische Elite gewinnt ihren Platz durch strapaziösen Eifer. Möglicherweise kann hier eine Lotterie der Qualifizierten Abhilfe schaffen. Dann ist klar, dass mehr Leute beispielsweise den Zugang zu bestimmten Studiengängen verdient hätten, dies aber aufgrund von Losglück und eben nicht aufgrund vermeintlich besserer Leistungen der Fall war. Letztlich geht es darum, dieses Einsortieren und Streben zu überwinden.

Arbeit anerkennen

Unsere zutiefst polarisierte Zeit benötigt Quellen des sozialen Zusammenhalts und der Solidarität. Eine Idee kann hier die der „Beitragsgerechtigkeit“ jeder Tätigkeit mit Blick auf das Gemeinwohl sein. Die Würde der Arbeit könnte hier den Ausgangspunkt bilden:

„Doch eine politische Agenda, die die Arbeit (...) als

Schauplatz der Anerkennung behandelt, würde für Mainstream-Liberale und Konservative gleichermaßen unbequeme Fragen aufwerfen. Denn damit würde eine Prämisse in Zweifel gezogen, die von Vertretern der auf den Markt gegründeten Globalisierung weithin geteilt wird: dass nämlich die Ergebnisse des Marktes den wahren gesellschaftlichen Wert dessen wiedergeben, was die Menschen zum Gemeinwohl beitragen.“

Die Steuerlast könnte von Arbeit auf Konsum und Spekulation verlagert werden.

„Chancengleichheit ist ein moralisch notwendiges Korrektiv für Ungerechtigkeit. Doch sie ist ein begleitendes Prinzip, nicht das zugrunde liegende Ideal einer guten Gesellschaft.“

Gesellschaftliches Wohlergehen geht über das Vorhandensein von Aufstiegsmöglichkeiten hinaus, setzt ein hohes Maß allgemeiner Kultur und ein starkes Gefühl für gemeinsame Interessen voraus.

buch | votum

Die Tücken einer – auch im Sinne eines Ideals von Gleichheit und Gerechtigkeit interpretierten – Meritokratie arbeitet

Michael J. Sandel prägnant heraus. Die im Band verarbeiteten Beispiele stammen überwiegend aus dem sozialen Leben der Vereinigten Staaten. Das dortige System des College-Zugangs sowie die sehr stark über den Besuch bestimmter Universitäten organisierte gesellschaftliche Platzanweisung existiert in dieser konkreten Form in Deutschland nicht. Zudem hat sich hier nach wie vor auch eine Linie von sozialem Stolz und Anerkennung über Facharbeiter- oder Handwerkerkarrieren erhalten.

In der Tendenz lässt sich eine Abwertung vermeintlich mittlerer Berufsabschlüsse aber durchaus beobachten. Vor diesem Hintergrund erscheint die Ansicht, gesellschaftliche Platzanweisung eben nicht nur über das jeweilige Einkommen erfolgen zu lassen, sympathisch. Zu beachten ist, dass Einkommen tatsächlich nicht alles ist – aber doch real eine große Rolle spielt. Respekt, der sich nicht auch in einer auskömmlichen Entlohnung für die entsprechende Tätigkeit ausdrückt, wird nicht als solcher wahrgenommen.

Die Grundkritik an meritokratischen Vorstellungen erscheint überzeugend. In welcher Verbindung ökonomisches System und gesellschaftliche Wertigkeiten von Leistung stehen, thematisiert Sandel nicht. Die von ihm gezogene einfache Linie von biblischen Darstellungen in die heutige Zeit erscheint hier nicht ausreichend. Dies gilt umso mehr, als dass gesellschaftliche Mehrheiten eben auch etwas mit ökonomischen Machtverhältnissen zu tun haben. So bietet der Band anregende und zum Mit- und Weiterdenken herausfordernde Anstöße.

Zwischen Globalismus und Demokratie. Politische Ökonomie im ausgehenden Neoliberalismus. Von Wolfgang Streeck.



Kernaussagen

Die neoliberale Globalisierung ist in der Krise: Die Wirtschaft stagniert; politische Gegenbewegungen (Brexit, Trump, Populisten, Separatisten) gewinnen an Macht. Eine supranationale Gestaltung der Märkte gefährdet die Demokratie und hat wenig Aussicht auf Erfolg. Stattdessen muss der Nationalstaat und der nur in ihm mögliche Schutz der Schwachen und traditionaler Strukturen gestärkt werden. Eine solche Welt souveräner Kleinstaaten bedarf einer kooperativen Weltordnung, für die das Ende der einseitigen US-Hegemonie Chancen bietet.

Von Wolfgang Streeck, erschienen 2021 im Suhrkamp Verlag, Frankfurt. Kurzgefasst und eingeordnet von Michael Dauderstädt*.

buch | essenz

Einordnung aus Sicht der Sozialen Demokratie

Die neoliberale Wende, Globalisierung und die einseitige Marktintegration in Europa gefährden wichtige Ziele der Sozialen Demokratie. Streeck teilt deren fundamentale Werte (Demokratie und sozialer Zusammenhalt) und befürwortet deshalb einen Rückbau internationaler Verflechtungen und supranationaler Regelungen. Damit vertritt er in der aktuellen Debatte allerdings eine relativ extreme Position. Die Verwirklichung klassischer sozialdemokratischer Ziele kann er sich nur im Zuge einer Renaissance des souveränen Nationalstaats vorstellen.



buch | autor

Wolfgang Streeck ist ein deutscher Soziologe. Er war bis 2014 Direktor am Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung in Köln. Zu Beginn der rot-grünen Regierung unter Schröder beriet er das Kanzleramt zu Arbeitsmarktreformen und plädierte erfolglos für einen subventionierten Niedriglohnsektor im Rahmen des Bündnisses für Arbeit. 20 Jahre später entwickelte er sich zu einem der schärfsten Kritiker neoliberaler Wirtschafts- und Sozialpolitik und des Finanzkapitalismus. Sein diesbezügliches Buch *Gekaufte Zeit* (2013) war ein Bestseller.

buch | inhalt

Die Auseinandersetzung zwischen Globalismus (die Entmachtung der Nationalstaaten durch die Globalisierung) und Demokratie läuft quer zu traditionellen politischen Frontlinien. Teile der vor allem gebildeten kosmopolitischen Linken ebenso wie die wirtschaftsliberale Rechte befürworten die Globalisierung als kulturelle und ökonomische Öffnung. Demgegenüber stehen nationalistisch-protektionistische Konservative, aber auch Linke, die soziale Besitzstände und Spielräume für Umverteilung bewahren wollen.

Die Krise des Neoliberalismus

Der Neoliberalismus will den Staat zurückdrängen und den Märkten und der Privatwirtschaft mehr Gestaltungsraum geben. Davon versprach er sich angesichts

* Michael Dauderstädt ist freiberuflicher Berater und Publizist und war bis 2013 Leiter der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der FES.

der Krise des keynesianischen Nachkriegsmodells neues Wachstum. Spätestens die Finanzkrise von 2008 bewies das Scheitern des Modells. Selbst eine expansive Geldpolitik und wachsende Schulden konnten die Stagnation und Deflation nicht überwinden.

Auch die von vielen Linken begrüßte Rückkehr von Keynes in Gestalt von schuldenfinanzierten Staatsausgaben und niedrigen Zinsen dürfte langfristig an institutionellen Hürden wie Schuldenbremse, Maastrichtkriterien und den Interessen der Kapitalanleger scheitern. Die etablierte Wirtschaftspolitik ist letztlich ratlos, wie die Krise zu überwinden wäre.

Der stagnierende Kapitalismus kann die Erwartungen der Menschen nicht mehr erfüllen. Während das keynesianische Nachkriegsmodell auf zunehmenden Massenkonsum setzte, droht angesichts der Klimakrise nun ein Sparkapitalismus. Dieser ist angesichts der ungleichen Verteilung von Wachstum und Verzicht aber in demokratischen Gesellschaften nicht durchzusetzen.

Die Globalisierung veränderte die Kräfteverhältnisse zwischen der mehr ortsgebundenen Arbeit und dem Staat einerseits und dem international mobilen Kapital andererseits. Der Neoliberalismus kündigte den korporatistischen Klassenkompromiss auf, auf den die westlichen Wohlfahrtsstaaten gegründet waren. Er veränderte die Programmatik der rechten und linken Parteien und untergrub das „Standardmodell“ der Demokratie. Dagegen bildet sich

aber wachsender Widerstand, oft in Form rechtspopulistischer Parteien.

In der EU mit ihrer einseitigen Marktintegration spitzt sich der Konflikt zwischen Demokratie und Kapitalismus zu. Die Zentralisierung von Entscheidungen schwächt nationale und regionale Interessen und Lebensweisen. Eine quasireligiöse und propagandistische Verklärung der EU soll die daraus wachsende Euroskepsis entkräften und diffamieren.

Staatensysteme und nationale Souveränität

Ein Staat bestimmt sich immer im Verhältnis zu anderen Staaten und dem internationalen Gesamtsystem. Seit dem Zweiten Weltkrieg hat die Zahl der formell unabhängigen, oft auch demokratischen Staaten immer weiter zugenommen: erst durch die Dekolonisierung, ab 1990 durch den Zerfall von Föderationen im ehemaligen Ostblock. Der Entstehungsprozess von Nationalstaaten war (und ist) oft konfliktreich. Die Staatsgebiete decken sich oft nicht mit ethnischen, kulturellen und sprachlichen Siedlungsräumen. Daraus ergeben sich Separatismus und Sezessionswünsche, wenn nicht durch geschickte Föderalisierung (z.B. Schweiz, Deutschland) den Teilstaaten ausreichende Autonomie eingeräumt wird.

Menschen brauchen bei aller grundsätzlichen Weltoffenheit eine eigene kulturelle Umwelt, mit der sie sich gegenüber Fremden abgrenzen. Diese Identitäten

sind Quelle des Zusammenhalts aber auch potenzieller Konflikte gegenüber anderen und übergeordneten Staaten. Die beiden Fälle Katalonien und Schottland lassen sich im Kontext historischer Prozesse erklären. Spanien und das Vereinigte Königreich sind ehemalige Imperien, die erst in jüngerer Zeit die regionale Autonomie gestärkt und so dem Separatismus Raum gegeben haben. Deutschland hat dagegen im Fall Bayern Integration und Autonomie versöhnt, steht jetzt aber in Ostdeutschland neuen Herausforderungen gegenüber.

Die internationale Staatenordnung umschreibt die Bedingungen demokratischer Souveränität. In Imperien wird sie eingeschränkt (z. B. die Breschnew-Doktrin im kommunistischen Ostblock). Aber auch die liberale Weltordnung begrenzt den Handlungsspielraum der Nationalstaaten. Im Bretton-Woods-System der Nachkriegszeit (bis 1972) waren Wechselkurse fixiert und Kapitalströme unterbunden. Das ermöglichte eine keynesianische Wirtschaftspolitik und sozialen Ausgleich im Inneren. In der globalisierten Welt stehen die Staaten untereinander im Standortwettbewerb und damit unter dem Druck des Kapitals.

Europa hat seine Staatenordnung durch Vertiefung und Erweiterung überfordert. Ausgehend von international abgestimmten Sektorpolitiken (wie beispielsweise der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl Euratom) wurden mit dem Binnenmarkt und der Währungsunion die nationalen Spielräume immer weiter eingeschränkt. Der Brexit ist eine Reaktion auf diese Entmachtung, getrieben von

einem Mix aus „rechtem“ Nationalismus und „linkem“ Schutzbedürfnis. Beide wollen die nationale Kontrolle wiedergewinnen. Europas weitere Entwicklung verläuft im Spannungsfeld von dezentralisierender Konföderation und zentralisierendem Imperium.

Die Sackgasse der supranationalen Steuerung

In der Hyperglobalisierung dominiert das Kapital, indem die großen Unternehmen ihre Produktionsnetzwerke und Wertschöpfungsketten quer durch die Staatenwelt und die Gesellschaften etablieren. Die damit verbundene Entmachtung der Nationalstaaten erfordert eine globale Steuerung (*global governance*), die letztlich imperiale Züge annimmt.

Wie Dani Rodrik schon früh gezeigt hat, ging die Globalisierung zu weit. Sie hat zu einem Trilemma zwischen Nationalstaat, Demokratie und wirtschaftlicher Integration geführt. Diese drei sind nicht alle gleichzeitig zu erreichen, sodass eines geopfert werden muss, wenn man die anderen beiden erhalten will. Nationale demokratische Souveränität ist mit der Globalisierung nicht vereinbar.

Der Prozess imperialer Hyperglobalisierung ist sowohl ökonomisch wie politisch ins Stocken geraten. Wirtschaftlich stagniert seit der Finanzkrise die lange gewachsene Internationalisierung (gemessen am Verhältnis von Welthandelsvolumen oder von Kapitalflüssen zum globalen Bruttoinlandsprodukt). Politisch

sind weitere imperiale Regelungsprojekte gescheitert, wie etwa die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft TTIP und das Multilaterale Investitionsabkommen MAI. Die Welthandelsorganisation wurde durch die USA (Trump) blockiert.

Die oft gepriesene *global governance* ist eine technokratische Utopie, die Herrschaft und Interessen hinter scheinbar sachlogischen Entscheidungen „unabhängiger“ Fachleute zu verstecken sucht. Sie sei auch deshalb vorzuziehen, wenn nicht „alternativlos“, da die zu steuernden Systeme von so hoher Komplexität seien, dass man sie nicht demokratischen Prozessen überlassen dürfe und könne. Die letzte Version ist die Übergabe der wirtschaftspolitischen Steuerung an die demokratisch nicht kontrollierten Zentralbanken, die mit ihrer expansiven Geldpolitik das gescheiterte neoliberale Wachstumsmodell retten sollen.

Auch ein liberales Imperium muss letztlich erfolglos bleiben, weil die Kosten seiner Durchsetzung die erzielbaren Gewinne übersteigen. Die Peripherien sind immer weniger bereit sich unterzuordnen und die Bevölkerung der imperialen Zentren ist immer weniger bereit, die Kosten zur Aufrechterhaltung der globalen Ordnung zu tragen. Corona ist das jüngste deutliche Beispiel für die immer wieder verleugneten Kosten der Globalisierung. Die Pandemie hat eine Krise ausgelöst, deren Kosten die Staaten in eine Finanzkrise stürzen.

Die EU – ein zum Scheitern verurteiltes Imperium

Die EU ist das am weitesten fortgeschrittene Modell supranationaler Staatlichkeit. Aber sie hat die Diversität von Werten und Interessen ihrer Mitgliedsgesellschaften unterschätzt. Die verschiedenen Erweiterungen und Vertiefungen angesichts neuer Herausforderungen (Globalisierung, Zusammenbruch des sozialistischen Ostblocks, Finanzkrise, Flüchtlingskrise, Corona) haben zu Spannungen geführt, die kaum zu bewältigen sind.

Dramatisch war und ist der Konflikt zwischen dem nördlichen Zentrum und der südlichen Peripherie, der sich in der Eurokrise zugespitzt hat. In ihr wurde der imperiale Anspruch des Zentrums sichtbar. Demokratische Willensäußerungen der südlichen Gesellschaften wurden ignoriert und durch zentrale Vorgaben ersetzt. Gewählte Regierungen in Italien und Griechenland mussten EU-hörigen Technokraten weichen. Imperien können (und müssen) ihnen freundlich gesinnte nationale Eliten an der Macht halten, indem sie ihnen dazu nötige Ressourcen bereitstellen. Aber das in der EU dazu notwendige Ausmaß überfordert die Bereitschaft und Fähigkeit des Zentrums, vor allem Deutschlands.

Eine mögliche Strategie, die diversen Mitgliedstaaten zur Aufgabe von Souveränität zu bewegen, wäre eine gemeinsame Sicherheitspolitik gegen äußere Bedrohungen. Aber das Projekt einer europäischen Armee muss an den unterschiedlichen nationalen strategischen Interessen scheitern.

Frankreich blickt vor allem auf Nordafrika und die islamistische Gefahr und will die volle Kontrolle über seine Nuklearwaffen behalten. Deutschland und noch mehr die für Deutschland wichtigen Länder Mitteleuropas sehen dagegen eher Russland als Gegner.

Die gespannten Beziehungen zwischen Zentrum (Deutschland und Frankreich) und Peripherie könnten auch durch Solidarität geheilt werden. Aber vor allem in der Währungsunion zeigen sich deren Grenzen. Unzufriedenheit und Widerstand wachsen in der Peripherie angesichts der Forderungen des Zentrums nach finanzieller Konsolidierung und damit verbundenen Reformen (häufig sozialen Einschnitten) als Preis für Hilfen.

Die in der Coronakrise getroffenen Maßnahmen des „Wiederaufbauprogramms“ mit (vorher immer abgelehnten) gemeinsamen Schulden und Steuern werden die EU langfristig nicht retten. Letztlich ist der Umfang der Mittel zu gering, wenn man sie auf Länder und die siebenjährige Laufzeit umrechnet, und die zeitliche Dauer beschränkt. Die Währungsunion bräuchte aber, wie die Beispiele Ostdeutschland und Mezzogiorno zeigen, dauerhafte Transfers in Höhe von vier Prozent des Bruttoinlandsprodukts, um ein Auseinanderdriften auch nur aufzuhalten.

Ausweg nach unten: Kooperative Kleinstaaterei

Die Hyperglobalisierung und ihre neoliberale Steuerung sind ökonomisch

und politisch gescheitert. Schon jetzt breiten sich Protektionismus und Wirtschaftsnationalismus aus, um bedrohte einheimische Arbeitsplätze zu schützen und die Versorgung mit lebenswichtigen Gütern abzusichern. Die Pandemie hat diesen Prozess beschleunigt. Der Aufstieg Chinas hat die amerikanische Hegemonie beendet, deren Macht die alte marktliberale Ordnung garantiert hat.

Generell lassen sich komplexe Systeme wie die Weltwirtschaft besser regulieren, wenn sie in Subsysteme zerlegt sind und deren Koppelung beschränkt ist. So hat die von Keynes inspirierte alte Weltwirtschaftsordnung von Bretton Woods (1945–1972) Kapitalverkehrskontrollen vorgesehen.

Die Vorzüge kleiner und mittlerer Staaten, deren Zahl zunimmt, werden deutlicher. Sie sind wirtschaftlich erfolgreicher und sozial gerechter. Außerdem sind sie demokratischer, da in ihnen politische Prozesse überschaubarer sind und die dann gefassten Entscheidungen dank des größeren äußeren Handlungsspielraums auch umsetzbar sind. So kann die kapitalistische Wirtschaft wieder politisch und gesellschaftlich eingebettet werden.

Auch ein System zahlreicher kleiner und mittlerer Staaten ist in der Lage, globale Gemeinschaftsgüter (z. B. Klimaschutz) zu produzieren. Es bedarf dazu keines Machtwords einer imperialen Führungsmacht. Vielmehr kann und sollte man mehr auf gesellschaftliche Moralvorstellungen als auf „rationale“ staatliche Nutzenkalküle

vertrauen. Ohnehin war die alte, liberale internationale Ordnung nicht wirklich regelbasiert. Die USA behielten (und behalten) sich immer vor, Regeln zu missachten, die ihre Souveränität und Interessen zu sehr verletzen.

buch | votum

Streecks Buch ist der wohl bisher gewichtigste deutsche Beitrag zur Debatte, wie Ziele der sozialen Demokratie angesichts von Globalisierung, europäischer Marktintegration und jahrzehntelanger neoliberaler Politik erreicht werden sollen. Allerdings vertritt der Autor eine in dieser Diskussion relativ extreme Position, die sich in abgeschwächter Form z.B. auch bei Michael Bröning in dessen Buch „Lob der Nation“ findet, während andere Autor_innen wie Gesine Schwan in ihrem Buch „Politik trotz Globalisierung“ die gleiche Problematik mit weniger radikalen Mitteln lösen wollen.

Insbesondere Streecks EU-Skepsis und die damit verbundenen Rückbauforderungen reiben sich mit der sozialdemokratischen Programmatik. Die von ihm zurecht kritisierte übergreifende Sparpolitik in der Eurokrise und einseitige Marktintegration versuchen mehr proeuropäische Autor_innen (z. B. Björn Hacker in seinem Buch „Weniger Markt, mehr Politik. Europa rehabilitieren“) auf weniger nationalistischen Wegen zu korrigieren – ganz zu schweigen von Befürworter_innen einer Abschaffung der Nationalstaaten und einer europäischen Republik (Ulrike Guérot).

Umstritten werden auch Streecks analytische Befunde eines Scheiterns der Globalisierung und Europas bleiben – unabhängig von seinen politischen Zielen. Aber er hat eine beeindruckende Fülle empirischer und theoretischer Belege für seine Thesen zusammengetragen, auch wenn jüngste Entwicklungen (nach Abschluss seines Manuskripts) einige Prognosen (z. B. andauernde Deflation) schon widerlegt haben. Aber der Kern seiner Analyse belegt, wie notwendig eine intensive Debatte über mögliche Auswege aus der offensichtlichen Krise ist. Streecks Thesen bleiben dazu ein wichtiger Ausgangspunkt.

03

—

Wirtschaft

Wir können auch anders. Aufbruch in die Welt von morgen. Von Maja Göpel.

Kernaussagen

Wir Menschen können uns viel leichter ändern, als wir denken. Schon kleine Anstöße, richtig ausgewählt, haben das Potenzial, dass immer mehr Menschen mitmachen wollen und eine gute digitale und ökologische Transformation möglich wird.



Damit jeder Mensch ganz konkret daran teilhaben kann, müssen wir unser Denken grundlegend ändern. Statt der Analyse einzelner Probleme gilt es, Systeme als Ganzes zu betrachten und den Horizont für deren Transformation stets im Blick zu halten. Auf diese Weise können wir an einem neuen Wirtschaften arbeiten, ganz ohne ideologische Debatte über Kapitalismus oder andere Ismen.

Von Maja Göpel, erschienen 2022 im Ullstein Verlag, Berlin. Kurzgefasst und eingeordnet von Carsten Schwäbe*.

buch | essenzen

Einordnung aus Sicht der Sozialen Demokratie

Progressives Denken ist voraussetzungsvoll und doch unumgänglich für gelingende Transformationen in Zeiten, die mit ökologischen und sozialen Krisen mehr denn je nach Änderungen schreien. Maja Göpel hilft dabei, unser Denken über Wirtschaft und Gesellschaft auf Transformation umzustellen, ohne dabei eine politische Agenda konkret zu formulieren. Sie schafft es, Konzepte der Transformationsforschung wie einen Persönlichkeitsratgeber zum Selbstlernen zu veranschaulichen.



buch | autorin

Maja Göpel ist Medienwirtin und promovierte Politökonomin, Transformationsforscherin und Nachhaltigkeitsexpertin. Drei Jahre war sie Generalsekretärin des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung „Globale Umweltveränderungen“ und danach Wissenschaftliche Direktorin am The New Institute in Hamburg. An der Leuphana Universität Lüneburg hat sie eine Honorarprofessur für Nachhaltigkeitstransformationen inne.

buch | inhalt

Auf mehr als 300 Seiten gibt Maja Göpel einen Überblick über die wichtigsten Einsichten der Transformationsforschung und wie sie uns dabei helfen können, unser alltägliches Leben und Wirtschaften transformativ zu durchdenken. Das Buch gliedert sich in drei Teile, die den Leitfragen folgen, wie wir eine komplexe Welt verändern können, wo wir ansetzen müssen, um transformative Ziele erreichen zu können und wer eigentlich Veränderungen anschieben kann.

Wir müssen Systeme als komplex begreifen.

Unser Problembewusstsein ist geprägt von dem Gedanken, dass wir Probleme auf ihre spezifischen Details hin verfolgen können und daraufhin genau das tun könnten, was das Problem beseitigt. Dieses reduktive Denken ist fehlgeleitet, wenn wir über Transformationen

* Carsten Schwäbe hat Volkswirtschaftslehre und Politikwissenschaft studiert und arbeitet als Wissenschaftler im Bereich der Innovationsforschung an der Freien Universität Berlin.

denken. Eine komplexe Welt zu verändern, braucht systemisches Denken, da schon kleinste Veränderungen den Charakter des ganzen Systems verändern können.

In einem Experiment mit zwei an sich gleich strukturierten Seen mit großen Friedfischpopulationen und hoher Algenkonzentration in Michigan konnten zwei Forscher nur durch das Aussetzen von 42 Barschen in zwei Jahren die Population der Friedfische dezimieren. Dadurch stieg die Zahl der Wasserflöhe, die von den Fischen gefressen wurden, zunächst rasant an, bis diese wiederum alle Algen verbrauchten und deren Population wieder stark abnahm. Zum Schluss konnten die Forscher einen klaren, algenfreien See voller Barsche beobachten, während der benachbarte See weiterhin voller Algen und Friedfischen blieb. Schon eine kleine Veränderung wie das Hinzusetzen von Barschen hat das ganze Ökosystem kippen lassen.

Dies zeigt nicht nur, wie wenig manchmal nötig ist, um große Wirkungen zu entfalten. Es zeigt auch, dass wir ein System erst komplett begreifen müssen, um zielgerichtete Handlungsoptionen eröffnen zu können. Und selbst dann sollten wir stets mit unerwarteten Nebenwirkungen rechnen und darauf reagieren können.

„Unsere Wirklichkeit ist in komplexen Systemen strukturiert, die in sich, aber auch untereinander vernetzt sind. Wenn wir, statt Symptome zu bekämpfen, zu nachhaltigen Veränderungen gelangen wollen, können

wir in diesen Systemen deshalb nicht nur einzelne Teile auswechseln. Wir müssen Zusammenhänge verstehen. Startpunkt ist die Klärung, welches Problem denn eigentlich gelöst werden soll und welche Gestalt es hat.“

Übertragen wir das Beispiel der Seen auf unsere Gegenwart, so sehen wir, dass wir mitten in einem Transformationsprozess stecken. Der menschengemachte Klimawandel verändert unser Ökosystem. Wir bemerken mehr Extremwetterereignisse, steigende Meeresspiegel, mehr Dürren und höhere Temperaturen. Wohin uns diese Transformation führt und inwiefern wir in der Lage sind, diesen Prozess zu dämpfen oder umzukehren, das wissen wir noch nicht. Derzeit befinden wir uns in einer Phase des Übergangs, Interregnum, wie Antonio Gramsci sagen würde, in dem das Alte stirbt, ohne dass das Neue geboren werden kann.

Kipppunkte bezeichnen genau den Moment, in dem Systeme kippen, sich bedeutend verändern. Die Kipppunkte unserer Umwelt, wie etwa abschmelzende Polkappen, sollten wir dringendst vermeiden. In Gesellschaften können wir jedoch Kipppunkte dazu nutzen, um Veränderungen zu beschleunigen.

Ein typisches Beispiel wurde in einem Video auf dem Musikfestival Sasquatch! in den USA festgehalten: Ein junger Mann tanzt allein vor sich hin, während alle anderen herumliegen. Nach einiger Zeit gesellen sich immer mehr Menschen dazu, bis irgendwann

alle gemeinsam tanzen. Manchmal reicht nur ein Vorbild, damit Menschen ein Verhalten nachahmen, mitmachen und aktiv eine Veränderung herbeiführen wollen. Diese gesellschaftlichen Kippunkte sind es, die Transformationen herbeiführen können, mit denen wir den Klimawandel angehen können.

Wir müssen die Bestimmung von Systemen verändern.

Blicken wir auf den aktuellen Stand der Nachhaltigkeitstransformation unserer Welt, so sehen wir, dass – positiv formuliert – noch viel zu tun ist. Es gibt Widerstände, ob gegen ein Tempolimit, einen reduzierten Fleischkonsum oder weniger Räume für Autos in den Innenstädten. Auch hier hilft systemisches Denken, um zu begreifen, woher diese Widerstände kommen. Systeme existieren nicht einfach ohne Grund, sondern haben stets eine Bestimmung, ein Ziel, einen Zweck, um den herum die Akteure des Systems sich versammeln und zusammenarbeiten.

Autoindustrie und Straßenverkehrssysteme zum Beispiel wollen individuelle Mobilität für alle ermöglichen. Prinzipiell kein schlechtes Ziel, aber es hat sich gezeigt, dass es mit Emissionsreduktionszielen und der städtischen Raumplanung in Konflikt steht. Immer mehr Autos im immer enger werdenden städtischen Raum machen den Verkehr langsamer und Mobilität schwieriger.

In Paris hat die sozialistische Bürgermeisterin Anne Hidalgo zunächst an den Zielen

angesetzt, um das Mobilitätssystem zu transformieren: Im Wissen, dass ein intelligenter Umstieg auf alternative Verkehrsmittel das Mobilitätssystem für alle deutlich verbessert, rief sie in ihrem Wahlprogramm das Ziel der „15-Minuten-Stadt“ aus. Alle Menschen in Paris sollen in der Lage sein, alles – vom Arztbesuch über den Arbeitsplatz bis zu Kino oder Fitnessstudio – in einer Viertelstunde erreichen zu können, ganz ohne Auto. Mit diesem Ziel überzeugte sie die Pariser nicht nur, sie zu wählen, sondern auch radikale Maßnahmen zu ergreifen: Schnellstraßen wurden gesperrt und Parks mit Fahrradstraßen angelegt. Öffentliche Parkplätze wurden in Grünflächen umgewandelt und öffentliche Verkehrsmittel gestärkt. Es gilt fast in der ganzen Stadt Tempo 30 und Straßen werden so sehr verkleinert, dass nicht mal Überholen möglich ist.

Neue Ziele, eine Mission als Geschichte der Transformation und der Verweis auf bessere Alternativen lassen die Leute den Blick nach vorne wenden, statt nach hinten, sodass das Loslassen nicht mehr so schwerfällt. In Berlin hingegen wird eine Begrenzung des automobilen Verkehrs mit dem Verweis auf die Einschränkung von Handlungsfreiheiten nicht verfolgt.

„Menschen sind sinn-suchende und kooperierende Wesen. Ihre Gesellschaften gründen auf Geschichten, mit denen sie die Welt entwerfen und erklären und ihre Entscheidungen treffen und begründen. Geraten die Geschichten ins

Wanken, verändern sich ganze Systeme, die um sie herum entstanden sind. Wichtig ist in diesen Zeiten, klare Prioritäten zu setzen und neue Geschichten zu finden, die uns Orientierung für das Wünschenswerte und Mögliche geben, Sinn verleihen und ansteckend sind.“

Wir müssen nicht nur Technologien schaffen, sondern unser Verhältnis zu ihnen im Fokus behalten.

Technologien sind für uns die Mittel, Transformationen mit Leichtigkeit herbeizuführen. Wie sie das machen und welche Nachteile das mit sich bringen könnte, interessiert viele nicht. Wir leben nach dem „Device-Paradigma“:

„Güter und Dienstleistungen werden in einer »nicht belastenden Art« angeboten, indem die Abläufe, die zu ihrer Bereitstellung notwendig sind, dem menschlichen Auge entzogen werden. Und damit auch dem Wahrnehmen und möglicherweise dem Verstehen.“

Demgegenüber stellt Göpel das „Fokus-Paradigma“, bei dem die ökologischen und sozialen Konsequenzen von Technologien mit im Fokus der Nutzung einer Technologie stehen. Indem wir verstehen wollen, was mit uns und unserer

Umwelt passiert, wenn wir Technologien nutzen, schaffen wir die Voraussetzung dafür, dass technologischer mit sozialem und ökologischem Fortschritt zusammengedacht wird. Deswegen ist es wichtig, die Gestaltung von Technologien nicht nur einem Wettbewerb oder gar großen, monopolistischen Akteuren wie Amazon oder Facebook zu überlassen.

„Gesunde und agile Systeme bestehen aus einer Vielzahl von Teilsystemen, die diverse Lösungen für übergeordnete Fragestellungen finden. Geht es in Teilsystemen allerdings primär um die Verdrängung anderer, verrutscht der kooperative Wettbewerb in eskalierende Konkurrenz. Sind Oligopole erst einmal entstanden, kann der Trend schnell zu extremen Ergebnissen und mangelnder Gestaltungsfreiheit führen: Selbst wer Amazon kritisch sieht, kommt beim Verkauf der eigenen Güter kaum an der Plattform vorbei und befeuert so den Trend weiter. Als Ausweg kommt eine einseitige Abrüstung infrage oder eine verordnete Neuausrichtung auf die übergeordnete Fragestellung durch verbesserte Regeln.“

Wir müssen Prozesse vom Ende her denken:

„Transformation by design, not disaster“.

Um Probleme einer Transformation nicht erst dann anzugehen, wenn sie bereits eingetreten sind, schlägt die Transformationsforschung einen vierstufigen Lernprozess vor, der für Individuen genauso wie für Unternehmen oder Gesellschaften funktioniert.

Im ersten Schritt holt man das ganze System in den Diskursraum. Mit allen relevanten Akteuren wird gesprochen, alle Teilsysteme werden betrachtet. Schnelle Analysen und Entscheidungen sind hier fehl am Platz. Im zweiten Schritt soll eine Übereinkunft darüber getroffen, wo es hingehen soll, welche Ziele eine Transformation erreichen soll, um identifizierte Probleme zu lösen. Hier ist es wichtig, eine Mission zu formulieren, hinter der sich alle gemeinsam versammeln können – inklusive der damit verbundenen Erfolgsindikatoren. Im dritten Schritt gilt es ein ganzes Portfolio an konkreten Maßnahmen zu entwickeln und umzusetzen, mit dem alle Akteure des Systems auf die gemeinsame Mission hinarbeiten können. In dieser Phase öffnet sich ein Möglichkeitsraum, indem mit vielfältigen Ansätzen experimentiert wird.

„Komplexe Systeme brauchen den Tanz und die Interaktion, oft über bestehende Abteilungen oder Institutionen hinweg, und

nicht das stoische Abarbeiten von fixierten Plänen.“

Schließlich, im vierten Schritt, müssen erfolgreiche Ansätze verbreitet und verstetigt werden. Mal müssen neue Lösungen direkt umgesetzt und hochskaliert werden, mal gelten Lösungen aber lediglich für bestimmte Einheiten innerhalb eines Systems und sollten auch nur dort ermöglicht werden. Die Führungsebene spielt hier eine wichtige Rolle dabei, das Neue zu begrüßen und das Alte auch zu verabschieden. Um eine Harmonie der Hierarchien zu erreichen, muss die obere Hierarchieebene dazu bereit sein, den unteren Ebenen bei Transformationen zu dienen, ihnen Raum für Veränderung zu schaffen.

„Organisationen sind Ausdruck einer bestimmten Zielsetzung zu einem bestimmten Zeitpunkt. [...] Organisationen verstetigen Denkmuster und Abläufe und halten Entwicklungen auf einem bestimmten Kurs. Wenn es ihnen wichtiger wird, sich selbst zu erhalten, anstatt sich gemeinsam fortzuentwickeln, entstehen für alle unbefriedigende Ergebnisse. Will man diese Falle nicht über Macht auflösen, hilft eine neue Mission, die den Akteuren erlaubt, aus ihren begrenzten Logiken auszubrechen und neue Pfade und Kooperationsmuster zu erkunden.“

buch | votum

Maja Göpel gibt einen inspirierenden Überblick über die Transformationsforschung und wie sie unser Denken am Arbeitsplatz, zu Hause, aber auch politisch so verändern kann, dass wir Transformationen aktiver angehen können. Mit vielen positiven Beispielen zeigt sie auf, dass wir in der Lage sind, uns zu verändern. Damit motiviert sie die Lesenden, sich aktiver mit Technologien, Organisationen und dem gemeinsamen Leben und Wirtschaften auseinanderzusetzen und das als Chance auf ein besseres Leben zu ergreifen.

Interessanterweise benennt Göpel eine Vielzahl der Nachteile unseres real existierenden kapitalistischen Wirtschaftssystems. Wachstum sollte nicht mehr das einzige Ziel von Wirtschaft und Gesellschaft sein, mehr noch: Das Wachstumsziel ist Teil des Problems der Ausbeutung von Ressourcen und Menschen. Die Stärkung von Fähigkeiten von Gesellschaft und Umwelt, neue Formen des Vermögens im wörtlichen Sinn, stellt jedoch eine Abkehr von bisherigen kapitalistischen Logiken dar.

Mit ihrer Forderung, demokratische Prozesse und das Experimentieren auf unterschiedlichsten Ebenen aktiv zu stärken, betont sie, dass wir extreme Wettbewerbssituationen, wie sie der jetzige Kapitalismus verfolgt, zugunsten kooperativer Verhaltensmuster überwinden müssen. Nicht mehr nur Gewinnstreben, sondern Ziele und Missionen sollten unser Wirtschaften und unser Zusammenleben bestimmen. Und doch bleibt sie, wenn es um

unser Wirtschaftssystem geht, bemerkenswert defensiv:

„Und müssen wir dann nicht den Kapitalismus abschaffen? So sehr ich die Frage verstehe [...], ich finde sie in diesem Zusammenhang nachrangig. Fangen wir damit an, uns von den Fessel zu befreien, die uns all die Ismen auferlegen. Begriffe, die oft nicht mehr als Schlagworte sind, hinter denen sich die einen verschanzen und die anderen aufbauen, die Fronten markieren, aber selten als Brücke taugen.“

Vielleicht schafft sie damit einen Möglichkeitsraum, in dem neu gedacht werden kann, auch von denen, die Kapitalismus positiver sehen.

Die Utopie des Sozialismus. Kompass für eine Nachhaltigkeits- revolution. Von Klaus Dörre.



Kernaussagen

Die ökologische Frage ist eine zentrale Frage unserer Zeit. Sie tritt neben die Frage nach der Gestaltung des Verhältnisses von Kapital und Arbeit. Um gesellschaftliche Wirkmacht zu erlangen, müssen sich Arbeiter_innen und Klimabewegung verbinden und die Auseinandersetzungen um gesellschaftliche Transformation als gemeinsamen Kampf verstehen. Als verbindendes politisch-ideologisches Element bietet sich die Bezugnahme auf die Utopie eines ökologisch inspirierten Sozialismus an.

Von Michael J. Sandel, erschienen 2020 im S. Fischer Verlag, Frankfurt. Kurzgefasst und eingeordnet von Thilo Scholle*.

buch | essenz

Einordnung aus Sicht der Sozialen Demokratie

Verbindungen zwischen Arbeiter_innen- und Umweltbewegung existieren seit den Anfängen beider Bewegungen im 19. Jahrhundert. Zugleich werden in manchen aktuellen Debatten Zielkonflikte zwischen dem Erhalt und der Schaffung von Arbeitsplätzen und der notwendigen ökologischen Transformation der bestehenden Industriegesellschaft postuliert.

Für die Entwicklung eines gemeinsamen politisch-ideologischen Bezugsrahmens ist es von Bedeutung, den Anspruch an die Gestaltung einer modernen und solidarischen Arbeitsgesellschaft und den Anspruch an die Gestaltung der ökologischen Transformation nicht als Gegensätze zu diskutieren.

Mit dem vorliegenden Band unternimmt Klaus Dörre den anspruchsvollen Versuch, aus einer Sichtung der Theoriegeschichte insbesondere der sozialdemokratischen Arbeiter_innenbewegung das aktualisierte Leitbild eines nachhaltigen Sozialismus zu entwerfen. Damit leistet der Band nicht nur einen Beitrag zur Verständigung von Arbeiter_innen- und Umweltbewegung, sondern bietet auch Bausteine für die Aktualisierung einer Theorie der Sozialen Demokratie.

buch | autor

Klaus Dörre wurde 1957 in Volkmarshausen-Külte geboren. Nach einem sozialwissenschaftlichen Studium und einer Promotion an der Universität Marburg folgte im Jahr 2002 die Habilitation an der Universität Göttingen. Seit dem Jahr 2005 ist Dörre Professor für Arbeits-, Industrie- und Wirtschaftssoziologie an der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Dörre vertritt das Konzept einer „öffentlichen Soziologie“, deren Aufgabe es auch ist, ihre Erkenntnisse in gesellschaftliche Debatten einfließen zu lassen. Dörre gehörte mit Hartmut Rosa und Stephan Lessenich zu den Initiatoren des Sonderforschungsbereichs „Postwachstumsgesellschaften“ an der Uni Jena.

buch | inhalt

Das Buch gliedert sich in elf Kapitel, denen eine Einführung vorangestellt ist. Abgeschlossen wird der Band durch ein Schlusskapitel. Gewidmet ist der Band

*Thilo Scholle ist Jurist und arbeitet als Referent in der Denkfabrik Digitale Arbeitsgesellschaft des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales.



dem 200. Geburtstag von Friedrich Engels sowie all denjenigen, die sich aktuell in der Klimabewegung engagieren. Damit versucht schon die Widmung die Verbindung zwischen hergebrachten theoretischen Ansätzen und neuen politischen Gestaltungsfragen zu unterstreichen.

Zur Einführung, Selbstverortung eingeschlossen

Klimapolitisch ist eine „Nachhaltigkeitsrevolution“ geboten. Ob dies im bestehenden Kapitalismus gelingen kann, ist unwahrscheinlich. Studentische Veranstaltungen in Leipzig und Jena ließen spüren, „dass ein ökologisch inspirierter Sozialismus zu einer höchst lebendigen Praxis werden kann“. Voraussetzung sind neue politische Allianzen, die einen „*labour turn*“ der Klimabewegung und zugleich einen *climate turn* von Gewerkschaften und anderen arbeitsorientierten Akteuren anstreben“. In der etablierten politischen Linken ist diese neue Entwicklung bislang kaum angekommen – auch deshalb, weil viele Akteure von ihrem „Hang zu vermeintlich absoluten Wahrheiten, zu Sektierertum und Selbstzerfleischung“ bislang noch nicht abgelassen haben.

Zudem regiert eine „Hermeneutik des Verdachts“: Wer andeutet, dass „die imaginäre Revolte der radikalen Rechten“ auch etwas mit sozialen Verwerfungen zu tun habe, werde sogleich mit dem Vorwurf der Rassismusverharmlosung konfrontiert, während umgekehrt Forderungen nach einem offenen Migrationsregime gegen Sorgen der „einfachen Leute“ ausgespielt werden.

„Bei den Auseinandersetzungen um den ökologischen Gesellschaftskonflikt verhält es sich ähnlich. Üben sich die einen in der Kritik einer imperialen Lebensweise, die Herrschende und Beherrschte reicher Gesellschaften Beutegemeinschaften zur Ausplünderung ärmerer Länder zurechnet, verschanzen sich die anderen hinter den Grenzen nationaler Wohlfahrtstaaten, weil sie annehmen, dass Politik zugunsten der Benachteiligten nur innerhalb dieser Arena möglich sei. Zwischentöne sind da nur Krampf im gegenseitigen Abwertungskampf.“

Die Coronapandemie mit ihren sozialen Verwerfungen hat für die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse einen Stoß extremer Heftigkeit ausgelöst. Was fehlt, ist eine glaubwürdige Alternative.

„Der Anspruch, von der Utopie zur Wissenschaft geworden zu sein, hat zur Verknöcherung des Sozialismus, zu falschen Versprechungen, herrschaftlichen Totalitätsansprüchen und dort, wo er zum System erstarrt war, letztlich zu dessen Zusammenbruch geführt. Heute muss der Sozialismus sich wieder als attraktive Utopie bewähren, um überhaupt gesellschaftlich

und politisch Wirkung erzielen zu können.“

Dabei geht es nicht um die Beschreibung fertiger Gesellschaftmodelle, sondern um die Begründung von Koordinaten für eine ökologisch-sozialistische Transformation. Normative Prämisse ist, dass Freiheit immer auch die Freiheit des Andersdenkenden ist. Modischen Abgesängen auf die parlamentarische Demokratie ist kritisch zu begegnen.

I. Visionen: „Pandemie stoppt Klimawandel!“

Von den Erfolgen bei der Bekämpfung der Coronapandemie angespornt, einigten sich die Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen im Jahr 2021 darauf, die klimaschädlichen Emissionen binnen zehn Jahren auf null zu senken. Die Erfolge der 2021 eingeleiteten Nachhaltigkeitsrevolution sind durchschlagend – schon im ersten Jahr wurden die Klimaziele übererfüllt. Dieses Bild – ergänzt um weitere Elemente einer solidarischen Wirtschafts- und Arbeitsorganisation sowie des persönlichen Zusammenlebens – ist keine Beschreibung des aktuellen Zustands. Es zeigt die Konturen einer möglichen nächsten Gesellschaft.

II. Begriffe: Radikaler Humanismus, Postwachstum, Neosozialismus?

Mit Blick auf die historischen Belastungen des Begriffs Sozialismus plädieren manche Kommentatoren für neue

Begriffe, Paul Mason etwa für einen „radikalen Humanismus“. Demgegenüber gilt es, die höchst widersprüchliche Geschichte des Sozialismus zu reflektieren und den Begriff mit neuem Inhalt zu füllen. Dies ist vor allem deshalb wichtig, weil sich zentrale Forderungen der Klimabewegung sonst nicht mit Leben füllen lassen werden.

So sind die Kernforderungen von *De-growth-Bewegungen* zwar sinnvoll, wenn es um die Verteilungsfrage geht.

„Ohne genauere inhaltliche Festlegungen bleibt die Postwachstumsperspektive derart diffus, dass sie für nahezu alles und jedes benutzt werden kann.“

Entscheidend ist nicht nur, wie verteilt wird, sondern vor allem, wie produziert wird. Der Neoliberalismus hat vorgemacht, wie ein *Revival* einer Theorie funktionieren kann. Es gibt keinen Grund, warum dem Sozialismus nicht Ähnliches gelingen kann.

III. Heuristik: Sozialismus – von der Wissenschaft zur Utopie

Ein Rückgriff auf Marx und Engels ist durchaus möglich. Auch mit Bezug auf ihre Schriften lässt sich Sozialismus nicht nur als „unabänderliches Endziel, das im Gang der Geschichte bereits angelegt wäre“ definieren:

„Was Sozialismus sein kann oder sein soll, ändert sich mit der Entwicklung der kapitalistischen Formation und den Gegenbewegungen, die sie hervorbringt. (...) So wie die Gesellschaft stetem Wandel unterliegt, muss sich auch die Rezeptur, müssen sich Ziele, Organisationsformen und Wege des Sozialismus verändern, um systemische Herrschafts- und Ausbeutungsmechanismen erfolgreich zu überwinden.“

IV. Diagnose:

Landnahme, Zangenkrise

Einen „reinen“ Kapitalismus gibt es nicht. Kapitalistische Entwicklung ist immer eine komplexe Innen-Außen-Bewegung. Die kapitalistischen Formationen eingeschriebene expansive Dynamik beinhaltet stets die Okkupation eines bislang nicht oder nicht vollständig kommodifizierten Außen.

„Kapitalistische Landnahmen beruhen somit auf einem Expansionsparadoxon. Der Kapitalismus muss sich ausdehnen, um zu existieren und seine Funktionsmechanismen zu reproduzieren. Dabei zerstört er im Zuge der Ausdehnung von Marktbeziehungen allmählich, was er für seine eigene Reproduktion benötigt. Je erfolgreicher die

Akkumulations-, Wachstums- und Kommodifizierungsmaschine arbeitet, desto wirkungsvoller untergräbt sie die Selbstreproduktionsfähigkeit sozialer und natürlicher Ressourcen, ohne die moderne kapitalistische Gesellschaften nicht überlebensfähig sind.“

Zangenkrise besagt vor diesem Hintergrund, dass Generierung von Wirtschaftswachstum als zentralem Element des Kapitalismus mit Status-quo-Bedingungen von hoher Ressourcen- und Energieintensität ökologisch zunehmend destruktiv und damit gesellschaftszerstörend wirkt.

V. Gründe: Warum

nachhaltiger Sozialismus?

Das aktuelle wirtschaftliche System lässt sich immer stärker als Postwachstums-Kapitalismus fassen. Dieses umfasst etwa eine Verlagerung des Wachstumspols von den frühindustrialisierten Ländern in Schwellenländer.

„Die Anlage überschüssigen Geldkapitals im Finanzsektor und die Bereitschaft zu hochspekulativen Geschäften verstärken stagnative Tendenzen, erhöhen die Krisenanfälligkeit der Wirtschaft und tragen dazu bei, dass selbst in reichen Wohlfahrtsstaaten 10 bis 15 Prozent der Bevölkerung nahezu vollständig aus geschützter Erwerbsarbeit und kollektiven

Sicherungssystemen herausfallen.“

Zudem ist der Postwachstums-Kapitalismus „Geburtshelfer eines mehrdimensionalen sozial-ökologischen Verteilungskonflikts, der nicht nur zwischen Arm und Reich, sondern zwischen Industriestaaten und globalem Süden, zwischen Zentrum und Peripherie ausgetragen wird“. Ohnmachtserfahrungen in mehrdimensionalen Verteilungskonflikten können dazu beitragen, dass diese nicht mehr an Klasseninteressen aufbrechen, sondern eine völlig anders gelagerte Dynamik annehmen. Die Vermehrung von Produktion und Konsum haben zudem das Destruktionspotenzial der Produktivkräfte enorm anschwellen lassen.

VI. Nachhaltigkeit: Eine neue Rechtfertigungsordnung

Welche normativen Grundlagen kommen für eine nachhaltige und sozialistische Politik infrage? Die *Sustainable Development Goals* (SDGs) der Vereinten Nationen können hier die Grundlage bilden. Wichtig ist zudem: Demokratische Verfahren und Institutionen besitzen einen Eigenwert. Vorstellungen, auf autoritäre Maßnahmen zurückzugreifen, um den Klimawandel zu bekämpfen sind abzulehnen. Zugleich muss Demokratie ihre Leistungsfähigkeit dadurch unter Beweis stellen, dass eine Wende zur Nachhaltigkeit mittels Bevölkerungsmehrheiten tatsächlich auch gelingt.

VII. Fundamente: Konturen nachhaltig sozialistischer Gesellschaften

Positive Gegenentwürfe zum Kapitalismus müssen mehr umfassen als einige Grundprinzipien.

„Nach der Implosion der staatsbürokratischen Sozialismen und dem Niedergang der europäischen Sozialdemokratien darf das Projekt eines nachhaltigen Sozialismus inhaltlich nicht mehr leer bleiben, weil nur so ausgeschlossen werden kann, dass sich lediglich wiederholt, was schon einmal gescheitert ist.“

Alle müssen wissen, worauf sie sich einlassen, wenn vom Sozialismus der Zukunft die Rede ist.

Das Fundament bilden „transformative Rechtsverhältnisse, die Nachhaltigkeitszielen einen Verfassungsrang geben; kollektives Selbsteigentum an und in großen Unternehmen; kooperative Marktwirtschaft mit kleineren Unternehmen; die Eckpfeiler von Wirtschaftsdemokratie; Produktionsweisen mit langlebigen Gütern; ein neues Verhältnis von Markt und Plan sowie Nachhaltigkeits- und Transformationsräte als Innovationen im politischen System“.

„Vom Kapitalismus unterscheidet sie vor allem, dass anstelle des Gewinnstrebens soziale Bedürfnisse,

Kooperation, kollektives Lernen und solidarische Sozialbeziehungen die Dynamik bestimmen. Diese Bewegungsform entsteht bereits unter kapitalistischen Bedingungen. Sie bricht sich überall dort Bahn, wo Strategien sozialistischer Handlungsfähigkeit ökonomische Kapitalmacht einschränken.“

VIII. Produktivkräfte: Digitaler Sozialismus?

Eine Einführung des Begriffs Sozialismus mit digitaler Technik wird eher zum Problem.

„Das Internet und seine infrastrukturellen Voraussetzungen gehören in die Hände demokratischer Zivilgesellschaften. Vor dem Zugriff durch oligopolitische Konzerne muss es ebenso geschützt werden wie vor der Willkür unkontrollierter staatlicher Macht.“

IX. Effizienz: Demokratische Planung, humane Arbeit, befreites Leben

Eine Forderung kann sein, eine „bedingungslose Grundzeit“ für alle zu institutionalisieren, das Recht, für eine bestimmte Zeit aus dem Arbeitsprozess auszuschneiden oder die Arbeitszeit zu verkürzen. Damit lässt sich auch ein Einstieg in die sukzessive Aufhebung gesellschaft-

licher Arbeitsteilung bewerkstelligen.

Digitale Infrastruktur muss demokratische Koordination und Planung unterstützen, „deren wichtigste Funktion darin besteht, positive wie negative Externalitäten in die Preisbildung und die ökonomischen Anreizsysteme zu integrieren. Weil so Krisen und die Verschwendung von Ressourcen vermieden werden können, handelt es sich bei demokratischer Koordination um soziale Mechanismen, die den in kapitalistischen Marktwirtschaften verfügbaren allemal überlegen sind“.

X. Katastrophen: Sozialismus oder Pandemie

Anders als von manchen angenommen, ist Kapitalismus nicht in erster Linie Mentalität und Ideologie, die sich einfach überwinden lässt, wenn man es nur genug will. Ein utopischer Überschuss ist wichtig, reicht aber nicht.

„Zu prüfen ist, wie die Pandemie auf Gesellschaften wirkt, was sie für die Durchsetzung von Nachhaltigkeitszielen und die Überwindung der Zangenkrise bedeutet, wie der Coronastaat agiert und auf welche Weise das Seuchenmanagement sozialistische Handlungsfähigkeit beeinflusst.“

Die Ableitung eines „Ökoleni- nismus“, wie von manchen Autoren propagiert, ist falsch. Der Staat ist in der Lage, verbindliche Maßstäbe zu definieren, die

für die Gesellschaft einen Wahrheitsgehalt besitzen und Verständigung ermöglichen.

XI. Übergänge: Nachhaltiger Sozialismus jetzt!

Die Transformation ist bereits an vielen Stellen im Gange, es gilt ihr eine nachhaltig sozialistische Richtung zu geben. Hier gilt es, an aktuelle Kämpfe anzuschließen – beispielsweise gemeinsam mit Gewerkschaften nach möglichst kostengünstiger öffentlicher Mobilität. Auch der Bezug auf Projekte wie etwa einen globalen *Green New Deal* erscheint möglich. Die Polarisierung zwischen Klassen- und Identitätspolitik ist zu überwinden.

Zum Schluss: Sozialismus im Handgemenge

Die Verwirklichung der Utopie des Sozialismus wird auf demokratischem Wege, aber nicht ohne erhebliche und intensive politische Auseinandersetzungen gelingen können. Offensichtlich ist, dass es um grundsätzliche gesellschaftliche Macht- und Herrschaftsfragen geht.

buch | votum

Klaus Dörre hat ein hochinteressantes Buch geschrieben. Dabei schafft er es zum einen, unter den Schlacken der Geschichte des 20. Jahrhunderts Elemente sozialistischen Denkens mit großem Aktualisierungspotenzial plausibel herauszuarbeiten. Zugleich spricht er einen blinden Fleck vieler aktueller Ansätze an, die

Umwelt- und Nachhaltigkeitsfragen in das Zentrum politischer Transformationsforderungen stellen: Für die Bewältigung der Klimakrise ist die Frage zentral, welche Rolle das bestehende Wirtschaftssystem spielt und welche gesellschaftlichen Kräfte mobilisiert werden müssen, um Veränderungen auch durchsetzen zu können.

Gerade vor diesem Hintergrund zeichnet diesen Band besonders aus, dass hier anders als bei vielen anderen Vorschlägen *labour turn* und *climate turn* tatsächlich ernsthaft zusammengedacht werden und Arbeitsgesellschaft und Umwelt nicht gegeneinander ausgespielt werden. Zudem hält Dörre sich nicht lange mit einer rein moralischen Kritik am Bestehenden auf, sondern versucht, einen sozio-ökonomischen Analyserahmen zu entwickeln. Vor diesem Hintergrund ist die „Utopie des Sozialismus“ auch hier nicht als vollständig ausgemalte Vision einer zukünftigen Gesellschaft, sondern vor allem als ein Bezugsrahmen zu verstehen, der einige zentrale ethische und analytische Parameter herausarbeitet. Gefüllt wird dieser Rahmen zudem mit konkreten Beispielen und Ansätzen, im Hier und Jetzt mit der Gestaltung von Transformationsprozessen zu beginnen. Der Band ist damit ein spannender und mit dem Bezug auf eine „Utopie des Sozialismus“ durchaus mutiger Debattenbeitrag zu einer der großen gesellschaftlichen Fragen unserer Zeit.

Tod aus Verzweiflung. Der Untergang der amerikanischen Arbeiterklasse und das Ende des amerikanischen Traums. Von Anne Case und Angus Deaton.

Kernaussagen

In den USA nehmen nicht nur Ungleichheit und Armut zu. Trotz wirtschaftlichen Wachstums fällt seit einigen Jahren die Lebenserwartung, während sie in anderen Industrienationen weiter steigt. Ein Blick in die Statistik zeigt, dass diese Entwicklung im Wesentlichen durch eine stark gestiegene Sterblichkeit der weißen Männer aus der Arbeiterklasse erklärbar ist. Hohe Selbstmordraten, der Missbrauch von Medikamenten, Alkohol und Drogen sowie körperliche und seelische Probleme führten zu einer Vielzahl von Toden aus Verzweiflung.



Armut und Ungleichheit greifen als Erklärung zu kurz. Denn genauso wie Tode aus Verzweiflung sind Armut und Ungleichheit die Resultate viel grundsätzlicherer Mechanismen des amerikanischen Kapitalismus. Der schrankenlose Wettbewerb am Arbeitsmarkt führt zu Ausbeutung. Globale Unternehmensverlagerungen zerstören die ökonomische Basis ganzer Regionen. Und das teure aber von Lobbyinteressen geprägte Gesundheitssystem steuert nur wenig gegen diese Entwicklung.

Von Anne Case und Angus Deaton, erschienen 2022 im Plassen Verlag, Kulmbach (Originaltitel: Deaths of Despair and the Future of Capitalism (2020). Princeton University Press). Kurzgefasst und eingeordnet von Carsten Schwäbe*.

University. Case beschäftigt sich mit den Auswirkungen makroökonomischer Entwicklungen auf die Gesundheit der Menschen. Deaton ist Träger des Wirtschaftsnobelpreises 2015 und beschäftigt sich mit der Analyse des Konsumverhaltens von Haushalten, insbesondere von Armen und Arbeitern, und den damit verbundenen Auswirkungen auf Armut und Gesundheit.

buch | essenz

Einordnung aus Sicht der Sozialen Demokratie

Der Blick auf den Zustand der USA zeigt, dass Kapitalismus nicht zwingend mehr Wohlstand für alle bedeuten muss. Zwar lässt sich eine solch massive Zunahme der Tode aus Verzweiflung für Deutschland nicht belegen. Aber das Gefühl, ökonomisch und sozial abgehängt zu werden, gibt es durchaus und erklärt die Wahl der AfD an vielen Orten der Republik. Für die Soziale Demokratie gibt das Buch Hinweise darauf, dass der Blick auf Statistiken über Armut, Verteilung und Arbeitsplätze allein nicht ausreicht, um die soziale Lage zu begreifen. Regionaler Strukturwandel und echte Beteiligung an wirtschaftlichem Wohlstand müssen sozial organisiert werden, um gegenzusteuern und Entwicklungen wie in den USA zu verhindern.

buch | autor_innen

Anne Case und Angus Deaton sind emeritierte Wirtschaftswissenschaftler mit einer Professur an der Princeton

buch | kapitel

Die Statistik über die ökonomische, soziale und gesundheitliche Situation der Amerikaner spricht eine klare Sprache: Die durchschnittliche Lebenserwartung in den USA sinkt, obwohl es Wirtschaftswachstum gab und in anderen westlichen Industrienationen die Lebenserwartung weiter steigt. Blickt man auf die Ursachen, fällt ein Muster auf: Die weiße Arbeiterklasse der USA weist seit den 1990er-Jahren einen erheblichen Anstieg der Tode aus Verzweiflung auf.



* Carsten Schwäbe hat Volkswirtschaftslehre und Politikwissenschaft studiert und arbeitet als Wissenschaftler im Bereich der Innovationsforschung an der Freien Universität Berlin.

Sie stellen die Ursache dafür dar, dass in der Statistik die durchschnittliche Lebenserwartung sinkt. Was aber sind Tode aus Verzweiflung?

„Es waren nicht genügend Selbstmorde, um diesen Umschwung bei den Todeszahlen zu erklären. Wir blickten auf die Ursachen, die wohl verantwortlich sind. Zu unserer Überraschung stehen unabsichtliche Vergiftungen für ein großen Teil der Story.

Wie kann das sein? [...] In unserer damaligen Unwissenheit wussten wir nicht, dass unabsichtliche Vergiftungen die Kategorie waren, die Überdosen von Medikamenten und Drogen enthielt, und dass es eine Epidemie der Tode durch Opiode gibt, die bereits etabliert ist und noch stärker ansteigt. Tode durch alkoholische Leberkrankheiten waren auch stark angestiegen [...]. Diese Todesarten werden sich alle selbst zugefügt, mal schnell mit einer Pistole, mal langsamer und weniger sicher mit einer Drogenabhängigkeit und noch langsamer durch Alkohol.

Wir kamen dazu, diese ‚Tode aus Verzweiflung‘ zu nennen [...]. Welche genaue Art

der Verzweiflung vorliegt, ob ökonomisch, sozial oder psychologisch, wussten wir nicht [...]. Aber der Name trifft es und dieses Buch widmet sich der tiefen Erforschung dieser Verzweiflung.“

Was treibt die Epidemie der Tode aus Verzweiflung an?

Ein wichtiger Anhaltspunkt stellt die Ausbildung dar. Tode aus Verzweiflung treten häufiger unter den Menschen in den USA auf, die über keinen Universitätsabschluss verfügen. Allerdings sind in dieser Gruppe Männer deutlich stärker betroffen als Frauen. Außerdem trifft die Epidemie, also der starke Anstieg der Tode aus Verzweiflung, vor allem weiße Männer. Während es im Vergleich zu weißen Männern mit Universitätsabschluss keinen Anstieg gab, verzeichnet die Gruppe ohne diesen Abschluss ab den Jahrgängen 1955 und jünger eine kontinuierlich steigende Rate der Verzweiflungstode. Schwarze Menschen ohne Universitätsabschluss haben lange Zeit keinen vergleichbaren Anstieg dieser Tode erlebt, auch wenn die Raten deutlich höher gegenüber den Vergleichsgruppen weißer Menschen lagen. Allerdings steigen seit Beginn der 2010er-Jahre die Verzweiflungstode in dieser Gruppe ebenfalls deutlich an, so dass künftig auch schwarze und andere Gruppen jenseits der weißen Arbeiterklasse von der Epidemie der Tode aus Verzweiflung getroffen werden können.

Blickt man auf die gesundheitliche Situation, erkennt man erste Ursachen für die Epidemie der Verzweiflungstode. Bei weißen Männern ohne Universitätsabschluss im Alter zwischen 20 und 60 Jahren stiegen die gesundheitlichen Probleme deutlich an. Bei der Gruppe mit diesem Abschluss kommen gesundheitliche Probleme nicht nur deutlich seltener vor, sie steigen auch nicht. Ein ähnliches Bild ergibt sich bei der Entwicklung mentalen Stresses, von dem ebenfalls vor allem weiße Männer mittleren Alters und ohne Universitätsabschluss betroffen sind. Warum führen Krankheiten zu Toden aus Verzweiflung? Körperliche und mentale Probleme hindern Menschen daran, ihrer Arbeit nachzugehen und sich mit anderen Menschen in ihrer Freizeit zu treffen.

„Etwas macht das Leben schlechter, gerade für weniger gebildete Weiße. Wichtige Fähigkeiten, die das Leben lebenswert machen, wurden entwertet, einschließlich der Fähigkeit zu arbeiten oder der Fähigkeit, das Leben mit anderen zu genießen. Schwerer mentaler Stress steigt. Natürlich erleben viel mehr Menschen diese Verschlechterung ihrer Lebensqualität als jene, die dann sterben. Aber die Verschlechterung ist mit Sicherheit der Hintergrund für die Tode.“

Körperliche Schmerzen stellen einen weiteren Indikator des Wohlbefindens

dar. In einer Befragung zwischen 2008 und 2017 traten Schmerzen unter weißen Amerikanern ohne Universitätsabschluss deutlich häufiger auf im Vergleich zur gebildeteren Gruppe. Während für die Gebildeten und Vergleichsgruppen aus dem Ausland die Schmerzkurve mit zunehmendem Alter ansteigt, erfährt die Schmerzkurve in der Gruppe der Weißen ohne Universitätsabschluss einen Höhepunkt bei der Häufigkeit von Schmerzen etwa im 60. Lebensjahr. Ältere in dieser Gruppe erfahren Schmerzen im Vergleich wieder seltener, obwohl eigentlich mit dem Alter Schmerzen steigen sollten, selbst wenn durch die Rente körperlich harte Arbeit wegfällt.

Es hat offensichtlich einen starken Anstieg der Schmerzen in der Gruppe der 30- bis 60-jährigen weniger gebildeten Weißen gegeben. Eine Erklärung hierfür könnte die Zunahme von Fettleibigkeit und den damit verbundenen körperlichen Beschwerden sein, aber diese reicht für die Stärke des Befundes nicht aus. Vielmehr spielt der Arbeitsmarkt eine Rolle, allerdings weniger durch die Zunahme körperlich anstrengender Arbeit in dieser Gruppe. Lohninbußen und Verlust des sozialen Status in dieser Gruppe werden statistisch als Ursache für Schmerzen erfasst.

Dieser Zusammenhang kann auch mit der Zunahme von Selbstmorden, Drogen- und Alkoholkonsum begründet werden. Weiße Amerikaner mittleren Alters und ohne Universitätsabschluss sind nicht nur prinzipiell stärker suizidgefährdet, auch die Selbstmordrate ist seit dem Jahr 2000

nochmals deutlich angestiegen. Alkoholkonsum ist zwar häufiger in der Gruppe der Gebildeten zu beobachten, aber starkes Trinken tritt wesentlich mehr in der Gruppe ohne Universitätsabschluss auf und hat im Zeitverlauf deutlich zugenommen. Schließlich stellt der Missbrauch von Medikamenten und Drogen die größte und am stärksten wachsende Ursache der Tode aus Verzweiflung dar.

Armut, Einkommen und die große Rezession als schwache Erklärungen

Oftmals werden Armut oder Ungleichheit als Ursache für Tode aus Verzweiflung genannt. Doch der Wirkungszusammenhang ist komplizierter.

„Tode aus Verzweiflung und Einkommensungleichheit sind tatsächlich stark miteinander verbunden, aber nicht so, wie oft argumentiert wird, mit einem einfachen kausalen Pfeil von Ungleichheit zu Tod. Stattdessen sind es tiefere Kräfte der Macht, Politik und des sozialen Wandels, die die Epidemie und die extreme Ungleichheit verursachen. Ungleichheit und Tod sind die gemeinsamen Konsequenzen dieser Kräfte, die die weiße Arbeitsklasse zerstören.“

So sind die Tode aus Verzweiflung nicht direkt dort konzentriert, wo es in den USA besonders hohe Armutsquoten

gibt. Zudem kann eine hohe Rate der Drogenabhängigkeit durch besondere regionale Umstände erklärt werden. Auch Ungleichheit ist verbunden mit dem Anstieg der Verzweiflungstode, aber ähnlich allgemein und ohne tiefere Erklärungszusammenhänge wie bei Armutsquoten. Wenn der weißen Arbeiterklasse statt Aufstiegsmöglichkeiten in Wachstumszeiten keine Chancen in einer sich schneller technologisch und global verändernden Welt gegeben werden, steigen die Probleme deutlich an. Die Rezession ab 2008 kann ebenfalls nicht als größere Ursache gedeutet werden, weil sie nicht den Anstieg der Tode aus Verzweiflung seit den 1990er-Jahren erklärt.

Welche Kräfte führen wirklich zur Epidemie der Tode aus Verzweiflung?

Viel spricht dafür, dass es der Kapitalismus als Wirtschaftssystem ist, der zwar zu beträchtlichem Wohlstand geführt hat, nun aber auch die Epidemie der Tode aus Verzweiflung verstärkt. Erklärungen lassen sich besser aus der Lebenswirklichkeit der betroffenen weißen Arbeiterklasse ableiten. Arbeit hat sich für Menschen ohne Universitätsabschluss stark verändert. Oftmals arbeiten Leih- und Zeitarbeiter nicht mehr im gleichen Unternehmen wie die Chefs und die Stammebelegschaft, sodass Begegnungen kaum noch stattfinden und akademisch und nicht akademisch Gebildete als Gruppen sich immer mehr voneinander entfernen. Das mag ökonomisch effizient sein, aber nicht sozialverträglich.

Ebenso wirkt sich der Verlust an Privilegien für die weiße Arbeiterklasse gegenüber der schwarzen Bevölkerung aus. Denn zunehmende Konkurrenz erzeugt mehr Druck und Wettbewerb um gute Arbeitsplätze. Und diese gute Arbeit ist zunehmend durch prekäre Arbeit ersetzt worden, sei es durch Automatisierung und Strukturwandel oder zunehmenden Druck auf jeden Einzelnen am Arbeitsmarkt der Mittelklasse. Deswegen sind niedrige Arbeitslosenzahlen kein Ausweg aus der Epidemie der Tode aus Verzweiflung, denn die Statistik erfasst nicht, wie viele Jobs in Wirklichkeit schlecht bezahlt sind, Menschen ausbeuten und damit unter körperlichen und seelischen Stress setzen.

Darüber hinaus wirkt sich die regionale Deindustrialisierung besonders negativ aus, weil kollektive Abstiegs Erfahrungen die Verzweiflung über die berufliche und private Lage stark vergrößern, wenn Unternehmen ins Ausland verlagert werden und dadurch Regionen Wirtschaftskraft und auch soziale Infrastruktur verlieren. Aus diesem Grund erklären nicht Armutsquoten an sich eine Zunahme der Tode aus Verzweiflung, sondern Abstiegs Erfahrungen von ehemals entwickelten Regionen, selbst wenn diese die Armutsquoten anderer Regionen nicht erreicht haben.

Auch das Gesundheitssystem der USA bedingt die Epidemie der Tode aus Verzweiflung. Es ist keineswegs von Wettbewerb geprägt, sondern von kapitalistischen Großunternehmen, die mittels Lobbying ihre Interessen leicht, aber wirksam durchsetzen können. Als Resultat ist durch die

hohen Kosten das Verhältnis zu den Gesundheitsausgaben der USA daher im internationalen Ländervergleich besonders schlecht. Wegen der schlechten Gesundheitsversorgung fehlt Hilfe bei gesundheitlichen Problemen. Stattdessen wird Medikamentenmissbrauch vergünstigt und damit auch der Tod aus Verzweiflung.

buch | votum

Case und Deaton räumen auf mit den einfachen Erklärungen für die negativen Auswirkungen von Kapitalismus und richten den Blick auf das Wesentliche. Tode aus Verzweiflung stellen dabei den traurigen Höhepunkt der Entwicklung dar, die ein selbstzerstörerischer Wettbewerb am Arbeitsmarkt, globale Verlagerungen von Unternehmen oder Lobbymacht in der öffentlichen Gesundheitsversorgung verursachen. Armut und Verteilungsgerechtigkeit sind nicht die Ursachen, sondern ebenfalls Auswirkungen dieser Fehlentwicklungen im Wirtschaftssystem.

Das Buch bietet für Interessierte an Zahlen und Statistiken ganz hervorragende Ausarbeitungen, Grafiken und verständliche Erklärungen – auch über die Grenzen der Belastbarkeit von Daten hinaus. Für die USA werden verschiedene politische Maßnahmen diskutiert, die zwar nicht auf den Kontext europäischer Wohlfahrtsstaaten anwendbar sind, aber die prekäre politische Situation in den USA aufzeigen.

Auch wenn das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung feststellt, dass eine ver-

gleichbare Entwicklung von Toden aus Verzweiflung für Deutschland nicht stattfindet, sollten wir von der Analyse des Buches lernen – zumal zum Beispiel Großbritannien bei der Lebenserwartung und anderen Indikatoren bereits einen ähnlichen Pfad einschlägt. Unzufriedenheit und das Gefühl, abgehängt zu werden, existieren auch in Deutschland und bedingen die Wahl der AfD. Ebenso gibt es Verwerfungen am Arbeitsmarkt durch schlechte (schlecht bezahlte?) Arbeit. Auch Erfahrungen mit Strukturwandel wie in Ostdeutschland oder in westlichen Industrieregionen haben zu Enttäuschung und wirtschaftlichen Fehlentwicklungen in Regionen beigetragen, was dort merklich zu einem Stimmenzuwachs für die AfD geführt hat.

Für die Soziale Demokratie war daher die kritische Aufarbeitung der Hartz-Reformen am Arbeitsmarkt ein wichtiger Baustein, um stärker gegenzusteuern. Wirtschaftlicher und psychologischer Stress stellen kein legitimes Forderung um Mitwirkung dar, sondern verursachen viele gesundheitliche Probleme bis hin zum Tod aus Verzweiflung. Angesichts der noch kommenden Transformationsaufgaben durch Digitalisierung und Nachhaltigkeit wird der Umgang mit Arbeitslosigkeit und Strukturwandel eine zentrale Aufgabe sein.

Menschen dabei mitzunehmen bedeutet, ihnen den Druck, sich zu verändern, nicht einfach in Gänze aufzuerlegen. Eine soziale und demokratische Arbeitspolitik muss den Fokus auf echte, langfristig orientierte Weiterbildung richten statt auf eine schnelle Eingliederung am Arbeitsmarkt.

Das erfordert eine statussichernde Förderung des Erwerbs einer neuen Ausbildung über mehrere Jahre.

Es ist bemerkenswert, dass sich die neue Ampelregierung eine solche Arbeitsmarktreform zum Ziel gesetzt hat. Es bleibt aber noch abzuwarten, ob die Umsetzung stark genug dafür ist, Ängsten vor Veränderung und Unzufriedenheit mit staatlichen Institutionen zu begegnen, die auch durch die bisherigen Regelungen am Arbeitsmarkt herrühren.

04

—

Arbeit

Verkannte Leistungsträger:innen. Berichte aus der Klassengesellschaft. Von Nicole Mayer-Ahuja / Oliver Nachtwey [Hrsg.].



Kernaussagen

Die Pandemie hat sie sichtbar werden lassen – diejenigen, die systemrelevante Arbeit leisten, also in den Bereichen der Sorgearbeit, der Gesundheit, der Versorgung mit Lebensmitteln und Waren, der Hygiene und Mobilität tätig sind. Systemrelevanz ist allerdings nicht automatisch mit akzeptablen Arbeitsbedingungen verknüpft – im Gegenteil: Die Autor_innen machen mit ihren Berichten und Porträts deutlich, dass Beschäftigte in diesen Bereichen großen körperlichen, mentalen und / oder emotionalen Belastungen ausgesetzt sind, finanziell meist schlecht entlohnt werden und ihre Arbeit nur wenig gesellschaftlich anerkannt ist. Daran scheint auch die Pandemie nur wenig zu verändern.

Von Nicole Mayer-Ahuja / Oliver Nachtwey [Hrsg.], erschienen 2021 im Suhrkamp Verlag, Berlin. Kurzgefasst und eingeordnet von Anne-Kathrin Weber*.

hierfür in vielen Erwerbsbiografien ebenfalls eine zentrale Rolle. Dies gilt allerdings für diejenigen Arbeitnehmer_innen, die über einen entsprechenden arbeitsrechtlichen Status und damit über verbürgte Rechte verfügen.

buch | essenzen

Einordnung aus Sicht der Sozialen Demokratie

Sowohl in der Eigen- als auch in der Fremdwahrnehmung bilden diese „verkannten Leistungsträger:innen“ eine eigene Klasse, die deutlich gegenüber einer anderen abgegrenzt ist, nämlich derjenigen der „Entscheider_innen“. An diese richten sich die Erwartungen der Beschäftigten in den prekären systemrelevanten Berufen, die Arbeits- und Lebensbedingungen substantiell zu verbessern – eine Mammutaufgabe, die zum Kern sozialdemokratischer Agenden gehört. Die Gewerkschaften spielen

buch | herausgeber_innen

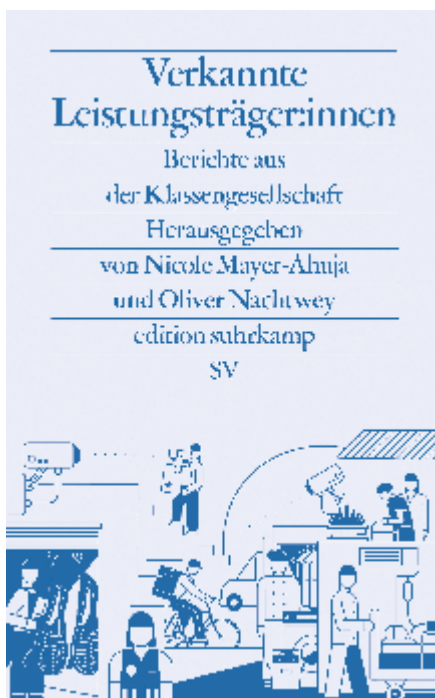
Nicole Mayer-Ahuja ist Professorin für Soziologie von Arbeit, Unternehmen und Wirtschaft an der Georg-August-Universität Göttingen. Oliver Nachtwey ist Professor für Sozialstrukturanalyse an der Universität Basel.

buch | inhalt

Die Beschäftigten aus Deutschland und der Schweiz, deren Biografien und Arbeitsbedingungen in 22 Berichten porträtiert werden, arbeiten unter anderem in Kindertagesstätten, in Krankenhauswäschereien, in der 24-Stunden-Pflege, in Restaurants, der Landwirtschaft oder für Onlineplattformen.

Alle diese Tätigkeiten sind unverzichtbar dafür, dass Grundbedürfnisse in unserer Gesellschaft befriedigt werden. Trotzdem werden die Menschen, die diese Tätigkeiten ausüben, oft schlecht entlohnt, prekär beschäftigt, körperlich, mental und emotional ausgebeutet und gesellschaftlich wenig bis gar nicht anerkannt. Deshalb sind sie „verkannte Leistungsträger:innen“. Sie befinden sich am unteren Ende einer

* Anne-Kathrin Weber ist promovierte Politikwissenschaftlerin, freie Journalistin und Rezensentin.



Gesellschaft, die weiterhin in Klassen segmentiert ist. Daran hat auch die plötzliche – allerdings überwiegend nur verbale – Aufwertung der Systemrelevanz mit Beginn der Covid-19-Pandemie bislang nichts oder nicht viel geändert – und wenn, dann auch nicht unbedingt zum Besseren:

„Die neue Einsicht in die Systemrelevanz der Tätigkeiten [...] diente hingegen vor allem als Argument dafür, den Zugriff auf die nun als unverzichtbar geltende Arbeitskraft auszuweiten.“

Es ist daher angebracht, kritisch darüber nachzudenken, was gegenwärtig unter gesellschaftlicher „Leistung“ verstanden wird und welche Folgen diese Klassifizierung für das Individuum und die Gesellschaft als ganze hat. Denn im Zuge der umfassenden Neoliberalisierung nahezu aller Lebensbereiche wurden einzelne Tätigkeiten massiv aufgewertet – das Managen, das Führen von Unternehmen, das Beraten –, andere hingegen kontinuierlich abgewertet. In einer Klassengesellschaft, die auf kapitalistischen Grundsätzen beruht, ist dieser Wandel von fundamentaler Bedeutung. Sowohl die „Verteilung von Lebenschancen, Reichtum und Macht“ als auch die „Rechtfertigung sozialer Ungleichheiten“ hängen nämlich von der Klassenzugehörigkeit ab – mit gravierenden Folgen für die Betroffenen:

„Die Realität der Ungleichheit führt zu einer Vielzahl von Erschütterungen:

in Bezug darauf, wie man sich selbst sieht, was man in seinem Leben erreichen und wie man tagtäglich die eigene Würde bewahren kann, wenn man beständig Leistung auf hohem Niveau erbringt, ohne die entsprechende Wertschätzung zu erfahren.“

Dieses Spannungsverhältnis spiegelt sich auch in der Einstellung der „verkannten Leistungsträger:innen“ zur eigenen Arbeit wieder, das zwischen den Polen selbstausbeuterischen Engagements und „innerem Exil“ angesiedelt ist. Aus vielen der Berichte geht hervor, dass sich die Beschäftigten auf Kosten der eigenen Gesundheit einbringen:

„Die gesundheitlichen Belastungen verschärfen den Personalmangel, wodurch sich wiederum die Arbeitsbedingungen verschlechtern – ein Teufelskreis.“

Aber nicht nur die Beschäftigten leiden unter dieser Entwicklung: So können Kinder in Kindertagesstätten manchmal nur noch verwahrt statt qualitativ hochwertig betreut werden. Auch bleibt Pflegenden kaum mehr Zeit und Raum, die emotionalen Bedürfnisse von älteren Menschen in ihrer (Akkord-)Arbeit zu berücksichtigen.

In anderen systemrelevanten Bereichen wie in der Warenlogistik hat die Digitalisierung zwar einige Tätigkeiten körperlich einfacher gemacht. Allerdings fühlen sich

einige der Beschäftigten damit aber auch zunehmend intellektuell unterfordert.

Die Beschäftigten in all diesen Bereichen sind sich zumeist über die eigene prekäre Lage durchaus im Klaren. In einigen Fällen ist ein ausgeprägtes Klassenbewusstsein erkennbar, das entweder in gewerkschaftliches Engagement mündet oder, so zeigt ein Interview mit einem Beschäftigten im Online-Handel, rechtspopulistischem Gedankengut Aufwind gibt. Hier sind gravierende Konflikte auch innerhalb von Belegschaften zu erwarten, denn viele der „verkannten Leistungsträger:innen“ haben Migrationserfahrung.

Migrationserfahrung und Geschlecht

Die Tätigkeiten der „verkannten Leistungsträger:innen“ sind traditionell weiblich konnotiert und dementsprechend schlecht entlohnt. An ihnen zeigt sich auch, wie intersektional soziale Ungleichheit zunehmend angelegt ist und wie sich multiple Diskriminierungsfaktoren verstärken: Frauen mit Migrationserfahrung sind demnach besonders von Prekarität und Ausbeutung betroffen. Das gilt insbesondere für die häusliche Pflege, die viele Frauen aus dem Ausland leisten.

Zeit für sich selbst bleibt in solchen Arbeitsverhältnissen oft keine – soziale Isolationserfahrungen sind daher keine Seltenheit. Diese betreffen insbesondere auch Menschen, die aufgrund fehlender Sprachkenntnisse, mangelnder Anerkennung voriger Berufserfahrungen im Ausland

und/oder illegal in Deutschland oder der Schweiz in prekären Verhältnissen beschäftigt sind.

Viele dieser Migrant_innen sind händeringend auf eine Beschäftigung angewiesen. Das erzeugt großen inneren und äußeren Druck und führt dazu, dass die eigene Arbeitskraft quasi beliebig ausgenutzt werden kann. Auch paralyisiert die permanente Sorge, dass der Arbeitsplatz beispielsweise aufgrund willkürlicher Kündigungen wegfällt – die Beschäftigten fühlen sich außerstande, ihr Leben nach ihren eigenen Wünschen gestalten zu können.

Klasse und Geschlecht beeinflussen bereits die Berufswahl nachhaltig. Letztere Kategorie gilt insbesondere für Tätigkeiten, die in den Bereich der Sorgearbeit fallen und für die der Umgang mit eigenen und fremden Emotionen maßgeblich ist.

Emotionen und Emotionsarbeit

Während bei einigen „verkannten Leistungsträger:innen“ das Gefühl von Entfremdung am Arbeitsplatz deutlich wird, ist das Gros der Beschäftigten stolz auf die eigene Arbeit. Sie empfinden „Freude am und die Leidenschaft für den Beruf“. Sie wissen um die gesellschaftliche Relevanz, die ihre Tätigkeit aufweist, und wünschen sich daher auch größere Anerkennung von und Respekt vor ihrer Arbeit.

In der Sorgearbeit und im Gesundheitssektor spielen Emotionen dahingehend eine

entscheidende Rolle. Denn mit eigener emotionaler Erfüllung kompensieren die Sorgearbeitenden ganz bewusst die mangelnde gesellschaftliche Anerkennung ihrer Arbeit. Auch das eigene Selbstbild ist an diesen ‚emotionalen Lohn‘ geknüpft – ein Selbstbild, das auch dazu führen kann, dass sich weder die Beschäftigten selbst noch andere für bessere Arbeitsbedingungen in diesen Berufen einsetzen.

Zum anderen ist die Fähigkeit, mit eigenen und fremden Emotionen gezielt umzugehen, eine ökonomische Ressource, die ausbeutbar ist. Sorgearbeitende leisten dabei oft weit über das vertragliche Maß hinaus. Die überbordenden Anforderungen emotionaler Arbeit und Dauerverfügbarkeit führen in einigen Fällen dazu, dass sich die Beschäftigten aus Selbstschutz zunehmend von denjenigen distanzieren, für die sie sorgen. Das wiederum führt zu Schuldgefühlen bei den „verkannten Leistungsträger_innen“, die ihr – oft sehr stark ausgeprägtes – Berufsethos nicht ausleben können.

Herrschaft und Repression

Nicht nur in der Betreuung von Kindern und Pflegebedürftigen, auch in allen anderen Bereichen prekärer systemimmanenter Arbeit ist eine Verdichtung und Vervielfältigung der Aufgaben zu beobachten. Besonders im Gesundheitssektor geraten die Beschäftigten damit immer stärker unter Druck:

„Flexibilität bedeutet für sie noch öfter als bei vielen

höherqualifizierten Jobs keinen Freiheitsgewinn, sondern eine Anforderung, der sie nachkommen müssen.“

Die Beschäftigten sollen sich aber nicht nur zunehmend anpassungsfähig an mehr und neue Aufgaben zeigen – sie müssen in vielen Fällen auch hinnehmen, dass sie weniger Lohn für gleiche Arbeit erhalten oder dass sich ihr Status zum schlechteren verändert. So hat die Privatisierung von Krankenhäusern nicht nur zu einem fragwürdigen System der Abrechnung per Fallpauschalen geführt, sondern auch zu Personalkostensenkungen. In der Folge werden einstmals klinikeigene Dienstleistungen ausgegliedert.

Aber auch in anderen Branchen ist zum Zwecke der Kostenoptimierung zu beobachten, dass Arbeit an Subunternehmer_innen ausgelagert wird oder dass Arbeitnehmer_innen Betriebskosten selbst tragen müssen. Einmaliger und systematischer Lohnbetrug sind ebenfalls keine Seltenheit und betreffen insbesondere diejenigen, die irregulär und jenseits von verbürgten Arbeitnehmer_innenrechten beschäftigt sind. Häufig verstoßen Arbeitgeber_innen auch gegen Arbeitsschutzgesetze.

Außerdem kontrollieren viele Vorgesetzte ihre Angestellten – allerdings zunehmend digital. Gerade in der Tätigkeit für Dienstleistungsplattformen werden umfassend Daten über die Beschäftigten gesammelt, die als Belege für die vermeintliche Notwendigkeit von Repressalien herangezogen werden. Die zunehmende

Digitalisierung führt auch dazu, dass Führungspersonal kaum mehr persönlich für die Probleme seiner Mitarbeiter_innen zur Verfügung steht.

Die „verkannten Leistungsträger:innen“ reagieren auf diese Missstände auf zweierlei Weise: Einige appellieren – mal mehr, mal weniger resigniert – an „die Politik“, sich für verbesserte Arbeitsbedingungen einzusetzen. Sie verorten politische Akteur_innen am oberen Ende einer hierarchisch geordneten Gesellschaft – sich selbst hingegen am unteren. In einigen (allerdings wenigen) Fällen thematisieren die Porträtierten diese gesellschaftlichen Spannungen explizit. Sie erwarten einen „großen Knall“ und stimmen in eine „geteilte Weltdeutung des allgemeinen Niedergangs“ ein.

Im Gegensatz zu diesen Ohnmachtserfahrungen versuchen andere, die Verhältnisse aktiv zu verändern. Sowohl der Einsatz einzelner Gewerkschafter_innen als auch der Arbeitnehmer_innenvertretungen als Ganzes ist hierbei entscheidend. Eigenes Engagement, insbesondere die Bereitschaft zu streiken, ist allerdings maßgeblich an den eigenen arbeitsrechtlichen Status geknüpft: Wer über keine verbürgte Arbeitnehmer_innenrechte verfügt, will und kann nicht für eine Verbesserung der Verhältnisse eintreten.

buch | votum

Viele der im Buch porträtierten „verkannten Leistungsträger:innen“ berichten davon, dass ihr arbeitsrechtlicher Status immer brüchiger wird, dass in einigen Fällen bestehende Rechte ausgehöhlt werden und Unternehmen alle möglichen Schlupflöcher nutzen, um Kosten zu sparen – Kosten, die schlussendlich diejenigen tragen müssen, die ohnehin über wenig Ressourcen verfügen.

Das ist keine neue Erkenntnis, aber eine, die im Sammelband nachdrücklich und vor allem nahbar vermittelt wird. Das gilt auch für die viel zu hohe Arbeitsbelastung, die andauernden Existenzängste und die tiefe Erschöpfung, von denen die allermeisten Beschäftigten berichten. Noch verdeckt das ausgeprägte Arbeitsethos und Engagement der „verkannten Leistungsträger:innen“ das wahre Ausmaß dieser Missstände, denn sie fangen (noch) viele der Probleme ab, die auch die Mittelschicht zunehmend plagen – zum Beispiel die gestiegenen Anforderungen, Erwerbs- und Sorgearbeit zu „vereinbaren“. Eher früher als später wird trotzdem ein Systemkollaps drohen.

Bis dahin werden allerdings noch viele Erwerbsbiografien in systemrelevanten Arbeitsbereichen von Erschöpfung, Ausbeutung und Ohnmacht geprägt sein – Erfahrungen, die im Band auf vielfache Weise geschildert werden. Sie verdichten sich zu der entscheidenden und letztlich klassenübergreifenden Frage: Können und dürfen wir uns diese desolaten Zustände überhaupt moralisch und systemisch leisten – und wenn ja, wie lange noch?

05

—

Geschlechter- gerechtigkeit

Der verkaufte Feminismus. Wie aus einer politischen Bewegung ein profitables Label wurde. Von Beate Hausbichler.



Kernaussagen

In der Werbung, den sozialen Medien und der Popkultur wird es immer „feministischer“. Dabei handelt es sich jedoch vor allem um ein Etikett. Mit der genuin politischen Bewegung hat dieser Feminismus wenig bis gar nichts gemein, denn dieser populäre Feminismus dient vor allem als Marketinginstrument. Der Feminismus als Bewegung wird dadurch immer stärker entpolitisiert und individualisiert. Damit wächst auch der Druck auf Frauen, immer stärker am eigenen Selbst zu arbeiten, um leistungsfähig zu sein und zu bleiben.

Von Beate Hausbichler, erschienen 2021 im Residenz Verlag, Salzburg/Wien. Kurzgefasst und eingeordnet von Anne-Kathrin Weber*.

buch | autorin

Die Journalistin Beate Hausbichler leitet seit 2014 das frauenpolitische Ressort der österreichischen Tageszeitung „Der Standard“.

buch | essenz

Einordnung aus Sicht der Sozialen Demokratie

Dieser marketingtaugliche populäre Feminismus verschleiert den realen und durchaus verbesserungswürdigen Zustand des feministischen Kampfes um Gleichberechtigung und Frauenrechte, gegen Diskriminierung und Sexismus – dezidierte Kernthemen der Sozialen Demokratie. Politische Akteur_innen, die diese Forderungen ernst nehmen, dürfen sich von Lippenbekenntnissen nicht blenden lassen und den Deregulierungsversuchen nachgeben, die neoliberale Kräfte unter dem Deckmantel des Feminismus forcieren.

buch | inhalt

Seit den 2000er-Jahren ist der Feminismus immer enger mit der Popkultur und Alltagswelt verwoben.

„Es läuft gut für den Feminismus. Er taucht inzwischen auf Notizbüchern und T-Shirts als Schriftzug in goldenen Lettern und in Songtexten von Superstars auf.“

Das Problem an der Sache ist: Diese Art von Feminismus dient nicht dem eigentlichen Kampf für Frauenrechte und Gleichberechtigung und gegen Diskriminierung und Sexismus, sondern vor allem neoliberalen Akteuren und patriarchalen Strukturen. Denn der Kapitalismus hat sich Charakteristika der feministischen Bewegung angeeignet, sie „pervertiert“ und zu einem reinen Etikett degenerieren lassen. Unternehmen und bekannte Persönlichkeiten transformieren dabei zentrale Forderungen der Frauenbewegung, wie die Selbstbestimmung über den Körper sowie die finanzielle und berufliche Unabhängigkeit, in Waren. Deren Kauf preisen sie mithilfe feministischer Slogans an.

* Anne-Kathrin Weber ist promovierte Politikwissenschaftlerin, freie Journalistin und Rezensentin.



„Und die verheißungsvollen Forderungen nach Autonomie, Selbstbestimmung, Selbstermächtigung (Empowerment!) und Freiheit liefern nicht nur Produkte, sie schaffen auch einen wunderbaren Rahmen für neoliberale Praktiken, in denen die Verantwortung für sich selbst im Vordergrund steht, während staatliche soziale Netze immer löchriger werden.“

Diese Praktiken bedeuten, dass Frauen immer mehr Arbeit an sich selbst verrichten müssen, um leistungsfähig zu sein und zu bleiben – ein entgrenzter Zustand, der massiven Druck auf das Individuum erzeugt und zu kollektiver Erschöpfung führt statt zu widerständigem Handeln. An den grundlegenden Ungerechtigkeitsstrukturen hat sich deswegen trotz der Allgegenwärtigkeit feministischer Lippenbekenntnisse nur wenig geändert. Das ist kein Wunder, denn:

„Der populäre Feminismus ist qua Definition ein Feminismus, der sich vermarktet und zur Ware macht, und das raubt ihm streckenweise die Möglichkeit, gegen diese Strukturen vorzugehen – er braucht sie und profitiert von ihnen.“

Wirkliches Engagement bringt dieser „Spaß- und Glamour-Feminismus“ daher nicht hervor. Er kann zwar durchaus

wichtige Themen öffentlichkeitswirksam platzieren und damit gesamtgesellschaftliche Debatten anregen; gesetzliche Regelungen, die allen Frauen und nicht nur denjenigen einer begüterten Mittel- und Oberschicht zugutekämen, folgen daraus aber in aller Regel nicht.

„Femvertising“ und „FemWashing“

Immer mehr Unternehmen werben mittlerweile mit ihrem vermeintlichen Engagement für feministische Anliegen. Sie bieten ihre Produkte im Rahmen von Kampagnen und Bildern an, in denen oft Slogans der Frauenbewegungen genutzt und umgedeutet werden. Ziel dieses sogenannten Femwashing ist aber nicht, dabei zu helfen, feministische Forderungen durchzusetzen, sondern das jeweilige Produkt bestmöglich zu vermarkten.

Werbung kann durchaus für einige Schief lagen sensibilisieren. Dabei ist jedoch zu bedenken, dass jene Unternehmen diejenigen Geschlechterbilder und Schönheitsnormen vordergründig zu dekonstruieren vorgeben, die sie selbst an anderer Stelle maßgeblich mitgeprägt haben.

Selbst wenn die Körperbilder in der Werbung etwas diverser werden, vermitteln die Kampagnen doch weiterhin das Versprechen – und die Anforderung –, dass Frauen sich mithilfe allerlei Produkte mehr um sich selbst kümmern müssen, um glücklich zu sein. Das erzeugt zusätzlichen Druck auf Frauen und eine „Intensivierung der Arbeit am Körper“.

Dieser Druck wird durch die sogenannten Influencer_innen bestärkt, die die Produkte der Unternehmen in sozialen Medien, vor allem auf Instagram, möglichst „authentisch“ bewerben:

„Das präsentierte Speckröllchen gehört ebenso zum Gesamtprodukt auf einem Markt, in dem ‚Authentizität‘ eine Währung ist und deshalb halt auch zwischendurch mal ein Foto von einer ungeschminkten Influencer*in sein muss. Es braucht hierfür wirklich keinen feministischen Jubel, das gehört schlicht zum Geschäft.“

Auch die Produkte, die im Rahmen des sogenannten Femvertising angeboten werden, tragen nicht zu mehr Selbstermächtigung bei: Dabei werden eigens auf Frauen zugeschnittene Produkte „quasi als frauenpolitischer Akt“ verkauft. Dieses gezielte Gendermarketing für erwachsene Frauen funktioniert ganz ähnlich wie dasjenige für Kinderspielzeuge und -kleidung, wobei separate Produkte für Mädchen und Jungen angeboten werden. Bei Erwachsenen wird diese Marketingstrategie allerdings kaum thematisiert und problematisiert. In vielen Werbekampagnen wird zudem ein geschöntes und vor allem abgeschlossenes Bild der feministischen Bewegung vermittelt, wonach „die wesentlichen frauenpolitischen Kämpfe hinter uns lägen, dass wir heute zwar hin und wieder etwas geraderücken müssten, im Großen und Ganzen aber in

einer gleichberechtigten Welt angekommen wären“.

Diese Botschaft schwächt letztlich den Feminismus als politische Bewegung. Gleiches gilt, wenn sich Unternehmen öffentlichkeitswirksam zur Selbstregulierung verpflichten, zum Beispiel, wenn sie sich gegen sexistische Werbung aussprechen.

„Besser man legt sich selbst ein paar lockere Leitlinien fest, die nicht wehtun, als zu riskieren, dass der Staat mit verbindlichen Regulierungen oder sogar Strafen eingreift.“

Die Unternehmen gewinnen dadurch an Prestige, der Feminismus verliert hingegen an politischem Durchsetzungsvermögen.

(Pop-) Feminismus und (soziale) Medien

In den Medien – sowohl in den klassischen als auch in den sozialen – werden „Genderthemen“ präsentiert. Sie garantieren kontroverse Diskussionen, die die Aufmerksamkeit für das jeweilige Medium steigern. Das ist allerdings nicht immer im Sinne des Feminismus: Über einige feministische Themen muss beziehungsweise sollte gar nicht diskutiert werden, weil sie schlichtweg Fakten darstellen. Indem Redaktionen diese wieder zur Debatte stellen, steigern sie zwar ihre Auflage, schwächen aber die Sache.

Das Debattenprimat führt auch dazu, dass die Bandbreite spezifisch frauenpolitischer Themen in den Medien dennoch weiterhin stark begrenzt ist – einige Sujets werden regelmäßig bedient, beispielsweise Diskussionen rund um das Tragen des Kopftuches, andere kaum. Das gilt insbesondere für Themen, die Angehörige der BPoC- und LGBTQIA+-*communities* betreffen. Diese gewinnen zwar in bestimmten Teilen sozialer Medien zunehmend an Gewicht – in den klassischen Medien sind sie jedoch oft kaum vertreten.

Auch wenn die Trennung zwischen Feminismus online und offline in den vergangenen Jahren obsolet geworden ist und es keinen separaten „Netzfeminismus“ mehr gibt, sollte der Feminismus, der in den sozialen Medien präsentiert wird, grundsätzlich mit Skepsis betrachtet werden. Er verzerrt nämlich nicht nur den Blick auf eine gesellschaftspolitische Realität, in der feministische Forderungen weiterhin auf taube Ohren stoßen; er lässt auch leicht vergessen, dass die Strukturen der Plattformen, die für die Verbreitung feministischer Slogans genutzt werden, patriarchal und antidemokratisch angelegt sind. Auch wirken diese der gezielten Manipulation ihrer Nutzer_innen kaum entgegen:

„Soziale Medien haben eine Auswirkung auf unseren Umgang mit politischen Inhalten. Deshalb müssen wir die enge Verbindung zwischen dem populären Feminismus und sozialen Medien stärker hinterfragen.“

Außerdem verleiten soziale Medien Frauen dazu, sich zu verausgaben. Denn das Tempo der Debatten auf den jeweiligen Plattformen ist hoch – es gilt, sofort zu reagieren und immer mit knackigen und gleichzeitig durchdachten Thesen. Das erzeugt Stress:

„Es ist ein immenser Aufwand, dabei zu sein, den Anschluss nicht zu verpassen, immer mitzureden, immer Position zu beziehen.“

Auch um diesem Druck standzuhalten, wenden sich viele Frauen dem Coaching zu – ein lukrativer Markt mit dem Ziel, die individuelle Produktivität zu steigern. Sich als „feministisch“ verstehende Onlinemagazine bieten ebenfalls eine „beispielhafte Verzahnung von Feminismus, Selbstoptimierung und Karrierismus“. Damit wird der Fokus erneut auf individuelle Ressourcen statt auf gesellschaftspolitische Probleme gelenkt. Dasselbe Verdikt trifft auch auf die Darstellung weiblicher Heldinnen in TV- oder Streamingserien sowie im Film zu.

Frauennetzwerke: feministische Illusion

Als Reaktion auf die popkulturelle Umdeutung von Gleichberechtigung in das „Recht auf Karriere“ sind berufliche Frauennetzwerke entstanden, die immer beliebter werden. Das Gros dieser Initiativen ändert aber an den Missständen der systematischen Ungleichbehandlung nichts. Sie dienen zwar einzelnen Frauen

aus der Mittel- und Oberschicht in ihrem beruflichen Fortkommen, allerdings oftmals nicht denjenigen aus einem bildungsfernen Milieu oder solchen, die ländlich wohnen und/oder Familienaufgaben zu erledigen haben.

„All jenen, die wirklich nur Jobs haben und keine Karrieren, bringt diese ganze als feministisch ausgewiesene Netzwerkarbeit rein gar nichts.“

Frauenzirkel erzeugten nicht nur keinen Widerstand gegen ausbeuterische Strukturen, sondern stattdessen zusätzlichen Druck auf die Einzelne, sich selbst und ihre Karriere zu optimieren und sich dafür auszubeuten. Insofern sind die allermeisten Frauennetzwerke alles andere als genuin feministisch einzuordnen.

Hausbichler wird nicht müde zu betonen, wie apolitisch und antipolitisch dieser mediatisierte Feminismus ist und wie stark er Gefahr läuft, die Notwendigkeit politischen Engagements für Frauenrechte und Gleichberechtigung zu überdecken beziehungsweise zu marginalisieren. Zwar bietet dieser populäre Feminismus gerade jungen Menschen, die damit sozialisiert werden, einen ersten Zugang zu feministischen Anliegen und Forderungen. Er verschweigt aber, dass das erst der Anfang ist von dem, was an Arbeit und Einsatz nötig ist, um reale Ungleichheit, Diskriminierung und Sexismus zu bekämpfen.

Das Buch ist ein Manifest mit starken Thesen; es eignet es sich gut als Einstieg und für einen ersten Überblick über die Kritik am sogenannten Popfeminismus.

buch | votum

Diese dezidierte Kritik an Frauenzirkeln ist ein gutes Beispiel für die Stärke des Buches. Die Autorin dekonstruiert vermeintlich feministische Angebote und prangert eine spezifisch antifeministische Gefahr an, die im populären Feminismus angelegt ist. Vermeintliche Selbstermächtigung dient in vielen Fällen nur dazu, Frauen noch mehr Lasten aufzubürden und dabei patriarchale und neoliberale Herrschaftstechniken gekonnt zu verschleiern. Der genuin politische Feminismus wird in diesem Prozess individualisiert und seiner kollektiven Kraft beraubt.

Parität jetzt! Wider die Ungleichheit von Frauen und Männern. Eine Streitschrift. Von Rita Süßmuth.

Kernaussagen

Rita Süßmuth erklärt in ihrem Buch *Parität jetzt!*, worin die Wurzeln der gesellschaftlichen Ungleichheit von Frauen und Männern liegen und zeigt Wege für eine gleichberechtigte Zukunft auf. In den Mittelpunkt stellt sie hierfür die Veränderung politischer und rechtlicher Rahmenbedingungen, die Parität in der Politik und Gleichstellung in der Gesellschaft ermöglichen würden. Diese sollen der Abschaffung hierarchischer Rollenklischees vorausgehen und ein solidarisches Zusammenleben ermöglichen.

Zentral sind folgende Thesen:

- Zu einer Retraditionalisierung führen aktuelle Tendenzen wie zunehmender Nationalismus oder die ökonomischen und gesellschaftlichen Folgen der Coronakrise. Davon sind Frauen besonders betroffen.

Das Problem, dass Frauen noch immer einen Großteil der Sorgearbeit übernehmen und unbezahlt im Haushalt, in der Erziehung und in der Pflege arbeiten, wurde durch die Krise verfestigt.

- Die Beteiligung von Frauen an politischen Ämtern nimmt insbesondere im ländlichen Raum und in kleinen Gemeinden ab. Bisher fehlt dennoch der politische Wille, um die strukturellen Hürden für Frauen mit Instrumenten wie Paritätsgesetzen abzubauen.
- Paritätsgesetze beziehungsweise Frauenquoten sowie eine Wahlrechtsreform sind unerlässliche Schritte auf dem Weg zu gesamtgesellschaftlicher Veränderung. Diese ist nötig, um die gegenwärtigen Krisen wie den Klimawandel meistern zu können.



Von Rita Süßmuth, erschienen 2022 im Dietz Verlag J.H.W. Nachf., Bonn. Kurzgefasst und eingeordnet von Paula Schweers*.

buch | essenzen

Einordnung aus Sicht der Sozialen Demokratie

Gleichstellung ist ein zentrales programmatisches Anliegen der Sozialen Demokratie. Um diese mithilfe von Paritätsgesetzen weiter voranzutreiben, bietet Süßmuths Buch eine wertvolle Argumentationshilfe. Besonders die juristischen Ausführungen geben konkrete Handlungsempfehlungen – wie eine Anpassung des Wahlrechts –, die auch für die Debatte um Parität innerhalb der Sozialen Demokratie interessant sind.

buch | autorin

Rita Süßmuth war von 1985 bis 1988 Bundesministerin für Jugend, Familie und Gesundheit und von 1988 bis 1998 Präsidentin des Deutschen Bundestages. Die Erziehungswissenschaftlerin arbeitete zudem als Professorin an der Pädagogischen Hochschule Ruhr. Bis heute setzt sie sich in ihren gesellschaftlichen und politischen Funktionen gegen Ausgrenzung und für die Gleichstellung von Frauen und Männern ein.

buch | inhalt

Süßmuth erklärt in ihrem Buch, welche historische Basis der derzeitigen Ungleichheit zugrunde liegt. Im zweiten Teil des Buches führt sie zudem aktuelle Zahlen und Fakten rund um Gleichberechtigung auf und fokussiert sich hierbei auf die Politik, in der Frauen noch immer unterrepräsentiert sind. Im letzten Teil des Buches formuliert sie Thesen und Lösungsvorschläge, um den Weg zur Parität zu ebnen.



Historische Grundlagen

Die Vorkämpfer_innen der Frauenbewegung waren immer dann besonders erfolgreich, wenn das Recht der Frauen gegen alle Widerstände durchgesetzt, sinnvoll modifiziert und erweitert wurde. Am Beispiel des Frauenwahlrechts zeigt Süßmuth auf, wie sie unermüdlich kämpften, bis 1918 das aktive und passive Wahlrecht für Frauen gesetzlich verankert wurde. Abgeordnete wie Marie Juchacz

* Paula Schweers ist Journalistin und Autorin. Sie studierte Literarisches Schreiben am Deutschen Literaturinstitut in Leipzig und Europäische Kulturgeschichte an der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt (Oder). Derzeit wird sie beim ARTE Magazin und an der FreeTech Academy of Journalism und Technology zur Redakteurin ausgebildet.

erstritten fortan mehr Gleichberechtigung in Bereichen wie Bildung, Sozialpolitik und Wirtschaft.

Auf diesen großen Durchbruch folgte die Zeit des Nationalsozialismus, der neben Gewalt, Schrecken und Zerstörung der demokratischen Errungenschaften auch eine Retraditionalisierung der Geschlechterrollen mit sich brachte. Die Nazi-Ideologie postulierte, dass die Geschlechter jeweils spezifische Aufgaben zu erfüllen hätten. Frauen wurden aus den Feldern Politik und Wirtschaft zurückgedrängt und sollten stattdessen als Hausfrauen und Mütter dienen. Im Jahr 1933 wurde den Frauen schließlich das passive Wahlrecht abgesprochen.

Nach dem Zweiten Weltkrieg ging es somit auch um die Rückeroberung dessen, was den Frauen im Nationalsozialismus genommen worden war: Gleichberechtigung in allen Lebensbereichen. Der bedeutsame frauenpolitische Aufbruch vollzog sich zunächst durch die Gründung sogenannter Frauenausschüsse, deren Anliegen es war, Frauen zu politischem Denken und Handeln zu motivieren. Als übergeordnetes Ziel wurde eine große deutsche Frauenorganisation verfolgt. Diese Frauenverbände trugen 1949 erheblich dazu bei, dass die Verankerung von Gleichstellung im Grundgesetz durch die vier weiblichen Abgeordneten, allen voran Elisabeth Selbert, vorangetrieben wurde.

Eine wichtige Ergänzung zu Artikel 3 Absatz 2 des Grundgesetzes kam im Zuge der Wiedervereinigung zustande. Die gemeinsame

Verfassungskommission beschloss 1992 den Zusatz:

„Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.“

Der Staat und seine Organe werden somit verpflichtet, aktiv an der Verwirklichung der Gleichberechtigung zu arbeiten.

Dieser Zusatz war ein großer frauenpolitische Erfolg. Bis heute bietet er ein wichtiges Argument für Verfechter_innen von Paritätsgesetzen, die darin ein verfassungsrechtliches Gebot für den Staat sehen, strukturelle Hürden für Frauen in der Politik abzubauen.

Parität – Eine Bestandsaufnahme

Trotz aller Bemühungen der Vorkämpfer_innen ist Chancengleichheit bis heute in Deutschland nicht erreicht. Es fehlt die Veränderung struktureller Rahmenbedingungen für mehr Frauen in Führungspositionen, in der Politik und Gleichberechtigung in der Gesellschaft. Die Folgen sind beispielsweise ein geringer Frauenanteil in den Parlamenten, der Verzicht auf die Entlohnung ehrenamtlicher Arbeit oder die mangelnde Entlohnung für unbezahlte Sorgearbeit, was finanzielle Nachteile für Frauen bedeutet.

In der Politik wurden durch einige Parteien, wie der SPD, den Grünen und den Linken, bereits verbindliche Frauenanteile bei der Vergabe von Mandaten in den Satzungen festgeschrieben. Dies trug zunächst zu einer deutlichen Erhöhung des Frauenanteils im Bundestag bei. Nun stagniert die Entwicklung aber seit zwei Jahrzehnten bei einem Frauenanteil von knapp 30 Prozent mit leichten Ausschlägen nach oben und unten. In zehn europäischen Ländern hingegen, darunter Belgien, Frankreich und Slowenien, ist Parität bereits gesetzlich verankert.

Auch in Deutschland geht es voran: Die Debatte um eine Wahlrechtsreform wird derzeit durch eine 2021 eingerichtete Kommission aufgegriffen. Sie könnte dafür sorgen, dass anstelle bisheriger freiwilliger Paritätsregelungen der Parteien verbindliche Regelungen greifen würden. Die Kommission zur Reform des Bundeswahlrechts und zur Modernisierung der Parlamentsarbeit soll Vorschläge erarbeiten, um Frauen und Männer an der Politik zu beteiligen und diese mitzugestalten, sowie hierfür auch eine Wahlrechtsreform diskutieren.

Die Bundesländer Brandenburg und Thüringen sind zudem mit Gesetzentwürfen für Paritätsgesetze vorangegangen. Diese wurden jedoch durch Urteile der Landesverfassungsgerichte vorerst gekippt.

Wege zur Parität

Frauen stellen die Hälfte der Bevölkerung und sind wie Männer in allen sozialen und gesellschaftlichen Gruppen und Schichten

vertreten – deshalb müssen sie auch die gleichen Chancen haben, auf politische Entscheidungen Einfluss zu nehmen. Gleichstellung in der Gesellschaft setzt deshalb Parität in der Politik voraus. Derzeit befinden sich unsere Gesellschaften durch Krisen wie die Pandemie, den Klimawandel und Kriege in einer Phase des Umbruchs, die diese Forderung noch drängender macht.

Ein erster wichtiger Schritt zur Erhöhung des Frauenanteils wäre eine Nutzung des Satzungsrechts von allen Fraktionen des Deutschen Bundestages. SPD, Grüne und Linke haben dies bereits verwirklicht, die anderen Parteien müssten nachziehen. Zudem muss eine Wahlrechtsreform angeschoben werden. Der Ausbau der Beteiligung von Frauen auch in anderen Bereichen wie Forschung und Innovation sollte flankierend vorangetrieben werden.

buch | votum

Süssmuth ist ein kämpferisches Plädoyer für Parität in Politik und Gesellschaft gelungen. Zeitweise sind ihre Ausführungen etwas ausschweifend, da sie versucht, vom Klimawandel bis hin zum Satzungsrecht verschiedenste Themen abzudecken. Am stärksten ist das Buch in seinen juristisch-erklärenden Passagen sowie in der Formulierung von konkreten Handlungsempfehlungen.

Was wir einander schulden. Ein Gesellschaftsvertrag für das 21. Jahrhundert. Von Minouche Shafik.

Kernaussagen

Unsere Gesellschaft verändert sich rasant, weil wir immer älter und mit immer neuen Technologien konfrontiert werden. Die bisherigen Gesellschaftsverträge vieler Nationen können diesem Wandel kaum mehr gerecht werden – eine Tendenz, die die Pandemie beschleunigt hat. Insbesondere für die jüngeren und künftigen Generationen bedeutet dies, dass ihr Leben immer stärker von Unsicherheit und Ungerechtigkeit geprägt sein wird.



Neue gesamtgesellschaftliche Übereinkünfte sind daher vonnöten, um den Herausforderungen der Zukunft angemessen zu begegnen. Alle Menschen sollten in den Lebensbereichen Bildung, Gesundheit, Arbeit und Alter grundsätzlich über die Gemeinschaft abgesichert sein. Um diese Maßnahmen finanzieren zu können, sind Gesellschaften darauf angewiesen, dass ihre Mitglieder wirtschaftlich so produktiv wie möglich sind.

Von **Minouche Shafik**, erschienen im Jahr 2021 im Ullstein Verlag, Berlin. Kurzgefasst und eingeordnet von **Anne-Kathrin Weber***.

Internationalen Währungsfonds und die Weltbank tätig.

buch | inhalt

Was ist der Gesellschaftsvertrag?

Ein Gesellschaftsvertrag besteht aus Normen und Regeln, die die Werte und Funktionsweisen einer Gesellschaft widerspiegeln und auf die sich deren Mitglieder im Idealfall kollektiv und zum Nutzen aller geeinigt haben. Dabei handelt es sich um generationenübergreifende, partnerschaftliche und tiefgehende Entscheidungen, die dem Individuum Solidarität und weitreichende Zugeständnisse an die Gesellschaft abverlangen. Die Grundfrage, auf der ein Gesellschaftsvertrag basiert, lautet daher:

„Wie viel schuldet die Gesellschaft den Einzelnen und was schulden die Einzelnen der Gesellschaft?“

buch | essenzen

Einordnung aus Sicht der Sozialen Demokratie

Die bedeutenden Transformationsprozesse haben in den meisten Industriestaaten zur Folge, dass Individuen Risiken wie Arbeitslosigkeit, Krankheit oder Altersabsicherung zunehmend selbst tragen müssen und immer weniger über die Gemeinschaft abgesichert sind. Gerade aus Sicht der Sozialen Demokratie ist dieser Befund gravierend.

Minouche Shafik macht deutlich, dass diese Entwicklung weder ökonomisch sinnvoll noch sozial gerechtfertigt ist. Sie liefert überzeugende ökonomische Argumente dafür, dass angesichts dieser enormen Herausforderungen neue gesellschaftliche Rahmenverträge vonnöten sind – insbesondere auch deshalb, um die jüngeren und zukünftigen Generationen besser abzusichern.

buch | autorin

Nemat (Minouche) Shafik ist Direktorin der London School of Economics and Political Science. Davor war die Wirtschaftswissenschaftlerin in leitenden Positionen u.a. für die Bank of England, den

* Anne-Kathrin Weber ist promovierte Politikwissenschaftlerin, freie Journalistin und Rezensentin.



Der Gesellschaftsvertrag hat enorme Auswirkungen auf alle Lebensbereiche – auf die materiellen Bedingungen, unter denen Menschen leben, auf ihre Gesundheit und ihr Wohlbefinden. Im Rahmen dieses Vertrages werden zentrale Verteilungsfragen gestellt – nämlich wie Sicherheit garantiert und Leistungen erbracht werden sollen und wer genau dafür jeweils zuständig ist: das Individuum in Eigenleistung, die Familie, der Staat oder die Wirtschaft?

Mittlerweile müssen Individuen in vielen Industriestaaten Risiken wie Arbeitslosigkeit oder Krankheit zunehmend selbst tragen – das ist weder gerecht noch effizient. Grund dafür sind die gewaltigen Transformationsprozesse unserer Zeit, vor allem die Digitalisierung und Technologisierung, aber auch die Tatsache, dass Bevölkerungen immer älter werden. Die Pandemie hat die Erosion der bisherigen Vertragsmodelle zusätzlich beschleunigt.

In den Industriestaaten vollzieht sich also ein Wandel der Deregulierung – die Gesellschaften vieler Entwicklungsländer hingegen streben nach zunehmender Regulierung des öffentlichen Lebens. Auch hier ist folglich ein neuer Gesellschaftsvertrag vonnöten, um diese Transformation so effektiv und effizient wie möglich zu gestalten.

Wir brauchen einen neuen Gesellschaftsvertrag, der eine bessere Architektur sowohl der Sicherheit als auch der Chancen für alle bietet,

einen Vertrag, bei dem es weniger um ‚mich‘ und mehr um ‚uns‘ geht, der unsere gegenseitige Abhängigkeit anerkennt und sie zum gegenseitigen Vorteil nutzt; einen Vertrag, bei dem es darum geht, mehr Risiken zu bündeln und miteinander zu teilen, um die Sorgen zu verringern, denen wir alle ausgesetzt sind, und zugleich die Nutzung der Talente unserer Gesellschaft zu optimieren und den Einzelnen zu befähigen, so viel wie möglich zum Ganzen beizutragen.“

Die Erwartung, dass jede_r maximal zum Gemeinwohl beitragen sollte, ist deshalb wichtig, weil alle Kapazitäten einer Gesellschaft ausgeschöpft werden müssen, um die wirtschaftliche Produktivität zu steigern – das betrifft vor allem die Möglichkeiten für Frauen, erwerbstätig zu sein. Nur so kann der Staat letztlich eine Grundversorgung in den Bereichen Kinderbetreuung, Bildung, Arbeit, Gesundheit und Rentenalter bereitstellen.

Kinderbetreuung

Damit Frauen trotz familiärer Verpflichtungen erwerbsarbeiten können, muss ein neuer Gesellschaftsvertrag Maßnahmen vorsehen, um Kinderbetreuung insbesondere nach dem ersten Lebensjahr umfangreich und gleichzeitig flexibel zu ermöglichen. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) einer Gesellschaft könnte deutlich

gesteigert werden, wenn das Produktivitätspotenzial weiblicher Erwerbstätigkeit besser ausgeschöpft würde.

Daher sollten die Betreuungspflichten stärker als bisher zwischen beiden Eltern teilen aufgeteilt werden. Ideal wären staatliche Maßnahmen, die es Frauen und Männern gleichermaßen ermöglichen, zwischen institutioneller oder häuslicher, aber bezahlter Kinderbetreuung zu wählen.

Umfassende und gleichzeitig flexibel abzurufende Kinderbetreuung ist auch deshalb für eine Nation von Vorteil, weil sich qualitativ hochwertige frühkindliche Bildung direkt im zukünftigen Produktivitätsniveau einer Gesellschaft widerspiegelt. Das ist insbesondere deshalb wichtig, weil der Arbeitsmarkt immer stärker auf kognitive Fähigkeiten setzt. In frühkindliche Bildung zu investieren, ist für eine Gesellschaft letztlich viel günstiger, als späteren Förderunterricht oder Sozialhilfe bezahlen zu müssen.

Bildung

Ein neuer Gesellschaftsvertrag muss aber nicht nur die frühkindliche Bildung in den Fokus nehmen, sondern auch das lebenslange Lernen fördern. Für den Arbeitsmarkt der Zukunft ist die Bereitschaft von Arbeitnehmer_innen, sich kontinuierlich weiterzubilden, unerlässlich – auch deshalb, weil sie deutlich später aufhören werden zu arbeiten.

Arbeitnehmer_innen müssen daher frühzeitig darüber informiert sein, welche Art

von Fähigkeiten zukünftig gefragt sind; außerdem müssten Staat und Wirtschaft attraktive und flexible Angebote schaffen, damit sich Arbeitnehmer_innen trotz Betreuungs- und Pflegeaufgaben weiterbilden können. Das ist insbesondere für diejenigen wichtig, die die klassische Ausbildungslaufbahn vorzeitig verlassen.

Die Investition in Bildung zahlt sich für die Gesellschaft maßgeblich aus, denn das höhere Einkommen ihrer Mitglieder führt dazu, dass sie diese über Steuerabgaben wieder an das Gemeinwohl zurückgeben.

Gesundheit

Sowohl frühkindliche als auch lebenslange Bildung erhöht nicht nur die Produktivität einer Gesellschaft, sondern senkt langfristig auch die Staatsausgaben im Bereich der Gesundheit. Das ist wichtig, weil die Kosten in diesem Sektor aufgrund neuer Technologien deutlich steigen werden. Gerade für Länder, in denen staatliche Ausgaben bereits die Hälfte des BIP umfassen, ist dieser Trend problematisch.

Gesundheitsleistungen müssen daher künftig stärker rationiert und rationalisiert werden. Ein neuer Gesellschaftsvertrag muss Antworten auf grundlegende Verteilungsfragen finden: Welche Gesundheitskosten sollen von der Gemeinschaft bezahlt und welche müssen vom Individuum getragen werden? Welche Behandlung ist von öffentlichem Interesse? Auch gilt es zu klären, ob und, wenn ja, wie Individuen an den Kosten der Behandlungen für Zivilisationskrankheiten beteiligt werden,

die im Zusammenhang mit einem ungesunden Lebensstil aufgetreten sind. Denn gerade diese Krankheiten werden die Gesundheitssysteme zunehmend belasten.

Der Gesellschaftsvertrag sollte daher auch präventiv auf eine „Änderung der Entscheidungsarchitektur“ des Einzelnen hinwirken, zum Beispiel durch Besteuerung von Zigaretten oder bestimmten Lebensmitteln.

Arbeit

Nicht nur im Gesundheitssektor, sondern insbesondere auch im Arbeitsleben müssen Individuen die Risiken von Arbeitslosigkeit, Krankheit oder Alter (zunehmend) selbst tragen. Seitdem die Arbeitsmärkte in den westeuropäischen Industriestaaten seit den 1980er-Jahren geöffnet und dereguliert werden, ist Arbeit auch in diesen Gesellschaften informeller und prekärer geworden. Unternehmen lagern zunehmend Tätigkeiten aus, und immer weniger Arbeitnehmer_innen werden von den Gewerkschaften vertreten.

Ein neu auszuhandelnder Gesellschaftsvertrag muss dafür sorgen, dass Arbeitnehmer_innen stärker abgesichert sind und gleichzeitig flexiblere Arbeitsarrangements angeboten bekommen, die sich an ihr Leben anpassen. Mindestlöhne sollen gesetzlich festgeschrieben werden und auch diejenigen, die beispielsweise freiberuflich oder für Online-Dienstleister arbeiten, sollen gegen Krankheit und Jobverlust abgesichert werden. Außerdem müssen Staat und Wirtschaft gemeinsam hochwertige und sinnvolle Weiterbildungen

und Umschulungen anbieten, um Menschen möglichst lange im Arbeitsmarkt zu halten.

Alter

In den Entwicklungsländern besteht die Herausforderung darin, den formellen Sektor und damit auch eine gesetzliche Rentenversicherung strukturell auf- und auszubauen. In den Industriestaaten ist ein gegensätzlicher Trend zu beobachten: Die Risiken des Alters werden wieder zunehmend von den Älteren selbst getragen – jedenfalls von denjenigen, die sich eine private Altersabsicherung leisten können. Insbesondere für Frauen ist dieser Trend problematisch, weil die Rentensysteme vieler Länder nicht an flexible oder Teilzeitarbeit angepasst sind. Auch sonst ist es um die Altersabsicherung in vielen Ländern nicht gut bestellt:

„Das Grundproblem besteht darin, dass die Ruhestandsjahre im Verhältnis zu den Arbeitsjahren zu stark angestiegen sind, sodass der Betrag, den die Arbeitnehmenden während ihres Arbeitslebens in die Rentenversicherung einzuzahlen haben, nicht ausreicht, um die Anzahl der Rentenjahre abdecken, die sie im Alter benötigen werden.“

Das Gros der Industrieländer ist folglich gezwungen, bestehende Systeme umzustrukturieren. Denn dort sind die

Rentensysteme nicht frühzeitig und umfassend an die veränderten Arbeitsmarktdynamiken der vergangenen Jahrzehnte angepasst worden. Deshalb muss das Renteneintrittsalter künftig proportional an die Lebenserwartung gekoppelt werden. Außerdem sollen Menschen, die in nicht-traditionellen Arbeitsverhältnissen tätig sind, ebenfalls in das bestehende Rentensystem einzahlen.

Im Rahmen eines neuen Gesellschaftsvertrags sollte zudem bislang unbezahlte Pflegearbeit aus öffentlichen Mitteln entlohnt werden, statt institutionelle Pflege auszuweiten. Das würde vor allem Frauen zugutekommen, die die meiste Pflegearbeit leisten und unter anderem auch dadurch von Altersarmut bedroht sind. Außerdem würde dieses Arrangements vielen älteren Menschen ermöglichen, zu Hause mit Würde zu altern und zu sterben.

Generationen

Dass immer mehr Menschen immer älter werden, stellt nicht nur die Rentensysteme vor große Herausforderungen – auch bisherige Generationenverträge weisen eine deutliche Schiefelage zulasten der Jüngeren auf. Auf sie kommen in der nahen und fernen Zukunft enorme Staatsschulden zu, genauso wie die langfristigen Folgen des Raubbaus der Menschen an die Natur.

Gerade die Älteren hätten sehr viel politische Macht und bildeten eine einflussreiche Lobby, um ihren Interessen in der Politik Gehör zu verschaffen. Jüngere haben diesen Einfluss nicht:

„Das Problem ist, dass künftige Generationen im heutigen ökonomischen und politischen System nicht vertreten sind und sich nicht daran beteiligen können, die Sicherung ihrer Interessen im Gesellschaftsvertrag auszuhandeln.“

Unabdingbar für einen neuen Gesellschaftsvertrag ist daher, das Wahlalter abzusenken. Auch müsste viel mehr in „natürliches Kapital“, sprich, den Erhalt der Umwelt, investiert werden. Subventionen, die für die Natur nachteilig sind, müssten gestrichen und alle „Leistungen“, die die Umwelt erbringt, mit einem ökonomischen Wert versehen werden:

„Wenn man dies berücksichtigt, erbringt jeder lebende Wal nach IWF-Schätzung CO₂-Dienstleistungen im Wert von 2 Millionen Dollar [...]. Die Erholung der globalen Walpopulation würde so viel CO₂ binden wie das Pflanzen von zwei Milliarden Bäumen. Die Natur ist die beste Technologie der Welt zum Speichern von CO₂, und wenn wir ihre Leistungen in unsere Berechnungen einbeziehen, werden wir bessere Investitionen tätigen.“

Der Verbrauch von CO₂ müsse ebenfalls bepreist werden, um darauf Steuern erheben zu können; außerdem müsste der Steuersatz für Unternehmen steigen.

buch | votum

Minouche Shafik liefert mit ihrem Buch eine wichtige Diskussionsgrundlage darüber, wie gerecht politische Entscheidungen für diejenigen sind, die das Wahlalter noch nicht erreicht haben. Nüchtern listet sie die größten Lasten auf, die ältere Generationen den jüngeren und zukünftigen auferlegt haben und schlussfolgert: Die politischen Machtverhältnisse müssen sich von den sogenannten Babyboomern hin zu denjenigen verschieben, die erst am Anfang ihres langen Lebens stehen – ein starkes, allerdings auch stark polarisierendes Plädoyer.

Ihre Argumentation basiert fast ausschließlich auf ökonomischen Überlegungen – Shafiks stark utilitaristischer Blick auf Menschen und Umwelt kann durchaus irritieren. Nach dieser Lesart sollen Kinder beispielsweise deshalb bestmöglich unterstützt werden, weil sie so zu einer unabdingbaren ökonomischen Ressource für die Zukunft der Gesellschaft heranreifen. Dass die Autorin an den grundlegenden Prämissen sozialer Ungleichheit festhält, erstaunt daher nicht.

Shafiks Thesen werden vor allem diejenigen ansprechen, die rein moralische Argumente letztlich nicht überzeugen. Aber auch für alle anderen lohnt die Lektüre, denn das Buch regt eindrücklich dazu an, für mehr Generationengerechtigkeit einzustehen und die Prämissen unseres Zusammenlebens neu zu besprechen und zu ordnen.

Why We Matter: Das Ende der Unterdrückung. Von Emilia Roig.

Kernaussagen

Emilia Roig beschreibt in ihrem Buch *Why We Matter* unterschiedliche Formen von Unterdrückung und intersektionaler Diskriminierung. Sie erklärt auch anhand ihrer eigenen Biografie, wie Rassismus, Sexismus, Klassismus und Queerfeindlichkeit in der Gesellschaft ineinandergreifen. Zentral sind hierbei folgende Aussagen:

- Das Konzept der Intersektionalität zeigt, dass sich Formen von Diskriminierung und Ungleichheit gegenseitig verstärken. Das bedeutet, dass neben Sexismus beispielsweise auch Homo- und Transfeindlichkeit und Klassismus bekämpft werden müssen, um effektiv dagegen vorzugehen.
- Dieser Kampf für Gleichberechtigung ist auch ein Kampf gegen die Deutungshoheit einer vermeintlichen Norm, die abweichendes Verhalten sowie andere Lebensformen und Identitäten ablehnt.
- Die Aufdeckung und Analyse von Diskriminierungen muss mit der Kritik an der kapitalistischen Leistungs- und Ausbeutungslogik einhergehen.



Von Emilia Roig, erschienen 2021 im Aufbau Verlag Berlin. Kurzgefasst und eingeordnet von Paula Schweers*.

buch | essenz

Einordnung aus Sicht der Sozialen Demokratie

Die Wahl des amerikanischen Präsidenten Donald Trump im Jahr 2016 und der Aufschwung rechtspopulistischer Bewegungen haben eine breite Debatte über die strategische Ausrichtung linker Politik angestoßen. Insbesondere über den Sinn von Identitätspolitik, also die Ausrichtung von Politik an der Berücksichtigung von marginalisierten Gesellschaftsgruppen, wird seitdem auch innerhalb der Sozialen Demokratie kontrovers diskutiert. Im Kern dreht sich die Debatte darum, ob durch einen zu starken Fokus auf Antidiskriminierungspolitik eine Politik der sozialen Gerechtigkeit unmöglich wird. Emilia Roig liefert mit ihrem Buch einen Beitrag zu dieser Debatte. Sie widerspricht diesem Ansatz und ruft stattdessen zu radikaler gesellschaftlicher Solidarität auf.

buch | autorin

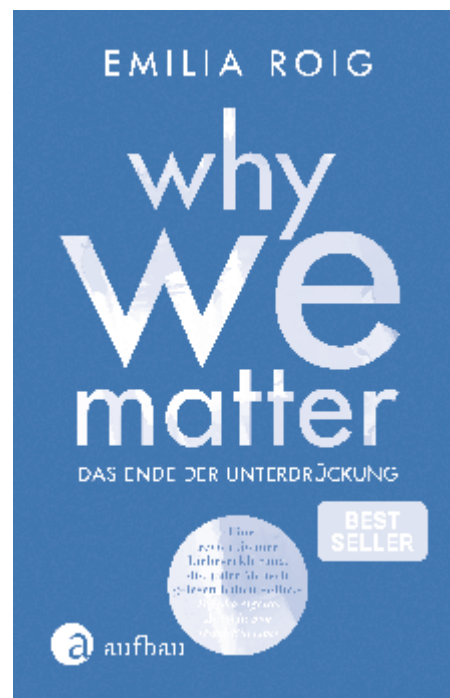
Emilia Roig ist Aktivistin und Politikwissenschaftlerin und seit 2017 Gründerin und Direktorin des *Center for Intersectional Justice (CIJ)* in Berlin. Das Institut will Gleichstellungs- und Anti-Diskriminierungsarbeit in Deutschland und

Europa durch eine intersektionale Perspektive erweitern. Roig promovierte an der Humboldt-Universität zu Berlin und an der Science Po Lyon. Sie lehrte in Deutschland, Frankreich und den USA Intersektionalität, *Critical Race Theory* und Postkoloniale Studien.

buch | inhalt

Roig erklärt in ihrem Buch, wie sich die Unterdrückung in unterschiedlichen Bereichen des alltäglichen Lebens, etwa in Ausbildung und Beruf, in der Medizin oder in den Medien, auswirkt. Hierbei greift sie auf Erfahrungen aus ihrer eigenen Biografie sowie auf Texte von Autor_innen aus der kritischen Rassismusforschung und der postkolonialen Theorie zurück. Eine Schlüsselrolle spielt hierbei das Konzept der Intersektionalität von Kimberlé Crenshaw. Im letzten Teil des Buches skizziert sie zudem, wie sich diese Diskriminierungen aufbrechen ließen und

* Paula Schweers ist Journalistin und Autorin. Sie studierte Literarisches Schreiben am Deutschen Literaturinstitut in Leipzig und Europäische Kulturgeschichte an der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt (Oder). Derzeit wird sie beim ARTE Magazin und an der FreeTech Academy of Journalism und Technology zur Redakteurin ausgebildet.



wie eine Gesellschaft ohne Unterdrückung aussehen könnte. eigentlichen Kampf für Frauenrechte und Gleichberechtigung und gegen Diskriminierung und Sexismus, sondern vor allem neoliberalen Akteuren und patriarchalen Strukturen. Denn der Kapitalismus hat sich Charakteristika der feministischen Bewegung angeeignet, sie „pervertiert“ und zu einem reinen Etikett degenerieren lassen. Unternehmen und bekannte Persönlichkeiten transformieren dabei zentrale Forderungen der Frauenbewegung, wie die Selbstbestimmung über den Körper sowie die finanzielle und berufliche Unabhängigkeit, in Waren. Deren Kauf preisen sie mithilfe feministischer Slogans an.

Teil 1: Formen der Unterdrückung

Das Konzept der Intersektionalität stellt ein Fundament von Roigs Arbeit dar, welchen sie im ersten Teil des Buches erläutert. Eingeführt wurde der Begriff 1989 von der US-amerikanischen Rechtswissenschaftlerin Kimberlé Crenshaw, die die Metapher einer Straßenkreuzung verwendet, um spezifische Formen von struktureller Diskriminierung zu beschreiben, die zuvor weder rechtlich noch politisch ausreichend erfasst wurden.

Der Verkehr auf der metaphorischen Straßenkreuzung kann aus allen Richtungen kommen. Er kann mal in die eine Richtung fließen, mal in die andere. Passiert ein Unfall, kann ein Verkehrsteilnehmer dafür verantwortlich sein oder mehrere, die aus verschiedenen Richtungen kamen.

Genauso erklärt Crenshaw Diskriminierung am Beispiel einer schwarzen Frau. Sie kann sexistisch als Frau diskriminiert werden, rassistisch als Schwarze oder gleichzeitig als Schwarze und als Frau. In diesem Beispiel reicht eine alleinige Beschäftigung mit Sexismus ebenso wie die ausschließliche Analyse von Rassismus nicht aus, um die Diskriminierung zu erklären. Gerade durch die Verschränkung beider Formen entsteht schließlich eine besonders prekäre Lage für die Betroffene.

Aus diesen Annahmen leitet Roig ab, dass bei jeder Analyse von Diskriminierung vier Dimensionen in den Blick genommen werden sollten. Sie benennt die individuelle, die institutionelle, die strukturelle und die historische Dimension. Eine zentrale These ist hierbei, dass alle diese Ebenen durch die kapitalistische Leistungs- und Ausbeutungslogik sowie die Auswirkungen des Kolonialismus geprägt sind. So betreffen dessen Folgen nicht nur die politische, soziale und kulturelle Konstellation vieler ehemaliger Kolonien. Auch rassistische und orientalistische Denkmuster und Institutionen in Europa werden hierdurch beeinflusst. Eurozentrismus und Rassismus sind weiterhin allgegenwärtig.

Anhand ihrer eigenen Biografie zeigt Roig dies beispielsweise in Bezug auf das Feld Bildung und die Hindernisse, mit denen sie in der Schule und vor der Aufnahme ihres Studiums konfrontiert war. Sie reflektiert über die oftmals gewundenen Bildungswege, die *People of Colour* und Menschen mit Migrationsgeschichte aufgrund von strukturellen und

institutionellen Hürden, Stereotypen und Vorurteilen nehmen müssen.

In der Debatte rund um sogenannte Identitätspolitik wird häufig das Argument eingebracht, dass auch weiße Menschen als Mehrheitsgruppe Opfer von Unterdrückung und Rassismus sein könnten. Dem stellt sich Roig entschieden entgegen, indem sie aufzeigt, dass in diesem Fall jedoch die Ausübung der Macht durch die gesellschaftliche Mehrheit nicht gegeben ist. Zudem ist in diesen Fällen zumeist auch höchstens eine Dimension, wie zum Beispiel die individuelle Ebene, von Diskriminierung erfüllt und die anderen drei nicht. Aus diesem Grund stellt Roig klar, dass es eine Art umgekehrten Rassismus nicht geben kann.

Teil 2: Lösungsansätze

Das Patriarchat, wie es Roig beschreibt, kann nur von Frauen, Männern und allen anderen Geschlechtern gemeinsam überwunden werden. Das Hinterfragen der binären Geschlechterrollen, auch hinsichtlich stereotyper Männerbilder, ist hierfür unabdingbar. Ebenfalls müssen ungleiche finanzielle Verhältnisse angegangen werden. Eine Aufwertung von Sorgearbeit gegenüber Lohnarbeit sowie die Reform des Steuersystems, das Singles benachteiligt und den ungleichen Verdienst zweier Partner_innen fördert, sind hierbei Bausteine.

Zentral ist zudem die kritische Hinterfragung des oftmals eurozentristischen Wissenssystems, aus dem sich unsere Wahr-

nehmung der Welt speist. Der Kanon der Texte, die wir lesen, Lehrpläne an Schulen und Universitäten oder die Medien, die wir konsumieren, schließen häufig die Perspektiven marginalisierter Gruppen aus. Diese selektive Wahrnehmung der Welt lässt sich durch eine Vielfalt von Stimmen im Bildungssystem und in den Medien verändern.

Hinter all dem steht die Systemfrage. Deutlich wird, dass die Formen der Diskriminierung erst aufhören können, wenn das sie tragende System des ausbeuterischen Kapitalismus infrage gestellt wird. Hierfür kämpfen auch soziale Bewegungen wie Black Lives Matter. Roig stellt klar, dass sie einen Zwischenschritt in Richtung einer gleichberechtigten Gesellschaft ermöglichen. Bevor die Menschen sich nähern und universalistische Prinzipien hochhalten können, müssen erst die marginalisierten Gruppen Gehör finden und ihre Verletzungen gewürdigt werden.

Hieran anschließend ist das Konzept des strategischen Essentialismus aus der postkolonialen Theorie wichtig. Es wurde in den 1980er-Jahren von dem indischen Literaturkritiker und Theoretiker Gayatri Spivak eingeführt. Es bezieht sich auf eine politische Taktik, bei der Minderheiten und diskriminierte Personen auf der Grundlage einer gemeinsamen geschlechtsspezifischen, kulturellen oder politischen Identität mobilisieren aktiv werden, um ihre Anliegen zu vertreten. Dies schließt die Vielfalt innerhalb der Gruppen nicht aus. Die vorübergehende Gruppenidentität ist ein Weg, um Ziele wie Gleichberechtigung zu erreichen und somit Veränderung anzustoßen.

buch | votum

Emilia Roig liefert mit ihrem Buch eine erfahrungsbasierte Einführung in das Konzept der Intersektionalität, die Debatte um Identitätspolitik und die Formen der Unterdrückung, die Menschen aus marginalisierten Gruppen alltäglich erleben. Zuweilen fokussiert sie sich stark auf den biografischen Aspekt, während theoretische Konzepte etwas zu kurz kommen. Allerdings reflektiert sie diesen Zugang auch und erläutert, dass die kollektiven Erlebnisse von Menschen mit Diskriminierungserfahrungen absichtlich einen sehr großen Teil des Buches einnehmen sollen.

Das weibliche Kapital. Von Linda Scott.

Kernaussagen

Linda Scott will mit ihrem Buch *Das weibliche Kapital* die wissenschaftlichen Grundlagen liefern, um die Debatte zur gesellschaftlichen Ungleichheit um eine feministische Perspektive zu erweitern. Sie zeigt auf, dass es eine geschlechtsneutrale Ökonomie nicht gibt und dass eine geschlechtsblinde Wirtschaft nicht nur den Individuen, sondern auch sich selbst schadet. Hierfür prägt sie die Begriffe „Double X-Ökonomie“ und „das weibliche Kapital“, womit sie die wirtschaftliche Rolle der Frauen umschreibt. Empirisch fundiert und mit zahlreichen Fallbeispielen belegt, erklärt Scott, wie Armutsbekämpfung und Gleichstellung zusammenge-dacht werden können. Zentral sind hierbei folgende Aussagen:

- Die weibliche Bevölkerung wird weltweit ökonomisch benachteiligt. Diese Diskriminierung umfasst Arbeit und Lohn, Besitztümer, Kapital, Kredite und Märkte und wird durch kulturelle Beschränkungen, wie im Bereich Mobilität, verstärkt. Diese Situation wird überall durch strukturell gleiche Mechanismen aufrechterhalten.
- Entschiede sich die Weltgemeinschaft, diese Mechanismen zu hinterfragen und die wirtschaftlichen Hindernisse für Frauen abzubauen, würde dies zu mehr Frieden und Wohlstand führen. Empirisch besteht eine deutliche Korrelation zwischen Gleichberechtigung und nationaler Wirtschaftsleistung.

- Anders als in vielen anderen Disziplinen existiert in der Wirtschaftswissenschaft noch immer eine geschlechtsbezogene Datenlücke. Diese zeigt sich zum Beispiel daran, dass unbezahlte Arbeit wie Hausarbeit und Sorgearbeit, die weiterhin hauptsächlich von Frauen geleistet wird, kaum in wirtschaftliche Berechnungen einbezogen wird. Dieser Rückstand wird durch eine ausgeprägte Männerdominanz in den Wirtschaftswissenschaften befördert.



Von **Linda Scott**, erschienen 2020 im **Carl Hanser Verlag, München**. **Kurzgefasst und eingeordnet von Paula Schweers***.

buch | essenzen

Einordnung aus Sicht der Sozialen Demokratie

Zwar gibt es schon lange eine feministische Ökonomie, die etwa den Blick auf weibliche Sorgearbeit lenkt. Das Besondere an Scotts Arbeit ist aber die Verklammerung von sozialer Gerechtigkeit und Geschlechtergerechtigkeit. Diese stellen zentrale programmatische Werte der Sozialen Demokratie dar. Scotts Diskussions- und Lösungsansätze helfen dabei, die Debatte mit Zahlen und Daten zu untermauern.

buch | autorin

Linda Scott ist emeritierte Professorin für Entrepreneurship und Innovation an der Universität Oxford. Neben ihrer Forschung und der Lehrtätigkeit berät sie UN-Panels, Think Tanks und internationale Unternehmen. Sie wurde vom Prospect Magazine zwei Mal unter die Top 25 of Global Thinkers gewählt.

buch | inhalt

Linda Scott teilt ihr Buch in zwei Teile auf. Sie definiert den Begriff der Double-Ökonomie und beschreibt die damit zu-

sammenhängenden Ausgrenzungsmechanismen gegenüber Frauen. Im zweiten Teil skizziert sie Lösungsansätze, um die wirtschaftliche Benachteiligung von Frauen zu beenden und die soziale Gerechtigkeit zu stärken.

Teil 1: Die Double X-Ökonomie

Im ersten Teil des Buches erläutert Scott den von ihr geprägten Begriff der Double X-Ökonomie. Die Bezeichnung macht es möglich, die wirtschaftliche Rolle der Frauen und bestehende Diskriminierungsformen ihnen gegenüber zu erfassen. Die Kernaussage hierbei ist, dass in allen Ländern weltweit ein besonderes Muster der wirtschaftlichen Benachteiligung besteht, das durch strukturell gleiche Mechanismen befeuert wird. Eine gering ausgeprägte Geschlechtergerechtigkeit geht hierbei mit verstärkter Armut und gesellschaftlicher Instabilität einher. Diese Annahme wird durch große internationale

* Paula Schweers ist Journalistin und Autorin. Sie studierte Literarisches Schreiben am Deutschen Literaturinstitut in Leipzig und Europäische Kulturgeschichte an der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt (Oder). Derzeit wird sie beim ARTE Magazin und an der FreeTech Academy of Journalism und Technology zur Redakteurin ausgebildet.



Institutionen wie das UN-Entwicklungsprogramm und das Weltwirtschaftsprogramm belegt. Diese erforschen seit 2005 die Korrelation zwischen dem gesellschaftlichen Status von Frauen in Bezug auf Bildung, Führungspositionen oder Gesundheit und den Leistungsdaten von Volkswirtschaften.

Des Weiteren wird der Wert der unbezahlten Arbeit wie Hausarbeit, Kindererziehung und Altenpflege, den zu einem großen Teil Frauen leisten, nicht in wirtschaftliche Berechnungen aufgenommen. Dies umschreibt Scotts Begriff der weiblichen Schattenwirtschaft, die zwar einen großen Teil zum Funktionieren der Wirtschaft beiträgt, von der Gesellschaft aber nicht entlohnt oder berechnet wird. Auf diese Weise erhalten Frauen für einen großen Teil der von ihnen erbrachten Wirtschaftsleistung keine Bezahlung oder Anerkennung.

Es gibt noch weitere Faktoren, die Frauen ökonomisch benachteiligen. So sind Bildung und der Zugang zu Informationen nicht gerecht verteilt. Dies hat den historischen Hintergrund, dass Frauen über Jahrtausende hinweg aus vielen Bereichen der Bildung ausgeschlossen waren: von der Möglichkeit, Lesen und Schreiben zu lernen, oder vom Studium der Naturwissenschaften. Frauentausch- und Heiratsregeln, sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz, gewaltvolle Beziehungen und gesellschaftliche Praktiken stellen weitere Hürden für gleichberechtigte Teilhabe dar.

Weil Frauen fast nie Land besitzen durften und zugleich Grundbesitz über lange Zeit die größte Wohlstandsquelle war, führt

auch dieser Aspekt dazu, dass sie weit aus weniger Kapital besitzen als Männer. Weltweit liegt der Anteil der Frauen am Grundbesitz derzeit bei nur 20%. Gewerkschaften, Kooperativen und Wirtschaftsverbände schlossen Frauen zudem über lange Zeit aus, in vielen Ländern ist dies noch immer so. Ähnlich sieht es auch beim weltweiten Finanzhandel aus, in dem die Märkte und Gewinne am größten sind. Nur sehr wenige Frauen haben Teil am internationalen Handel oder bekommen große Verträge mit Institutionen – in beiden Wirtschaftsbereichen kontrollieren Männer 99% der Geschäfte.

Einem Arbeitspapier des IWF von 2017 zufolge ist dies auch ökonomisch gesehen ein Fehler, da Vielfalt Volkswirtschaften besser gegen Konjunkturlauten schützt und ihre Innovationskraft steigert. Scott belegt zudem, dass mehr Frauen in den Aufsichtsräten der Unternehmen zu verbesserten Leistungen und höheren Renditen, geringeren Risiken und fairem Personalmanagement führen. Nachhaltiges Wachstum wäre somit dadurch möglich, dass die vernachlässigten Ressourcen und Fähigkeiten von, vielfach gut ausgebildeten, Frauen in den Arbeitsmarkt integriert werden.

Teil 2: Lösungsansätze

Der Zusammenhang zwischen dem Grad der Geschlechtergerechtigkeit und dem gesamtgesellschaftlichen Wohlergehen ist wissenschaftlich gut fundiert. Die Wirtschaftsleistung eines Landes und dessen Pro-Kopf-Einkommen sind hiervon betroffen. Die Gleichstellung der Frauen

ist somit kein Luxus, den sich nur die reichen Länder leisten können und sollten. Stattdessen ist es umgekehrt. Gleichstellung führt zu Wohlstand, während männliche Dominanz dafür sorgt, dass Länder arm sind und bleiben.

Die Länder mit der höchsten Frauenerwerbsquote sind die reichsten. Zugleich sind es die Länder mit dem niedrigsten Pro-Kopf-BIP, in denen Frauen den Großteil der unbezahlten Arbeit verrichten. Dadurch fallen sie als Akteure auf dem Markt für bezahlte Arbeit aus, was sich wiederum negativ auf das gesamte Bruttoinlandsprodukt (BIP) eines Landes auswirkt.

Die zentrale Rolle der Frauen für das gesellschaftliche Wohlergehen wird systematisch unterschätzt. Dabei zeigt die Datenlage, dass die besten Ergebnisse erzielt werden können, wenn Frauen und Männer gleichberechtigt zusammenarbeiten. Scott ermutigt Unternehmen und Politik, zu Wirtschaftsstrukturen beizutragen, die inklusiv und frei von patriarchalen Ausbeutungsstrukturen sind, und vermehrt Führungspositionen mit Frauen zu besetzen.

Unabhängige internationale Organisationen sollten sich für die wirtschaftlichen Interessen von Frauen einsetzen und die Datenlage durch vermehrte Forschung zum Themenbereich stärken. Zudem sollten auch die Wirtschaftswissenschaften für Frauen attraktiver gemacht werden, indem Diskriminierung am Arbeitsplatz reduziert wird.

buch | votum

Linda Scotts Werk umreißt verschiedene Facetten der Zusammenhänge von sozialer Gerechtigkeit und Geschlechtergerechtigkeit. Aus diesem Grund lässt sich dem Buch attestieren, dass es eine Lücke schließt, die andere große ökonomische Entwürfe der vergangenen Jahre offengelassen haben. Sehr spannend ist hierbei insbesondere, welches Potenzial eine Stärkung der wirtschaftlichen Teilhabe von Frauen in armen Ländern und Schwellenländern entfalten könnte. Sowohl Gewalt als auch Armut könnten hierdurch deutlich verringert werden.

Für politische Arbeit sind zudem ihre Argumente für mehr Frauen in Führungspositionen und der große Datenschatz interessant, der den Zusammenhang von Geschlechtergerechtigkeit und wirtschaftlicher Stärke eines Landes offenbar macht. Interessant wäre es zusätzlich gewesen, auch Daten zur Lohnentwicklung und zum Zustand der Sozialsysteme in die Analyse einzubeziehen. Das Bruttoinlandsprodukt, das Scott hauptsächlich als Grundlage nimmt, gibt noch keine Auskunft darüber, wie Einkommen und Vermögen innerhalb einer Gesellschaft verteilt sind.

Zart und frei: Vom Sturz des Patriarchats. Von Carolin Wiedemann.

Kernaussagen

Bestehende Geschlechter- und Machtverhältnisse wurden historisch aufrechterhalten und bestimmen bis heute unseren Alltag. Diesen Zustand gilt es zu überwinden. Es wird deutlich, welche Rolle antifeministische und rechtspopulistische Strömungen spielen und wie ein freieres und gleichberechtigtes Zusammenleben in Zukunft aussehen könnte.

Zentral sind hierbei folgende Positionen:

- Das Patriarchat basiert auf einer binären Ordnung, die Menschen in Männer und Frauen einteilt und Letztere dabei abwertet. Dieses Geschlechterverhältnis ist eng mit dem kapitalistischen Wirtschaftssystem verbunden.
- Der Umgang mit Geschlechterfragen in einer Gesellschaft zeigt auf, wie frei und gerecht diese tatsächlich ist. Deshalb sind Gender-Theorien auch nicht irrelevant oder elitär, wie von rechtspopulistischen Akteuren, aber auch von konservativen Meinungsführern zuweilen behauptet wird.



- Die Ablehnung einer sogenannten Gender-Ideologie und die Angst vor dem Verlust des traditionellen Familienbildes kann als Scharnier zwischen dem rechtsextremen Rand und der gesellschaftlichen Mitte fungieren.

Von Carolin Wiedemann, erschienen 2021 im Verlag Matthes & Seitz, Berlin. Kurzgefasst und eingeordnet von Paula Schweers*.

buch | autorin

Carolin Wiedemann ist Journalistin und Soziologin. Sie schreibt für die Frankfurter Allgemeine Zeitung, analyse & kritik sowie das Missy Magazine über Gender-Theorie, Migrationspolitik und Medien. In Hamburg und Paris hat sie Journalistik und Soziologie studiert und über Kritik und Kollektivität im Netz promoviert. Sie gibt Seminare zu feministischer Theorie und zum Werk von Michel Foucault.

buch | essenz

Einordnung aus Sicht der Sozialen Demokratie

Wiedemann schlüsselt in ihrem Buch den Zusammenhang zwischen anti-feministischen und nationalistischen Argumentationen auf. Gerade in einer Zeit, in der rechtskonservative bis extrem rechte Stimmen die Corona-Pandemie als Chance für eine Retraditionalisierung von Familie und Geschlechterverhältnissen sehen, ist dies eine wichtige Perspektive, die in den Debatten der Sozialen Demokratie nicht zu kurz kommen sollte.

buch | inhalt

In vier Kapiteln wird deutlich, wie sich das Patriarchat derzeit konstituiert und wie strukturelle Bedingungen, antifeministische Bewegungen sowie tief verwurzelte Annahmen und Vorurteile es aufrechterhalten. Wiedemann erklärt, welchen Anteil der Kapitalismus daran hat und wie sich dieser Status quo überwinden lässt. In den Mittelpunkt stellt sie sexistische Geschlechter- und Herrschaftsverhältnisse und will Mut machen, diese zu hinterfragen und zu überwinden.

Teil 1: Historischer Hintergrund und Status quo

Die Bestandsaufnahme erklärt den Begriff des Patriarchats und zeichnet die Geschichte der Kritik daran nach. Der Begriff macht es möglich, Machtverhältnisse zu erfassen, die über Jahrtausende als selbstverständlich galten und kulturelle Erzeugnisse wie Gesetzestexte, Gedichte oder religiöse Schriften bis heute durchdringen.



* Paula Schweers ist Journalistin und Autorin. Sie studierte Literarisches Schreiben am Deutschen Literaturinstitut in Leipzig und Europäische Kulturgeschichte an der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt (Oder). Derzeit wird sie beim ARTE Magazin und an der FreeTech Academy of Journalism und Technology zur Redakteurin ausgebildet.

Die Bezeichnung wurde Mitte des 19. Jahrhunderts durch den Schweizer Rechtswissenschaftler und Altphilologen Johann Jakob Bachofen geprägt und später durch Friedrich Engels unter kapitalismuskritischen Intellektuellen verbreitet. Die erste Frauenbewegung in Deutschland besetzte ihn für ihren Kampf um ihr Recht auf Bildung und die Möglichkeit, wählen und arbeiten zu gehen.

Über die Zeit hinweg wurde der Begriff durch Wissenschaftler_innen und Aktivist_innen wie der Philosophin Judith Butler oder der Schriftstellerin Kate Millett immer weiter differenziert und ausgeweitet, so dass er heute auch nicht binäre und queere Personen einschließt und die gängige Einteilung in Frauen und Männer infrage stellt. Außerdem diente er dazu, Normen des Zusammenlebens wie die romantische Zweierbeziehung oder bürgerliche Kleinfamilie abzuklopfen und neu zu denken.

Trotz dieser Entwicklungen ist Sexismus in der Gesellschaft noch immer tief verwurzelt. Dies zeigt sich beispielsweise an Phänomenen wie unrealistischen Schönheitsidealen, aber auch an messbaren Faktoren wie Einkommensunterschieden und der ungleichen Verteilung von Sorgearbeit zwischen Frauen und Männern. Die Corona-Krise lässt diesen Aspekt des Problems besonders deutlich hervortreten. Auch die #MeToo-Bewegung hat viel von dem strukturellen Sexismus sichtbar gemacht, indem sie die Häufigkeit von sexueller Belästigung und Übergriffen aufgezeigt hat.

Teil 2: Antifeministische Strömungen

Die Propagierung einer binären Ordnung, die Menschen in Männer und Frauen einteilt und Letztere benachteiligt, ist der Kern des Patriarchats. Sobald hierdurch bestehende Privilegien angegriffen werden, nimmt Frauenfeindlichkeit zu, wie sich in wiedererstarkenden antifeministischen und rechtspopulistischen Strömungen ablesen lässt. Antifeminismus hat hierbei eine große Bandbreite. Der Grad des Sexismus reicht von frauenverachtenden Maskulinisten über katholische Abtreibungsgegner_innen bis hin zu vermeintlich liberalen Journalist_innen.

In der extremen Ausprägung im Antifeminismus der Neuen Rechten vereinigen sich Frauenfeindlichkeit und Nationalismus auf dreierlei Weisen. Einerseits werden Frauen, die aus der vermeintlichen natürlichen Ordnung heraustreten und ihre Rolle als Hausfrau und Mutter verlassen, als Bedrohung für die Nation und das Volk wahrgenommen. Statt in der privaten Umgebung zu wirken, nehmen sie, vermeintlich ohne die entsprechenden Fähigkeiten zu besitzen, Einfluss auf die politische Sphäre und gefährden somit das rationale und kluge Handeln der Männer. Andererseits wird ihnen vorgeworfen, getrennt von Herd und Familie zu wenig Kinder zu bekommen und somit die Kleinfamilie nicht ordnungsgemäß reproduzieren zu können. Zu guter Letzt wird in den Theorien der Neuen Rechten angenommen, dass der Feminismus Männer verweichliche und sie somit

nicht mehr in der Lage seien, das Volk und die Nation zu beschützen.

Gefährlich sind diese Entwicklungen und Annahmen insbesondere, da die Angst vor einer Gender-Ideologie und dem Verlust des traditionellen Familienbildes als Scharnier und Kitt zwischen dem rechts-extremen Rand und der gesellschaftlichen Mitte fungieren kann. Nicht jede Spielart des Antifeminismus proklamiert schließlich offen die Überlegenheit des Mannes. Stattdessen gibt es auch eine bürgerliche Variante, die scheinbar für Gleichstellung steht, jedoch gegen angebliche Gleichmacherei und Gender-Wahnsinn eintritt und an die rechtsextreme Ideologien andocken können. Sie zeigt sich in den Debatten um gegenderte Sprache, die Rechte von queeren Menschen und Political Correctness.

Teil 3: Patriarchat und Kapitalismus

Die auf vermeintlicher Überlegenheit beruhenden Geschlechterverhältnisse hängen mit weiteren Herrschaftsverhältnissen zusammen, die unsere Gesellschaft durchdringen. So basiert das kapitalistische Wirtschaftssystem auf harter Konkurrenz. In diesem Rahmen sind teilweise unbewusste sexistische und rassistische Denkweisen und Diskriminierungen geeignet, den eigenen Platz in einer Unternehmenshierarchie zu sichern und sich Status und Bedeutung zu erhalten, welche mit bestimmten Berufen und Posten einhergehen. Auf diese Weise knüpft sich ein enges Band zwischen Patriarchat, Kapitalismus und Rassismus.

Teil 4: Mut zur Veränderung

Allein die Bewusstwerdung dieser vermeintlich natürlichen Ordnung ist bereits ein erster Schritt, um sie zu überwinden. Des Weiteren gibt es zivilgesellschaftliche Aktivist_innen, die sie herausfordern und das binäre Verständnis von Geschlecht weiter verschieben. Ein Beispiel sind queerfeministische Bewegungen, die in der Tradition der strategischen Identitätspolitik auf ihre spezifischen Diskriminierungserfahrungen aufmerksam machen und sich zu eigenen Gruppen zusammenschließen.

Aber auch Familienformen wie Co-Parenting, bei denen sich mehrere Erwachsene zugleich um die Kindererziehung kümmern, rütteln an der tradierten Geschlechterordnung und dem Bild der Kleinfamilie. Sie ermöglichen dem Einzelnen mehr Freiheit und Selbstverwirklichung.

Diese neuen Formen des Miteinanders haben das Potenzial, das kategoriale Denken aufzubrechen und somit bisherige Herrschaftsverhältnisse zu überwinden.

buch | votum

Carolin Wiedemanns kämpferische Streitschrift liefert einen interessanten Beitrag zu einer Diskussion, die auch innerhalb der Sozialen Demokratie geführt wird. Diese Debatte dreht sich um die Gegenüberstellung vom Kampf gegen Diskriminierung und dem Eintreten für soziale Gerechtigkeit. Sie beklagt, dass durch

elitäre Diskussionen über Vielfalt die Nöte der Arbeiter_innenklasse vergessen würden. Wiedemann widerspricht dieser These und verdeutlicht einmal mehr, dass Feminismus kein elitäres Projekt zum Nutzen einiger weniger ist, sondern der gesamten Gesellschaft zugutekommen kann.

Etwas zu kurz kommen in Weidemanns Argumentation strukturelle und politische Maßnahmen, die für mehr Geschlechtergerechtigkeit sorgen könnten. Stattdessen stellt sie zivilgesellschaftliche und aktivistische Initiativen in den Mittelpunkt ihrer Untersuchung.

06

—

Europa

Große Erwartungen. Auf den Spuren des europäischen Traums. Von Geert Mak.

Kernaussagen

Vor zwei Jahrzehnten hat Geert Mak ein Buch über Europa im 20. Jahrhundert geschrieben, das im Jahr 1999 aufhörte – mit einem optimistischen Tenor. Dies ist seine Fortsetzung: Was ist beim turbulenten Start ins 21. Jahrhundert mit der europäischen Welt geschehen? Wo stehen wir heute, zwanzig Jahre später? Was ist aus den großen Erwartungen geworden?

Von Schottland bis in die Ukraine hat er den Kontinent durchstreift und spürt hier in seinen Geschichten und Erzählungen vor allem den innereuropäischen Bruchlinien der vergangenen zwei Jahrzehnte nach. Von der Euphorie des EU-Beitritts der osteuropäischen Länder über die Finanzkrise von 2008 / 9 bis zur Flüchtlingskrise von 2015 und dem zunehmenden Rechtspopulismus nimmt er die zeitgenössischen Herausforderungen und Krisen bis zum Beginn der Corona-Pandemie in seinen Blick. Bei aller nüchternen Betrachtung ist das Buch trotzdem durchzogen von einer strapazierten, aber dennoch ungebrochenen Hoffnung auf Europa.



Von Geert Mak, erschienen 2020 im Siedler Verlag, München. Kurzgefasst und eingeteilt von Gero Maaß*.

buch | essenzen

Einordnung aus Sicht der Sozialen Demokratie

Der kühle Kopf von Geert Mak begleitet unaufgeregt durch die zurückliegenden zwei Jahrzehnte und ermöglicht es nebenbei auch, eine Bilanz sozialdemokratischer Europapolitik zu ziehen und diese kritisch zu hinterfragen. Er liefert Erklärungen für zentrale Anliegen der sozialen Demokratie oder Befürchtungen: etwa für die Gründe des wachsenden Nationalismus und offenen Antisemitismus, für die Folgen neoliberal forciertes ökonomischer und sozialer Schief lagen, für das Ressentiment gegenüber Migration und Geflohenen, aber auch für einen fanatisierten

Islamismus. Schließlich, was bedeuten die fragiler werdenden Bindungen in der Wertegemeinschaft des Westens und die schwindende Kraft der Weltmacht USA für Europa?

Das soziale Europa kommt in seinen Erzählungen etwas zu kurz, Gewerkschaften tauchen bei ihm nur am Rande auf. Dafür dürfte besonders ein Satz bei vielen Leser_innen beifälliges Nicken hervorrufen:

„In meinem Kopf wohnen seit Jahrzehnten ein Europäer und ein Demokrat. Sie waren immer recht gut miteinander ausgekommen. Doch inzwischen stritten sie sich ständig, und das nahm gar kein Ende mehr.“

buch | autor

Geert Mak, geboren 1946, ist einer der bekanntesten Publizisten der Niederlande und gehört nach drei großen Bestsellern zu den wichtigsten Sachbuchautoren des Landes. Zu seinen bekanntesten Veröffentlichungen zählen *Das Jahrhundert meines Vaters* (2003) und *In Europa* (2005). Für sein Werk erhielt er 2008 den Leipziger Buchpreis zur Europäischen Verständigung.



* Gero Maaß ist freiberuflicher Berater und war bis 2020 für die Friedrich-Ebert-Stiftung tätig, u.a. als Leiter der Internationalen Politikanalyse sowie der Büros in Frankreich, Großbritannien, Spanien sowie für die nordischen Länder.

buch | inhalt

Seine neue Inspektionsreise beginnt dort, wo sein erstes Europa-Buch hoffnungsvoll geendet hatte. Ein selbstbewusstes Europa sprach sich eine kulturelle, politische und mentale Führungsrolle an der Seite der USA zu. Seinen Erfolg, seine Stärke und Dynamik verdankte Europa dabei zwei Eigenschaften: der „Vielfalt und Beweglichkeit“. Zur Jahrtausendwende blickte der Kontinent auf eine wirtschaftliche Blüte seines sanften Kapitalismus mit seinen regionalen Spielarten. Später kam schleichend die Wende, wurden überall in Europa Wirtschaften und Gesellschaften marktgerecht ummodelliert. Der Fall der Mauer hatte die Wiedervereinigung West- und Osteuropas auf die Tagesordnung gesetzt, die politische Vertiefung würde später erfolgen. Die Transformationskosten in Osteuropa wurden dabei bei Weitem unterschätzt!

Realitätstest: Jahr für Jahr macht er sich auf die Spuren des europäischen Traums und warnt:

**„Eine besonders erfreuliche Lektüre wird es nicht.“
Er zitiert im Rückblick den ungarischen Schriftsteller György Konrád: „Ihnen war nicht bewusst, wie dünn die Schicht der Zivilisation war, welche vulkanischen Kräfte unter der Oberfläche arbeiteten.“**

Wählen wir jahresweise und stichwortartig einige wirtschafts-, demo-

kratie- und sicherheitspolitischen Schwerpunkte aus seiner komplexen Geschichten- und Faktensammlung aus:

1999

Im Vertrag von Maastricht (1992) wurde die Einführung des Euro zum Jahr 2000 offiziell beschlossen. So wurde in der Sturm- und-Drang-Zeit der größten geopolitischen Veränderung in Europa seit 1945 – in den Worten von Timothy Garton Ash – ein kränkliches Kind gezeugt. Schon damals lautete die zentrale Warnung: Der Euro ist eine Fehlkonstruktion, eine Währungsunion ohne politische Union kann unmöglich funktionieren.

2000

Der Zusammenbruch des Sowjetreiches war eine einzige Demütigung gewesen, die Jelzin-Jahre brachten Chaos und das große Plündern. Nun entwickelte Putin seine ‚gelenkte Demokratie‘, eine typisch russische Mischung aus modernem Zarismus kombiniert mit westlichen Formen und Werbemethoden und einem modernisierten, allgegenwärtigen Geheimdienst als Kern der Macht.

2001 – 2003

Aus sicherheitspolitischer Perspektive: Mit 9/11 flammt der Terrorismus mit all seinen Folgen im Innern und außen auf. Der Krieg der USA und der Koalition der Willigen gegen den Irak spaltet die Union in Befürworter und Gegner, in ‚altes und neues‘ Europa.

2004

Die große Erweiterung um zehn mittel- und osteuropäische Staaten sollte zu einem Triumph des wiedergeborenen Europas werden – doch bereitet sie in den Folgejahren immer mehr Europäern Sorgen. All die historischen Erfahrungen Osteuropas, die so anders waren als die des Westens, bleiben auch in den Jahren danach auf unterschiedlichen Gebieten prägend. Ein autokratischer, populistischer Nationalismus überschattet nicht nur Ungarn und Polen.

2005

Die Ausarbeitung des Vertrages über die Europäische Verfassung scheitert durch Volksabstimmungen in den Niederlanden und in Frankreich mit ablehnendem Ausgang – ein Augenblick der Wahrheit. Das Nein so vieler Bürger im Kerngebiet der EU war der erste offene, massenhafte Protest gegen das gewachsene Europa der Behörden, der das demokratische Defizit der Union offenbarte. Die politische Integration wurde für Jahre abgebrochen. 2009 trat stattdessen der im Vergleich zum Verfassungsentwurf abgespeckte Grundlagenvertrag von Lissabon in Kraft, der der Gemeinschaft trotzdem neue zukunftsweisende, auch institutionelle und verfahrensmäßige Verbesserungen brachte.

2008 – 2010

Die Jahre der großen Finanz- und Eurokrise nährten durch die Rettung der Banken mit Steuergeld zu Recht das

Misstrauen gegen den Finanzkapitalismus. Der Euro geriet in Bedrängnis und erzwang einen Rettungsschirm, der indes nicht verhinderte, dass Millionen vor allem in Südeuropa in die Armut rutschten. Mehr noch: Eine ganze junge Generation galt als verloren. Mit dem Fiskalpakt (2012) und anderen Instrumenten wurden strenge Verschuldungsregeln und mit ihm Sparpolitiken verankert, die das Diskussionsklima zwischen dem Norden und Süden der Gemeinschaft für Jahre bestimmten, ja vergifteten. Mehrfach hing die Zukunft an einem seidenen Faden.

2014

Die Konflikte mit dem neuen Russland Putins nehmen zu. Neben dem Krieg in Georgien sorgt die Ukraine für anhaltende Auseinandersetzungen. Zwar wurde die Ukraine 1991 unabhängig, doch die Diskussionen über die Identität des Landes verstummten nie. Die russische Annexion der Krim liefert anhaltende Sprengkraft und führt – wie andere internationale Konflikte auch – der EU immer wieder die Grenzen ihrer außen- und sicherheitspolitischen Handlungsfähigkeit vor Augen.

2015

Das gelobte Land – die Kriege in Afghanistan, dem Irak und in Syrien sorgten in Europa für eine Welle von Migranten, über deren politischen Umgang sich die EU-Mitgliedsländer letztlich bis heute streiten. Das Ende des Schengen-Systems lag in der Luft. In den meisten Mitgliedsstaaten wuchs die Angst vor

Migration stetig, als Folge des ‚Wirschaffen das‘ treten nationalistische Rechtspopulisten ihren Siegeszug an, kommen an die Macht oder vergiften das innenpolitische Klima. In Frankreich, Deutschland, Schweden, Dänemark oder Niederlande breitete sich Wohlstandschauvinismus aus.

2016

In Großbritannien wurde Immigration zum Hauptthema der immer aggressiver geführten Brexit-Debatte. Im Juni stimmten 52 % der Briten bei einem Referendum für den Austritt aus der Europäischen Union, der indes erst nach jahrelangen, quälenden Verhandlungen zum 31.12.2020 vollzogen wird. Entgegen vieler Befürchtungen hielt die Einheit der verbliebenen 27 Mitgliedsländer.

2017 – 2019

Mit der Renaissance nationaler Träume und Emotionen steht das Vereinigte Königreich nicht allein. Die Volksparteien des 20. Jahrhunderts zeigen sich müde und verbraucht, der Fortschrittsoptimismus der Mittelschichten schmilzt dahin. Vor allem zwischen der Union und den rechtspopulistisch regierten Polen und Ungarn wachsen die Meinungsverschiedenheiten über Werte und Institutionen des demokratischen Rechtsstaates – eigentlich konstitutionelle Elemente der EU.

Wird die labile staatliche Konstruktion namens EU überleben? Die erst kurz, 50 Jahre währende Geschichte der EU hat gezeigt, dass Bedrohungen und Krisen auch

verbindend wirken können. Die „demokratische Unreife“ der Union wird ein immer ernsteres Problem, auch weil heute im Zuge der digitalen Kommunikation neue Akteure auftreten und neue Konfliktformen und Desinformationskampagnen entstehen.

Nach innen zeigt sich die Union oft zerstritten (vor allem in grundsätzlichen Fragen der Demokratie und der Migrationspolitik), nach außen liegen zwischen Anspruch und Wirklichkeit geopolitischer Macht wohl noch lange Jahre – auch wenn die Erfahrungen mit der Präsidentschaft von Donald Trump dem Ziel einer strategischen Autonomie der EU energischen Nachdruck verliehen hat. Alles im Schatten des unaufhaltsamen Aufstieges Chinas und der geostrategischen Neuordnung nach dem Ende des amerikanischen Jahrhunderts.

Frühjahr 2020

Die Corona Pandemie testet den Zusammenhalt der Gemeinschaft erneut. Erstmals nach Jahrzehnten gibt es Grenzschließungen und Kontrollen im Schengenraum. Die aus der Gesundheitskrise erwachsene Rezession möchte die Union mit einem engagierten, milliardenschweren Wiederaufbaufonds ‚NextGenerationEU‘ gemeinsam anpacken. Vor allem dem besonders betroffenen Süden will man im Gegensatz zum Krisenmanagement im Zuge der Finanzkrise diesmal solidarischer mit erstmals gemeinsamen EU-Schulden begegnen. Mehr noch sollen Krisenbekämpfung sowie digitaler und klimafreundlicher Strukturwandel verknüpft

werden – ein engagiertes Versprechen an die EU-Bürger, dessen Einlösung im laufenden Jahrzehnt mit über den Fortgang der Union entscheiden wird.

Um die Jahrtausendwende konnte von einer europäischen Öffentlichkeit kaum die Rede sein. Heute ist Europa oft ein Hauptthema auf den Titelseiten. Auch dank des Internets beginnt es allmählich Wirklichkeit zu werden: „ein europäisches Kaffeehaus mit permanenter öffentlicher Diskussion“. Trotz mancher düsterer Beschreibungen ist der Schlusssatz des Buches von Geert Mak noch einmal eine allegorische Bekräftigung seines europäischen Zukunftsoptimismus:

**„Ich gehe zu unserer
Dorfkirche und ziehe am
Glockenseil, hoch über mir be-
ginnt wieder die Glocke zu
läuten. Sie stammt aus dem
Jahr 1354, sie hat alles ge-
sehen und erlebt, und doch
wird sie nicht müde.“**

zahllosen lokalen Beobachtungen und Gesprächen mit Augenzeugen sichtbar und wahrnehmbar zu machen. Europa erinnert an Karl Schefflers Beschreibung von Berlin aus dem Jahre 1910: Die Stadt, so der Kunstkritiker, sei „dazu verdammt immerfort zu werden und niemals zu sein“ (*Berlin – ein Stadtschicksal*).

Kaffeehaus Europa – bei einer Tasse Tee oder Kaffee im Lieblingscafé durch einen lebendigen und dennoch präzisen Text neue Über- und Einblicke gewinnen.

buch | votum

Geert Mak ist ein detailreicher Erzähler unter den Historikern unserer Zeit. Mehr Reisebericht als nach Themen strukturiertes Sachbuch knüpft er direkt an sein Buch ‚In Europa‘ an. Wie damals gelingt es ihm, lebendig den europäischen Geschichtsfaden als reflektierte Chronik weiterzuspinnen. Es gelingt ihm, das fragile Wesen Europas als eine Kette von Krisenbewältigungen zu ergründen, es in

7 Mythen über Europa. Plädoyer für ein vorsichtiges Europa. Von René Cuperus.



Kernaussagen

Nach innen wie außen befindet sich die EU in schwerem Fahrwasser. Wie kann der weitere Weg für die Union nach Euro- und Migrationskrise, Brexit und Corona aussehen? Um diese Frage zu beantworten, räumt der niederländische Politikberater René Cuperus zunächst mit sieben zentralen Mythen rund um die Union auf. Sein Fazit: Die europäische Zusammenarbeit braucht mehr Realismus. In einem Plädoyer wirbt er für ein „vorsichtiges Europa“, für mehr Ausgewogenheit zwischen europäischer Integration und nationalstaatlicher Souveränität. Gebraucht wird ein starkes Europa nach außen, ein sanftes nach innen.

Von René Cuperus, erschienen 2021 im Dietz Verlag, Bonn. Kurzgefasst und eingeordnet von Gero Maaß*.

buch | essenzen

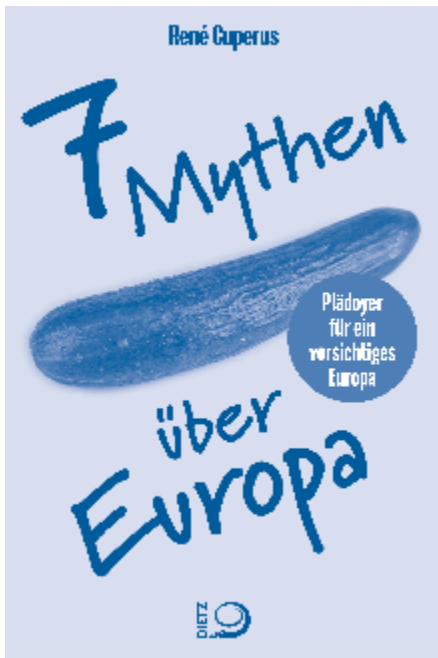
Einordnung aus Sicht der Sozialen Demokratie

Renés politische Heimat ist die niederländische Sozialdemokratie. Er ist immer dafür gut, um mit deutlicher Sprache sozialdemokratische Träume zurück auf den Boden der Tatsachen zu zerren. Nach den Themen Migration und Integration hat er sich Europas Traum vorgenommen. Das Buch liefert eine gute Blaupause, um seine eigenen europapolitischen Positionen einem Realitätstest zu unterziehen. Zumal er als Niederländer aus einem mittleren Mitgliedsland kommt, das Gründungsmitglied der Gemeinschaft ist und mehr noch – das geschichtlich positiv auf seine nationalstaatliche Tradition blickt.

[Besser für Audio:] Wohl mit Vorsicht, ja Skepsis würde er die alte SPD-Vision von den Vereinigten Staaten von Europa aus dem Heidelberger Programm aus dem Jahr 1925 kommentieren sowie einige europapolitische Ziele des Koalitionsvertrages der neuen deutschen Ampelregierung.

Als langfristiges Ziel postuliert der Vertrag, die EU in einen „föderalen europäischen Bundesstaat“ zu verwandeln – ein hehres Ansinnen, das bei vielen EU-Regierungen auf Ablehnung stoßen wird und Gefahr läuft, mehr Erwartungen zu wecken als einlösen zu können.

Für Cuperus wäre es sogar Teil jener Mythen, die er mit seinem Buch entlarven möchte. Er will indes nicht das Kind mit dem Bade ausschütten: Was soll denn auch an die Stelle der EU treten? Sicherlich nicht Wolfgang Streecks illusionäres Netz aufgeklärter Nationalstaaten (siehe: <https://www.fes.de/akademie-fuer-soziale-demokratie/buch-essenzen/buch-essenzen-streeck>). Auf der Basis von Europa-Realismus plädiert Cuperus für ein „vorsichtiges Europa“. Viele der europapolitischen Koalitionsziele würden da sicherlich auch sein Plazet finden. Vorsicht ist gut, kann indes auch in Stillstand enden – 16 Jahre Merkel lassen grüßen! Der von Kanzler Scholz im Wahlkampf so oft betonte Respekt hätte auf jeden Fall auch in diesem Politikfeld seinen Platz.



* Gero Maaß ist freiberuflicher Berater und war bis 2020 für die Friedrich-Ebert-Stiftung tätig, u.a. als Leiter der internationalen Politikanalyse sowie der Büros in Frankreich, Großbritannien, Spanien sowie für die nordischen Länder.

buch | autor

René Cuperus, geb. 1960, Dr. Senior Associate Fellow im niederländischen Think Tank „Clingendael“, Mitarbeiter am Deutschland Institut der Universität Amsterdam. Politischer Kolumnist für den privaten Nachrichtensender RTLZ.

buch | inhalt

Eine zentrale Frage durchzieht das Buch:

„Wie kann man ein Mehrvölkerreich mit 500 Millionen Einwohnern in eine wahre Demokratie verwandeln?“

Der Autor formuliert dabei vier Sorgen, identifiziert sieben Mythen und liefert ein Plädoyer für ein vorsichtiges Europa.

Seine Ausgangspunkte sind diese vier Sorgen:

- **die große Entfremdung zwischen der europäischen Politik und dem durchschnittlichen EU-Bürger,**
- **die Instabilität der nationalen Gesellschaften,**
- **die Unsicherheit, ob es der Mainstreampolitik gelingt, den Angriff der Nationalpopulisten auf Europa abzuwehren,**

- **die geopolitische Machtverschiebung hinsichtlich des Aufstiegs Chinas und des zunehmenden Antiamerikanismus.**

Cuperus' Fazit: So wie das „Elitenprojekt“ Europa jetzt funktioniert, bringt es die Menschen gegeneinander auf und spaltet unsere Gesellschaft. Die Europäische Union ignoriert nationale Eigenheiten, verletzt Gefühle demokratischer Selbstbestimmung und beschädigt die Handlungsfähigkeit des Nationalstaats, ohne eine glaubwürdige, effiziente und faire Administration an dessen Stelle zu setzen.

Er beklagt, was er als Schwarz-Weiß-Denken im Europa-Diskurs empfindet. Er sieht hier zwei Gegenpole. Auf der einen Seite jene, die von einem in Glanz und Glorie wiederhergestellten Nationalstaat träumen, Rechtspopulisten und Nationalisten. Auf der anderen Seite enthusiastische Integrationisten, die nicht weniger als die „Verinigten Staaten von Europa“ vor Augen haben. Beiden bescheinigt Cuperus mythisches Denken und identifiziert sieben Mythen der europäischen Integration.

Sieben Mythen der europäischen Integration:

1. Mythos der „Ever Closer Union“:

Wie ein suggestiver Schleier liegt über der Gemeinschaft das Zukunftsmantra, dass

nur Schritt für Schritt in eine immer engere Gemeinschaft wirklich vorwärts geht. Indes ist es unklar, wo das Ziel ist, wie es dort aussieht und wie weit es noch ist.

2. Mythos vom Ursprung:

Nie wieder Krieg – die glorifizierende und oft kultisch verbrämte Legende der Lehren des Zweiten Weltkriegs zur Deutung historischer Erscheinungen und neuer Kooperationen; die Erblast der Deutschen prägt die „Ever Closer Union“ stark. Die Lehre der Geschichte habe deutlich gemacht, dass der Nationalstaat überwunden werde müsse. Dieses weitgehend auf deutscher Erfahrung beruhende Narrativ wird den Erfahrungen anderer Länder nur begrenzt gerecht.

3. Brexit-Mythos:

Der Post-Brexit Kater soll den anderen eine Lehre sein, die Bürger sind mit einem Schlag proeuropäisch geworden.

4. Mythos der nationalen wie europäischen Souveränität:

Es gibt keine europäische Souveränität ohne amerikanische Unterstützung.

5. Mythos des Populismus:

Der (doppelte) Mythos des Populismus wird böswillig gepflegt von den Nationalpopulisten selbst („Stimme des Volkes“), findet indes auch seinen Niederschlag im Irrtum, dass die populistische Wählerschaft nur einer „Bauchgefühl-Demagogie“ folgt; statt sie als Warnung der etwa von Globalisierung Benachteiligten zu sehen.

6. Mythos der europäischen Wertegemeinschaft:

Sie ist nur ein fragiles Konstrukt.

7. Mythos der Einheitswährung:

Der Euro wurde auch als politisches Projekt begonnen und hat sein Gründungsdilemma ungleicher wirtschaftlicher Entwicklungsstandards nicht überwunden. Mehr noch ist die Frage ungeklärt, ob es sich um eine Ehe mit Gütertrennung handelt oder nicht.

Ein Mythos ist die Vorstellung, in der heutigen Welt könne ein europäischer Nationalstaat noch als souveräner Akteur auftreten. Ein Mythos ist aber auch die Idee einer europäischen Souveränität durch eine „Ever Closer Union“, weil sie eine Einheitlichkeit der Willensbildung

voraussetzt, die der europäische Pluralismus nicht zulässt. Die Schönheit Europas besteht gerade in seiner großen, historisch gewachsenen kulturellen Vielfalt und den unterschiedlichen Traditionen. Fast nirgendwo auf der Welt findet man auf kleinem Raum so viele unterschiedliche Sprachen, Religionen und kulturelle Traditionen. Europa ist ein Paradies der kleinen Nationalstaaten.

Cuperus sieht die engagierten Euroföderalisten unter Hochqualifizierten mit internationalen Karriereperspektiven. Euroskepsis findet sich dagegen eher in der unteren Mittelschicht, die seit Jahren die Kehrseiten von Globalisierung und Flexibilisierung hat erleben müssen. Hier wird der Nationalstaat geschätzt als Raum sozialer Sicherheit und demokratischer Mitsprache. Vor diesem Hintergrund sollten Europapolitiker sich den Aufstieg rechtspopulistischer Parteien auch als ernste Warnung zu Herzen nehmen. Es kann nicht gut gehen, wenn der Kurs der etablierten Politik strukturell, langfristig und grundlegend von dem abweicht, was fast die Hälfte der Bevölkerung will. Doch das ist in den zurückliegenden Jahrzehnten mehr oder weniger geschehen.

Zu viel Uniformität sorgt für Ungleichgewichte und erzeugt nationale Widerstandsreflexe. Die größte Gefahr für die gemeinsame Währung liegt wohl in der eines entfesselten kleinteiligen Nationalismus, der über die Wohlfahrtsgewinne der europäischen Integration siegt. Diese Entwicklung hat man in Großbritannien gesehen. Das Land hat durch den Brexit

scheinbar Souveränität zurückgewonnen, aber es zahlt auch einen hohen Preis dafür – kurz: mehr Souveränität, weniger Wohlstand. Die erhoffte Lehre für die restlichen 26: die Renationalisierung Europas. Eine Rückkehr zum vollkommen souveränen Nationalstaat ist nicht nur illusorisch, sondern auch ein riskanter Vorschlag. Ahistorische Naivität.

Gewappnet mit einer guten Portion Realismus setzt Cuperus sich in seinem Plädoyer für ein „vorsichtiges Europa“ ein – sanft nach innen, stark nach außen, weder europaskeptisch noch europaföderal.

Gerade die kleineren Mitgliedsländer könnten in einer weiter integrierten EU gegenüber den Schwergewichten Deutschland und Frankreich ins Hintertreffen geraten, warnt der Niederländer. Im Übrigen kreisen seine Überlegungen um die Frage, wie weit die europäische Einigung gehen dürfe, ohne dass der Wesenskern Europas, die Vielfalt und Eigenständigkeit der Gesellschaften sowie die Funktionsfähigkeit der Mitgliedstaaten, Schaden nehmen. Cuperus sieht durchaus Grenzen der Diversität. Sie verlaufen für ihn dort, wo – wie derzeit in Polen und Ungarn – die Grundprinzipien von Demokratie und Rechtsstaat auf dem Spiel stehen.

Mehr Kooperation sei auch im Interesse der globalen Selbstbehauptung Europas geboten. Cuperus spricht hier von „externer Souveränität“, die idealerweise gemeinsam ausgeübt werden sollte. Er kann sich sogar einen Europäischen Sicherheitsrat vorstellen, als Stützpfiler der westlichen

Allianz. Im Gegenzug muss die „interne Souveränität“ der Nationalstaaten in der Innen-, Rechts-, Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik unangetastet bleiben. Dass stattdessen die EU unter Berufung auf Erfordernisse des Binnenmarkts und der Währungsunion in immer mehr Bereiche der nationalstaatlichen Politik hineinregiert, ist ein steter Anlass für Konflikte.

Demgegenüber hat der durchschnittliche, „realistische Europäer“ in der Regel kein Problem damit, „externe Souveränität“ – Verteidigung, Außenpolitik, Welthandel – abzugeben. Bedenken hingegen hat er, wenn es gilt, „interne Souveränität“ in den Bereichen zu delegieren, in denen die EU tief in die nationale Wirtschaft und die wohlfahrtsstaatlichen Einrichtungen eingreift. Der durchschnittliche Europäer zieht eine EU, die als intergouvernementale Organisation operiert, einer neuen, über ihm stehenden Staatsmacht vor.

buch | votum

Cuperus liefert eine Einschätzung der Stärken und Schwächen der EU und fordert: Die europäische Zusammenarbeit muss neugestaltet werden! Dabei bringt er die Sicht eines der kleineren EU-Länder ein, das zu den Gründungsmitgliedern der Gemeinschaft gehört. Die EU hat sich immer weiter von der ursprünglichen Idee eines vereinten Europas entfernt. Es kommt auf die richtige Balance zwischen der EU und ihren nationalen Demokratien an.

Europa hat seine Staatenordnung durch Vertiefung und Erweiterung organisiert. Die mythische Vision einer immer engeren Union bedarf der Präzision. Da ist man ganz beim Autor. Besonders seine Kritik an glorifizierenden und oft kultisch verbrämten Legenden zur Deutung historischer Erscheinungen liest man mit wohlwollendem Kopfnicken. Das Buch bietet dem Leser die Chance, das von ihm zu Recht beklagte Schwarz-Weiß-Denken im Europa-Diskurs zu durchbrechen. Was der Autor manchmal zum Mythos stilisiert, stellt sich bei näherer Betrachtung eher als Melange von Zielen, immer wiederkehrenden Herausforderungen oder Politikkonflikten dar.

Mehr noch, nicht nur, was drinsteht, regt zum Weiterdenken an. Sondern sogar auch das, was fehlt. Beim Plädoyer für ein „vorsichtiges Europa“ hätte man sich noch ein bisschen mehr kohärente politische Wegmarken gewünscht. Kraftvoll nach außen, ja, ein globaler Mitspieler wird man nicht mit schönen Worten. Auch gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik verlangt Einschnitte bei nationalen Souveränitätsrechten und demokratischen Errungenschaften (Beispiel Parlamentsvorbehalt bei Bundeswehreinräten).

Die EU propagiert nach den jüngsten internationalen Erfahrungen mehr strategische Autonomie. Das 750 Mrd. umfassende Wiederaufbauprogramm „Next Generation EU“ soll nicht nur die krisenhaften Einbrüche der Covid-Pandemie kompensieren, sondern die EU in Klimafragen zum Vorreiter machen, einen Digitalisierungsschub einleiten und eine europäische Industriepolitik

begründen. Aspekte, die die Souveränität nach innen und außen verbinden. Er verweist auf eine Union, die fortlaufend nach einer Balance und Architektur sucht. In diesem Sinne ist der Wunsch oder Versuch, eine fertige Union mit abschließender Zielfixierung zu formulieren, selbst ein Mythos. Vielleicht sind wir nicht eine „Ever Closer Union“, sondern eine „Ever Searching Union“, auch in 50 Jahren noch.

Also: auf jeden Fall lesen, oft zustimmend nicken, mal den Kopf schütteln und dabei doch nicht ganz den Impuls für engagierte Wegmarken für Europa verlieren! Bei aller Diversität zeigen die europäischen Länder gemeinsame Merkmale eines Gesellschaftsmodells, das sich mit seiner Verknüpfung von Kapitalismus, Demokratie und Würde deutlich von amerikanischen oder asiatischen Gesellschaftsentwürfen unterscheidet. Dafür lohnt es sich einzustehen.

07

—

Israel

Im eigenen Feuer. Wie Israel sich selbst zum Feind wurde und die jüdische Demokratie trotzdem gelingen kann. Erinnerungen eines Geheimdienstchefs. Von Ami Ajalon mit Anthony David.

Kernaussagen

Der Friedensprozess zwischen Israel und den Palästinensern befindet sich seit Jahren in einem Stillstand. Zu beachten ist dabei nicht nur das völlig zerrüttete Verhältnis zwischen den israelischen und palästinensischen öffentlichen Akteuren und Institutionen. Zu beachten ist auch die tiefe Zerrissenheit der israelischen Gesellschaft selbst und die unzureichende Auseinandersetzung damit, auf welchen identitären und politischen Grundlagen ein demokratisches politisches Gemeinwesen in Israel aufbauen müsste.



Entscheidend ist dabei, die Ambivalenzen der Siedlungsgeschichte einschließlich der gleichzeitigen Verdrängung der Palästinenser seit der Staatsgründung zu verstehen. Die Frage, ob es auf der anderen Seite Partner für den Frieden gibt, hängt zudem maßgeblich auch mit dem jeweils eigenen Handeln zusammen. Ein Frieden auf Basis einer durch die israelische und palästinensische Gesellschaft getragenen Einigung erscheint weiterhin möglich.

Von Ami Ajalon mit Anthony David, erschienen 2021 im J.H.W. Dietz Verlag, Bonn. Kurzgefasst und eingeordnet von Thilo Scholle*.

buch | essenzen

Einordnung aus Sicht der Sozialen Demokratie

Die Solidarität mit dem Staat Israel gehört zu den unverrückbaren Grundlagen einer Politik der Sozialen Demokratie. Mit dem Ziel einer friedlichen Einigung über eine Zweistaatenlösung zwischen Israel und Palästina ist die politische Forderung zur Lösung und Beendigung der gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Israel und den Palästinensern zudem seit langem unverändert. Zugleich sind Debatten und Einordnungen des Konflikts aus der deutschen Distanz schwierig und teils nicht frei von simplifizierenden Parteinahmen – jeweils zugunsten einer der beiden Seiten.

Umso wichtiger ist es, progressive Stimmen aus den betroffenen Ländern selbst zu hören und in die eigene Positionierung einzubeziehen. Ami Ajalons Erinnerungen leisten einen spannenden Beitrag zur Analyse und Debatte. Als ehemaliger Militär und als ehemaliger Geheimdienstchef mit Blick auf Grundfragen der israelischen nationalen Sicherheit nicht naiv, zeigt er auf, wie ein auf Ausgleich und gegenseitigem Respekt basierender Friedensprozess möglich sein könnte.

buch | autoren

Ami Ajalon wurde am 27. Juni 1945 in Tiberias im damaligen britischen Mandatsgebiet Palästina geboren und wuchs in einem Kibbutz auf. Nach seiner Meldung zum Militär im Jahr 1963 gehörte er über dreißig Jahre der Eliteeinheit Schajetet 13 an, war Oberbefehlshaber der Marine und von 1996 bis zum Jahr 2000 Chef des Inlandsgeheimdienstes Schin Bet. Gemeinsam mit dem palästinensischen Professor und Aktivisten Sari Nusseibeh rief er im Jahr 2003 die Friedenskampagne „Peoples Voice“ ins Leben. Ab 2006 war er Mitglied der israelischen Knesset und für kurze Zeit Minister.

Der Co-Autor Anthony David ist Historiker und lehrt kreatives Schreiben am Campus der University of New England in Tanager, Marokko.



*Thilo Scholle ist Jurist und arbeitet als Referent in der Denkfabrik Digitale Arbeitsgesellschaft des Bundesministerium für Arbeit und Soziales.

buch | inhalt

Das Buch gliedert sich in einen Prolog sowie 27 Kapitel. Die Darstellung folgt dabei nicht der Lebenschronologie des Autors, sondern springt zwischen aktuellen Einordnungen, Erinnerungen an prägende persönliche Erlebnisse sowie der Schilderung von Begegnungen mit Persönlichkeiten, die der Autor im Zuge der Arbeit am vorliegenden Band traf. Vorangestellt sind dem Band ein Geleitwort des Dirigenten und Friedensaktivisten Daniel Barenboim sowie ein Vorwort des amerikanischen Diplomaten und zeitweiligen Nahost-Friedensunterhändlers Dennis Ross.

Barenboim schreibt, Ajalons Buch habe ihn nicht nur überrascht, sondern tief bewegt. Die Memoiren würden zeigen, dass es für Menschen doch möglich sei, sich selbst, seine Meinungen und Handlungsweisen zu ändern und das Gegenüber nicht nur zu erkennen, sondern auch Empathie für den vermeintlichen Feind zu entwickeln:

„In dieser Wandlungsfähigkeit liegt, meiner Meinung nach, der Schlüssel zur Lösung des Konflikts. (...) Die Israelis werden dann Sicherheit haben, wenn die Palästinenser Hoffnung spüren können, also Gerechtigkeit. Beide Seiten müssen ihre Feinde als Menschen erkennen und versuchen, ihre Sichtweise, ihren Schmerz und ihre Not nachzuempfinden.“

Dennis Ross stellt als eine wichtige persönliche Eigenschaft Ajalons heraus, dass dieser immer alle Standpunkte habe hören wollen, auch solche, die seine eigenen Anschauungen anfochten.

Erinnerungen & Einordnungen

Im Oktober 2000, gab Ajalon einem Fernsehsender ein Interview. Das war kurz nach Beginn der zweiten Intifada in den palästinensischen Gebieten und vor dem Hintergrund von Selbstmordanschlägen, die palästinensische Attentäter in Israel verübten. In dem Interview sagte Ajalon: Wenn der Terror gestoppt werden solle, müssten Israelis aufhören, die Palästinenser als Erbfeinde zu behandeln. Diese Menschen strebten nationale Rechte an, wie die Israelis sie hätten, und sie verdienten sie auch.

In der Zeit bei der Schajatet 13 waren militante Palästinenser einfach Zielpersonen, die es auszuschalten galt.

„Den Kern meines Ethos als Kämpfer bildete die unerschütterliche Treue zu Fakten, wie ich sie sah: Meine Männer und ich mussten den Feind töten, da die Araber unsere Ansprüche freiwillig niemals akzeptieren würden. Für unser Überleben und zur Verteidigung unserer Anrechte als Juden auf das Land Israel zu töten, wäre wohl unser Schicksal bis ans Ende der Zeiten.“

Als Geheimdienstchef galt es nun aber, über den bislang üblichen „Wir-gegen-die“-Tellerrand hinauszublicken, um den Grundursachen des Terrors zu begegnen.

„Ich musste mich mit Geschichten von Palästinensern auseinandersetzen – mit ihrer Psychologie, ihren Gefühlen von Demütigung und Wut. Zu lernen, Palästinenser als Menschen mit Rechten zu sehen, machte mich auf eine grundlegende Schwachstelle in unserem Sicherheitskonzept aufmerksam: Unsere mangelnde Empathie unterminierte unsere Fähigkeit, Gefahren und Chancen richtig einzuschätzen. Angst trieb uns zu Überreaktionen.“

Der Einsatz terroristischer Mittel durch die Hamas zielte gerade darauf, israelische Reaktionen zu provozieren. Jedes bei einer israelischen Militäraktion getötete palästinensische Kind, jede weinende Mutter zahlte vor diesem Hintergrund auf das Konto derjenigen ein, die keinen Frieden wollten. Die regierungsoffizielle israelische Reaktion, es gebe keinen Partner für den Frieden, bietet dazu die ideale Ergänzung.

Dieser „Wir-gegen-die“-Ansatz bildete „die tödlichste Bedrohung für Israels Sicherheit und für unseren Bestand als demokratischer jüdischer Staat: Er ließ den Palästinensern nichts übrig, das sie noch hätten verlieren können. Unsere dringlichste Sicherheitsfrage war deshalb keine militärische mehr. Sie lautete, wie sich die Hoffnung

unter den Palästinensern am besten stärken ließ. (...) Erst wenn die Palästinenser daran glaubten, dass der Friedensprozess zu einem Ende von Besatzung und Diskriminierung sowie zur Gründung eines eigenen Staates an Israels Seite führen würde, stellten sie die Unterstützung für den Terror ein“.

Es macht keinen Sinn, die Drahtzieher des Terrors zu töten, ohne etwas gegen die Verzweiflung ihrer Unterstützer zu tun. Dies schafft nur mehr Verzweiflung und weiteren Terror. Demokratien können den Kampf gegen den Terror nur gewinnen, wenn sie dabei die Werte der Humanität befolgen.

Der Anspruch zu verstehen, worum es politischen Gegnern geht, muss auch innerhalb der israelischen Gesellschaft gelten. Dabei sollte es gerade für die säkularzionistisch orientierte Bevölkerung auch darum gehen, uneingestandene Übereinstimmungen in politischen Grundmustern zumindest analytisch zu akzeptieren:

„Auch wenn die Wahrheit deutlich komplexer ist, sind Kibbuzniks und Siedler gleichermaßen überzeugt davon, dass Juden ein Anrecht auf das Land Israel haben. Die Leute vergessen, dass die säkulare Kibbuzbewegung, unterstützt von der Arbeitspartei, nach 1967 die ersten Siedlungen angelegt hat. Und diese Bemühungen habe viele Jahre auch ich mit ganzem Herzen unterstützt.“

Die Regierung der Arbeitspartei schuf in den 1970er-Jahren stillschweigend Raum für Siedlungen in der Westbank und verstieß damit direkt gegen internationales Recht, das Besatzungsmächten Bautätigkeit auf erobertem Gebiet untersagt. Der strategische Hintergrund dieser Politik war vor allem die Idee, dass eine große Zahl an Siedlungen die Wahrscheinlichkeit deutlich verringern werde, dass ein zukünftiger amerikanischer Präsident den Staat Israel zwingen würde, besetztes Land wieder zurückzugeben. Sozialistische Kibbuzniks und religiöse Siedler waren gleichermaßen dazu erzogen worden, Land zu besiedeln und zu verteidigen, von dem sie meinten, es sei historisch gesehen ihr rechtmäßiges Eigentum.

Für die Entwicklung eines umfassenden Blicks auf die israelische Gesellschaft ist darüber hinaus die Auseinandersetzung auch mit extremen Positionen relevant, etwa mit der in radikalen Siedlerkreisen formulierten Position, eine Abstufung zwischen Juden und Menschen anderer Herkunft vorzunehmen und beispielsweise das Tötungsverbot nur zwischen Juden gelten zu lassen.

„Zum ersten Mal hörte ich jemandem zu, der Zustände rechtfertigte, die nur als Apartheid bezeichnet werden können: zwei unterschiedliche Systeme aus Gesetzen, Regeln und Standards sowie getrennte Infrastrukturen. Wenn die Araber sich anständig benahmen und

unsere Herrschaft akzeptierten, würden sie von uns Zugang zu Wasser und etwas Elektrizität erhalten. Dass wir sie noch nicht über die jordanische Grenze getrieben hätten, sah er als ein Zeichen unserer Güte an.“

Mit Blick auf die palästinensische Seite geht es nicht nur um die Beseitigung von Armut und um wirtschaftliche Entwicklung. Demütigungen durch Besatzungssoldaten spielen eine ebenfalls wichtige Rolle.

„Im Kibbuz war ich dazu erzogen worden, den Unterdrücker zu hassen und die menschliche Würde und Freiheit über alles zu schätzen.“

Im Alltag als Soldat zu erleben, von anderen Menschen genau als ein solcher Unterdrücker empfunden zu werden, sei eine einschneidende Erfahrung.

Der weitere Siedlungsbau im Westjordanland verhindert den Weg zur Zweistaatenlösung:

„Mir wurde allmählich klar, dass der Bau von immer mehr Umgehungsstraßen, militärischen Außenposten und Siedlungen am Ende jede Hoffnung auf eine Zweistaatenlösung zerstören würde. Wenn wir diese Bautätigkeit fortsetzen, würden die Palästinenser

bald zum Schluss gelangen, dass wir gar nicht die Absicht hätten, die Besetzung zu beenden und einen Palästinenserstaat an der Seite Israels zu ermöglichen.“

Ernsthafte Bemühungen in diese Richtung machten aber weder die Regierungen von Ehud Barak noch von Benyamin Netanjahu – im Gegenteil. Letztlich fand die israelische Politik nie eine Balance zwischen dem Aufspüren von Sicherheitsrisiken und dem Ausloten von Chancen für Frieden.

„Partnerschaften entstehen aus einem Prozess des Aufbaus gegenseitigen Vertrauens. (...) Die Linie vom fehlenden Partner sollte sich als der katastrophalste Propagandatricks in Israels politischer Geschichte erweisen.“

Die zeitweilige Unterstützung der Hamas durch die israelische Regierung war ein Fehler. Zudem hatten kluge und maßvolle Aktionen des Shin Bet zwischen 1996 und 2000 den militärischen Apparat der Hamas fast aufgerollt, während spätere vor allem auf Vergeltung zielende israelische Angriffe auf palästinensische Akteure das Gegenteil erreicht hätten.

„Die Hamas hatte die gesamte israelische Gesellschaft, beginnend mit ihren demokratisch gewählten Politikern, zu Aktionen verleitet, die sich

eine freie Gesellschaft niemals erlauben dürfte. Was als unser legitimer Kampf gegen Terrororganisationen begonnen hatte, war zu einem Krieg gegen das palästinensische Volk verkommen.“

Eine Friedenslösung sollte die jeweiligen religiösen Dogmen und die jeweiligen geschichtlich hergeleiteten Begründungsmuster ausklammern – eine Einigung, ob und, wenn ja, wem ein absolutes historisch begründetes Recht auf das Land zukommt, lässt sich für beide Seiten schon aus rein emotionalen Gründen kaum klären. Eine Lösung des Konflikts um die Grenzen zwischen einem Staat Israel und einem palästinensischen Staat auf Basis von jeweils historisch hergeleiteten Rechten kann nicht funktionieren.

Eine Grundlage können hier nur völkerrechtliche Prämissen bilden:

„Frieden war wichtiger als absolute historische Gerechtigkeit.“

Die Initiative von „Peoples Voice“ sieht unter anderem vor, zwei Staaten für zwei Nationen basierend auf den Grenzen des 4. Juni 1967 zu schaffen, gegebenenfalls ergänzt um einen selektiven Gebietsaustausch Hektar für Hektar. Die Rückkehr der palästinensischen Flüchtlinge sollte überwiegend in den neuen, entmilitarisierten palästinensischen Staat erfolgen, die israelischen Siedlungen dort evakuiert werden. Israel sollte das Leid der Vertreibung

anerkennen und sich an einem internationalen Fonds beteiligen. Jerusalem sollte geteilte Hauptstadt beider Staaten werden, die im Anschluss an einen Friedensschluss auf jegliche weitere gegenseitige Forderungen verzichten würden.

Entscheidende Voraussetzung für einen Friedensprozess ist ein Prozess der Selbstvergewisserung der israelischen Gesellschaft selbst:

„Es sollte Jahre dauern, bis ich mich endlich vom Gift des Glaubens daran trennte, dass wir mit den Palästinensern Frieden schließen könnten, ohne uns die Frage zu stellen, ob wir Juden als Einzige historische Rechte auf das Land Israel hatten.“

Der Blick auf die palästinensische Seite des Konflikts muss zunächst zurücktreten:

„Unser Problem sind nicht wirklich die Palästinenser. Es besteht zwischen uns israelischen Juden. Wir haben noch nicht entschieden, welche Art Nation wir im Land Israel sein wollen.“

buch | votum

Der Autor ist von sich und insbesondere seiner militärischen und geheimdienstlichen Laufbahn überzeugt und lässt dies in den Schilderungen auch erkennen. Zugleich ist dieser enge persönliche Bezug die große Stärke des Bandes.

Ajalon taucht in seine eigene Lebensgeschichte ein und kann die Entwicklung der eigenen Einschätzung in der Rückschau auch selbstkritisch reflektieren. Damit gelingt Ami Ajalon eine sehr beachtenswerte und eindruckliche Darstellung unterschiedlicher Perspektiven auf die Entwicklung und mögliche Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts.

Zentral sind dabei zwei Prämissen: Nur über den stetigen Einsatz militärischer Mittel wird sich der Konflikt nicht dauerhaft lösen lassen. Und ohne eine Selbstreflektion der israelischen Gesellschaft in einem Dialog zwischen den säkularen und religiösen Gruppen kann auf israelischer Seite keine dauerhafte Grundlage für eine Friedenslösung geschaffen werden.

In Zeiten, in denen der Friedensprozess zwischen Israel und der palästinensischen Seite zu einem absoluten Stillstand gekommen zu sein scheint, bieten die Erinnerungen von Ami Ajalon einen pointierten und sehr lesenswerten Text, der nicht nur Einsichten zu den Entwicklungen der vergangenen Jahrzehnte bietet, sondern auch Anknüpfungspunkte und Voraussetzungen für mögliche Lösungen aufzeigt.

Impressum

Herausgeberin:

Friedrich-Ebert-Stiftung e.V.
Godesberger Allee 149
53175 Bonn

E-Mail: info@fes.de

Registernr.:

VR2392
Vereinsregister Bonn
Amtsgericht Bonn

Vorsitzender:

Martin Schulz

Geschäftsführendes

Vorstandsmitglied:

Dr. Sabine Fandrych

Inhaltliche Verantwortung und Redaktion:

Dr. Heinz Bongartz,
Abteilung Politische Bildung und Dialog

Kontakt / Bestellung:

soziale.demokratie@fes.de

Gestaltung und Satz:

Agentur rubbeldiekatz GmbH, Köln

Druck:

 Brandt GmbH, Bonn

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung e.V. Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet. Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung dürfen nicht für Wahlkampfzwecke verwendet werden.

ISBN: 978-3-98628-235-6

© 2022